

o.734.21(19e)

VERTRAULICH

B E R I C H T

über die

19. GENERALKONFERENZ DER UNESCO

Nairobi, 26. Oktober - 30. November 1976

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
Zusammensetzung der Delegation	5
Vorbereitung der Konferenz und organisatorische Fragen der Delegation	7
Allgemeiner Verlauf der Konferenz	13
Westliche Zusammenarbeit	19
Einzelne politische Fragen	21
- Israel	21
- Deklaration über die Rolle der Massenmedien	23
- Frieden, Menschenrechte und Rassismus	24
- Neue Internationale Wirtschaftsordnung und Zweites Entwicklungsjahrzehnt	26
- Chile	27
- Südafrika	27
- Nichtgouvernementale Organisationen mit Beziehungen zu Taiwan	28
- Deklaration über Rasse und Rassenvorurteile	29
- "Europäische Zusammenarbeit" - rumänischer Resolutionsentwurf	30
- "Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit" - sowjetischer Resolutionsentwurf	31
Konstitutionelle Fragen	33
Beschaffung zusätzlicher Mittel	34
Wahlen	36
Schweizerische Initiativen	38
Verwaltungsfragen	41

## - II -

	<u>Seite</u>
Erziehung	53
-- Institut international de planification de l'éducation	54
-- Office du baccalauréat international	54
-- Sportfragen	55
-- Bureau international d'éducation	57
-- Empfehlung betreffend die Förderung der Erwachsenenbildung	57
Exakte und Naturwissenschaften	59
-- Oekologische Wissenschaften	62
-- Erdwissenschaften	64
-- Hydrologie	66
-- Ozeanographie	66
Sozialwissenschaften	70
-- Bevölkerungsfragen	71
-- Jugendfragen	71
-- Menschenrechte und Frieden	72
-- Philosophie	73
Kultur	75
-- Frage der Rückgabe von Kulturgütern	78
-- Frage des Sozialstatus der Künstler	78
-- Empfehlung betreffend den internationalen Austausch von Kulturgütern	79
-- Empfehlung betreffend den Schutz historischer Gebäudegruppen	79
-- Empfehlung betreffend die Teilhabe aller am Kulturleben	79
-- Zusatzprotokoll zum Abkommen von Florenz	81
-- Frage der Zweckmässigkeit eines internationalen Instruments betreffend die Risikodeckung für bewegliche Kulturgüter	82
Kommunikation	83
Autorenrechte	84
-- Empfehlung betreffend den juristischen Schutz der Uebersetzer und Uebersetzungen	84

## -III-

	<u>Seite</u>
Statistik	85
- Empfehlung betreffend Radio und Fernsehstatistiken	85
- Revision der Empfehlung betreffend Erziehungsstatistiken	86
- Frage der Zweckmässigkeit eines internationalen Instruments betreffend Wissenschafts- und Technologiestatistiken	86
Allgemeines UNESCO-Informationsprogramm (UNISIST, NATIS, Bibliotheken, Archive)	87
Aussenbeziehungen der UNESCO	90
- Programme de participation	90
- Zusammenarbeit mit den nationalen Kommissionen	90
- Beziehungen zu den NGO	91
- Publikationspolitik	92
Künftige Gestaltung der Dokumente C/4 und C/5	93
Anhang: Ansprache des Leiters der schweizerischen Delegation	95

VORWORT

Im Rahmen der Tätigkeit der verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen kommt derjenigen der UNESCO mit ihrem ausserordentlich weit gespannten und vielfältigen Bereich beträchtliche Bedeutung zu. Die Vorgänge in dieser Organisation spiegeln die Realität unserer Zeit in eindrucklicher, oft aber (weitgehend bedingt durch die besonderen Stimmverhältnisse in den UN-Organisationen mit dem starken Uebergewicht der Entwicklungsländer, vor allem der Afrikaner und Araber) verzerrter Weise wider; sie stellen aber selbst wieder eine nicht zu unterschätzende Realität dar. Die Aufgabe der Delegation, welche die Schweiz an der Generalkonferenz in Nairobi vom 26. Oktober bis 30. November vertrat, hat sich denn auch als spannend und interessant erwiesen.

Die Zusammensetzung der Delegation hat sich bewährt. Durch die Zuteilung erfahrener und mit der Materie vertrauter Diplomaten aus dem Politischen Departement wurde eine kompetente Behandlung der Konferenz-Geschäfte gewährleistet. Die von aussen zugezogenen Experten für Presse-, Erziehungs- und Wissenschaftsfragen haben einen wesentlichen und nützlichen Beitrag an die Arbeit der Delegation geleistet. Die Mitarbeit des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der UNESCO in Paris als stellvertretender Delegationschef sicherte der Delegation wertvolle Einsichten in die innern und äussern Voraussetzungen dieser Organisation und ihres Wirkens; er hatte persönlich an den Leistungen der Delegation sehr wesentlichen Anteil. Dank des hohen Ansehens, das er in der UNESCO-Welt genießt, wurde er an der Generalversammlung in sehr erfreulicher Weise für die nächsten vier Jahre zum Mitglied des Exekutivrates der UNESCO gewählt, womit er an der Führung der Geschäfte der Organisation grösseren Anteil erhalten wird.

Der Einsatz der Delegation wurde sehr gefördert durch die grosszügige Mitwirkung des schweizerischen Botschafters in Nairobi, welcher als Mitglied der Delegation an deren Arbeiten laufend lebhaften und sachkundigen Anteil nahm. Seine kollegiale Haltung, Gastfreundschaft und diejenige seiner Mitarbeiter wurden von der Delegation sehr geschätzt.

Von Bern aus wurde die Delegation in effektiver Weise betreut und mit Instruktionen versehen.

Die Generalkonferenz der UNESCO in Paris war vor zwei Jahren wegen der unerfreulichen Erledigung einiger Israel betreffender Fragen in schwerer Missstimmung zu Ende gegangen. Die Organisation wurde dadurch in ihrem Ansehen und in ihrer finanziellen Grundlage, besonders durch die Nichtbezahlung der amerikanischen Beiträge (neben der Kürzung der schweizerischen und französischen Beitragsleistungen um 10 %), tief betroffen.

- 2 -

Der Generaldirektor der Organisation legte deshalb besonderen Wert darauf, schon zu Beginn der Konferenz einen dringenden Appell an die Delegationen zu richten, unfruchtbare Konfrontationen zu vermeiden und sich um weitest möglichen Konsens zu bemühen. Die afrikanischen Staaten ihrerseits waren offensichtlich bestrebt, sich in diesem Sinn einzusetzen, um der Generalkonferenz, der ersten, die in einem afrikanischen Land stattfand, den Erfolg zu sichern und dem afrikanischen Generaldirektor M'Bow zur Seite zu stehen. Diese Einstellung, mit welcher die Afrikaner der Konferenz das Gepräge geben wollten, wurde an der Konferenz selbst mit dem Begriff "Geist von Nairobi" umschrieben. Tatsächlich fanden die Beratungen und Abstimmungen in Nairobi in einer viel weniger gespannten Atmosphäre statt als zwei Jahre vorher in Paris. Kein einziger "Roll Call" (Abstimmung unter Namensausruf) wurde verlangt. Als besonders nützlich erwies sich die vom Generaldirektor der Organisation vorgeschlagene Schaffung einer "Groupe de rédaction et de consultation", der besonders heikle Probleme zur Vorbereitung unterbreitet werden konnten. Sie hat in einigen wichtigen Fragen, so derjenigen einer Medien-Deklaration, das Zustandekommen eines Konsensus ermöglichen können.

In bezug auf die sachliche Erledigung der gestellten Fragen wirkte sich der "Geist von Nairobi" positiv aus. Das Problem, dessen Behandlung in Paris am meisten Missfallen hervorgerufen hatte, die Weigerung, Israel in der europäischen Gruppe mitwirken zu lassen, wurde nun auf elegante Weise gelöst: Der damalige Entsch eid wurde nicht direkt umgestossen, sondern die Konferenz beschloss, den Mitgliedern der einzelnen Regionalgruppen selbst den Entscheid zu überlassen, ob sie einen um die Zulassung zu einer Gruppe ersuchenden Staat aufnehmen wollen oder nicht. In der europäischen Gruppe ergab sich dann für Israel - gegen den Widerstand der Ostblockstaaten - leicht eine zustimmende Mehrheit.

Dagegen sind zwei andere Israel-Resolutionen von parteiischen Entgleisungen nicht verschont geblieben. Die Resolution betreffend Erziehung und Kultur-Pflege in den besetzten arabischen Gebieten, in welche der Generaldirektor mit Zustimmung Israels eine Erkundigungsmission entsenden soll, enthält eine (allerdings etwas hypothetisch formulierte) "Verurteilung" Israels, schon bevor diese Erkundigungsmission die fraglichen Gebiete überhaupt besuchen kann. Die Resolution betreffend israelische Ausgrabungen in Jerusalem war deshalb für viele Staaten unakzeptierbar, weil sie die vor zwei Jahren ausgesprochene, als statutenwidrig und inopportun betrachtete Sanktion (Sperrung der in Israel selbst vorgesehenen UNESCO-Programme) bestätigte.

Diese Entscheidungen, welche die Araber ihren afrikanischen Freunden aufdrängten und die erwartungsgemäss auch von vielen anderen Entwicklungsländern und von den Ostblockstaaten unterstützt wurden, werden der UNESCO selbst sicher mehr schaden als den Israelis. Die Resolution betreffend die besetzten Gebiete wird ihnen möglicher-

- 3 -

weise einen willkommenen Vorwand bieten, um ihre Zustimmung zur Entsendung einer Erkundigungsmission in die besetzten Gebiete rückgängig zu machen.

Es ist nur zu hoffen, dass die Behandlung dieser Themen an der UNESCO-Konferenz eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der Organisation (und eine nachträgliche vollständige Erfüllung der französischen Beitragspflicht) nicht verhindern wird - das Problem des schweizerischen "10%-Abzuges" hat inzwischen erfreulicherweise gelöst werden können. Der Ausfall der amerikanischen Beiträge hat in der Tat trotz arabischer Kredite an die UNESCO auf deren Tätigkeit bereits schwerwiegende Auswirkungen gezeitigt.

Zusätzlich zu diesen Israel-Fragen ist an der Konferenz selbst ein neues, potentiell ausserordentlich störendes Thema aufgetaucht, dasjenige einer allgemeinen Erklärung betreffend die grossen Massenmedien; sie war von einer Expertenkonferenz in Paris vorbereitet worden und erschien in mancher Hinsicht für Staaten wie die Schweiz besonders wegen ihres flagranten Widerspruchs zum Prinzip der Pressefreiheit vollkommen unannehmbar. Um einem an sich berechtigten Anliegen der Entwicklungsländer entgegenzukommen, wurde eine tunesische Resolution angenommen, derzufolge diesen Ländern unter Mitwirkung der UNESCO geholfen werden soll, ihre eigenen Mediendienste aufzubauen.

Damit wurde auch der Entscheid der Konferenz, die Behandlung der Frage einer Medien-Deklaration selbst auf die nächste Generalkonferenz zu verschieben, erleichtert. Es wird nun zunächst Sache des Generaldirektor sein, die weitere Behandlung dieses schwierigen Themas vorzubereiten. Er weiss, was hier für die Zukunft der Organisation auf dem Spiel steht, und er wird sicher, soweit das an ihm liegen kann, darauf hinwirken, eine neue Konfrontation, wie sie die Konferenz in Nairobi bedroht hat, zu vermeiden.

Bemerkenswert war das ständige Bemühen der UdSSR, die UNESCO auf eine aktive Abrüstungspropaganda zu verpflichten, eine Tendenz, der China mit ungehemmter Offenheit entgegentrat, mit dem Hinweis auf das Wettrüsten der Supermächte und die Notwendigkeit für die anderen Länder, sich gegenüber dem westlichen und besonders auch dem "Sozial-Imperialismus" der UdSSR nicht entwaffnen zu lassen.

Auch die UNESCO-Generalkonferenz entzog sich begreiflicherweise der Aufgabe nicht, ihren Beitrag an die Schaffung eines "Nouvel Ordre Economique" zu leisten. Es kam dabei sehr deutlich zum Ausdruck, dass dieses Anliegen eine Stärkung der Entwicklungsarbeit auf sozialem, kulturellem und Erziehungsgebiet voraussetzt.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die 19. Generalkonferenz der UNESCO im grossen und ganzen recht befriedigend verlaufen ist und dass es in einigen schwierigen Fragen doch gelungen ist, allzu schädliche Entgleisungen zu vermeiden.

- 4 -

Was die wirkliche Substanz der Organisation, ihr Programm, anbelangt, ist die Generalkonferenz ebenfalls positiv zu würdigen. Die Idee, die Diskussionen der Programme für die nächsten zwei Jahre zusammen mit derjenigen über mittelfristige Aktionspläne (für sechs Jahre) zu führen, sichert der Arbeit der Organisation grössere Kontinuität. Unser Anliegen, die Entwicklungsarbeit der Organisation besonders auf die ärmsten Bevölkerungsschichten in den am wenigsten entwickelten Ländern zu richten, fand ihren Ausdruck in einer von der Schweiz mitunterzeichneten Resolution, welche einhellige Zustimmung fand. Versuchsprojekte der UNESCO, die auf die Ueberwindung des Analphabetismus abzielen, sind von besonderem Interesse. Die Arbeit des BIE ("Bureau international de l'éducation") fand allgemein hohe Anerkennung. Auch im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich sind viele Programme von sehr beträchtlichem Interesse und Wert, wie z.B. die Programme zur Sicherung von gefährdeten Kulturstätten (Borobudur, Venedig und nun u.a. auch die Akropolis - eine diese betreffende Resolution wurde von der Schweiz mitunterzeichnet) etc. Es ist ferner offensichtlich, dass viele Programme auch für Staaten wie die Schweiz selbst gewinnbringend sein können.

Eine Schwierigkeit, das Interesse der Weltöffentlichkeit für diese Programme zu wecken und damit auch das Ansehen der UNESCO zu stärken, liegt offenbar in ihrer gelegentlich nicht sehr spektakulären Natur und vor allem auch in ihrer ausserordentlichen Vielfalt.



- 5 -

COMPOSITION DE LA DELEGATIONChef de la délégation

M. Felix Schnyder  
Ambassadeur, Président de la Commission nationale suisse  
pour l'UNESCO

Suppléants du chef de la délégation

M. Charles Hummel  
Ministre plénipotentiaire,  
Délégué permanent de la Suisse auprès de l'UNESCO

M. Richard Pestalozzi  
Ambassadeur de Suisse au Kenya

Délégués

M. Mario Müller  
Secrétaire général de la Commission nationale suisse  
pour l'UNESCO

M. Gaudenz B. Ruf  
Collaborateur diplomatique au Département politique fédéral

Conseillers

M. Joseph Guntern  
Secrétaire général du Département de l'Instruction publique  
du Canton du Valais

M. Armin Kamer  
Suppléant du Chef de la Section des Nations Unies de la Direc-  
tion des organisations internationales du Département politique  
fédéral

M. Bruno Messerli  
Professeur à l'Université de Berne

M. Eugène Pahux  
Chef de l'Inspection du Département politique fédéral

- 6 -

Conseillers

M. François Rohner  
Attaché pour les questions de coopération au développement  
à l'Ambassade de Suisse, Nairobi

Mlle Rosmarie Schelling  
Attachée à l'Ambassade de Suisse, Nairobi

M. Hans Seelhofer  
Avocat, secrétaire de la Fédération suisses des journalistes

M. Richard Wolf  
Premier Secrétaire de l'Ambassade de Suisse, Nairobi

- 7 -

## VORBEREITUNG DER KONFERENZ UND ORGANISATORISCHE FRAGEN DER DELEGATION

---

Die ersten Abklärungen mussten bereits im Februar 1976 vorgenommen werden und galten der Zusammensetzung der schweizerischen Delegation. Dabei stand von vornherein fest, dass diese in Anbetracht des entfernten Konferenzortes und der ohnehin gebotenen Sparmassnahmen gegenüber 1974 umfangmässig nochmals beträchtlich reduziert werden musste. Wie indessen war dabei vorzugehen?

Das gewählte Verfahren, dem alle interessierten Stellen zuzustimmen vermochten, bestand erstens darin, die Zahl der Fachleute auf den von der UNESCO gepflegten Spezialgebieten für einmal noch weiter zu reduzieren und die Anliegen der schweizerischen Fachkreise von Angehörigen des Politischen Departementes wahrnehmen zu lassen, von Generalisten, die sich ohnehin schon vollamtlich mit den Belangen der UNESCO befassen (der Ständige Vertreter bei der UNESCO, der Generalsekretär der UNESCO-Kommission und ein Vertreter der Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten). Die zuständigen Amtsstellen erklärten sich bereit, ihnen zu diesem Zweck ausführliche Instruktionen zur Verfügung zu stellen. Lediglich für drei Kerngebiete der UNESCO - Erziehung, Naturwissenschaften und Information - erschien eine Beteiligung und Mitverantwortung der schweizerischen Fachkreise unumgänglich.

Ferner wurden in grösserem Umfange auch die Angehörigen der Schweizerischen Botschaft in Nairobi zur Mitarbeit herangezogen. Sie vermochten der Delegation viele Aufgaben organisatorischer Art abzunehmen und konnten als oft unentbehrliche "Doppelbesetzung" eingesetzt werden oder die Arbeit in einzelnen Kommissionen fortführen, wo der anfangs damit betraute Experte infolge Abreise nicht mehr zur Verfügung stand. Die Anwesenheit eines Entwicklungsattachés in Nairobi erlaubte dem Dienst für Technische Zusammenarbeit auch, auf die Entsendung eines Vertreters aus der Schweiz zu verzichten. Der Experte für die naturwissenschaftlichen Programme, Prof. B. Messerli, hielt sich überdies für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben bereits in Kenia auf.

Abgesehen von den drei erwähnten Mitarbeitern entsandte das Politische Departement noch zwei Diplomaten: den Chef des Inspektors als Fachmann für die mit komplexen Budget- und Personalfragen befasste Verwaltungskommission - die Organisation hatte ausdrücklich die Entsendung eines Spezialisten gewünscht; und einen Mitarbeiter der Direktion für Internationale Organisationen für die Behandlung rein politischer Fragen.

- 8 -

Alles in allem umfasste die schweizerische Delegation diesmal 13 Personen, von denen 5 bereits in Kenia weilten. Der schweizerischen Delegation an der 18. Generalkonferenz in Paris gehörten seinerzeit 16 Mitglieder an. Im Vergleich mit den Delegationen anderer europäischer Länder hielt sie sich umfangmässig an der unteren Grenze: Frankreich 32, Italien 30, BRD 26, Niederlande 23, Schweden 21, Belgien 16, Dänemark 15, Finnland 12, Oesterreich 11.

Es darf festgehalten werden, dass die schweizerische Delegation auch mit diesem kleinen Bestand den wichtigsten Aufgaben gerecht zu werden vermochte. Die zur Verfügung stehenden Instruktionen erlaubten den Vertretern des Politischen Departementes auf allen Gebieten ein fachgerechtes Urteil. Die Lösung, Generalisten des EPD auch mit der Arbeit in den Fachkommissionen zu betrauen, erschien umso gerechtfertigter, als namentlich auf den Sektoren Sozialwissenschaft, Kultur und Kommunikation immer wieder politische Fragen von oft beträchtlicher Tragweite Gegenstand der Debatten bildeten, was ohnehin die Mitwirkung politisch versierter und konferenzerfahrener Mitarbeiter des Politischen Departementes erfordert hätte. Da die Arbeit der Programmkommissionen in Nairobi aus technischen Gründen zeitlich sehr komprimiert werden mussten, kamen die Sachdiskussionen zur Enttäuschung mancher Fachexperten in vielen Fällen ohnehin etwas zu kurz.

Der vielfältige Einsatz der Generalisten erforderte deren gründliche Einarbeitung in die Materie und eine klare Zuweisung der Verantwortlichkeiten während der Konferenz. Eine Chargenverteilung unter den Mitgliedern der Delegation schon im voraus war darum unumgänglich, auch wenn dabei in Kauf genommen werden musste, dass diese an der Konferenz selbst infolge kurzfristiger Umstellungen im Arbeitsprogramm der einzelnen Kommissionen nicht immer beibehalten werden konnte, da sie die gleichzeitige Präsenz einzelner Delegierter in zwei Sälen zur Folge gehabt hätte. Die getroffene Einteilung hat sich indessen in den meisten Fällen bewährt, und nur selten musste zu Improvisationen Zuflucht genommen werden.

Andererseits war es der so zusammengesetzten Delegation natürlich längst nicht möglich, auf allen Sachgebieten über das blosses Verfolgen der Kommissionsarbeit hinauszugehen und aktiven Anteil an den Debatten zu nehmen. Für die dafür notwendige Vorbereitung der Interventionen und die Absprache mit anderen Delegationen reichte die Zeit der ständig im Einsatz stehenden Delegierten einfach nicht immer aus, und sie mussten sich auf einige wesentliche Anliegen beschränken. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass es dem Engagement und dem Interesse der schweizerischen Fachkreise für die Unternehmungen der UNESCO nicht eben förderlich ist, wenn sie die Entscheidungen der Generalkonferenz nicht selber verfolgen und ihre Anliegen nicht selber verfechten können.

- 9 -

Zur Besprechung der wichtigsten politischen und organisatorischen Fragen sowie zur Ermittlung der Schwerpunkte der schweizerischen Aktivitäten an der kommenden Generalkonferenz traten die Mitglieder der schweizerischen Delegation sowie die Vertreter der interessierten Bundesstellen zu drei vorbereitenden Sitzungen zusammen. Die erste fand Ende Juni, die zweite anfangs September und die letzte schliesslich kurz vor Konferenzbeginn am 15. Oktober statt. Die umstrittene Deklaration über die Rolle der Massenmedien bildete Thema eines weiteren Treffens mit Vertretern der Presseverbände und der SRG am 18. Oktober.

Die federführende Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten der Direktion für Internationale Organisationen war für die Dokumentierung aller interessierten Stellen sowie für das Einholen von Instruktionen besorgt. Angeschrieben wurden dabei nebst den verschiedenen Sektionen in der nämlichen Direktion die zwei Politischen Direktionen, die Völkerrechtsdirektion, die Verwaltungsdirektion und der Dienst für Technische Zusammenarbeit; im EDI vorab das Amt für Kulturelle Angelegenheiten und das Amt für Wissenschaft und Forschung, ferner auch das Bundesarchiv, die Landesbibliothek, das Oberforstinspektorat, das Statistische Amt und der Schulrat der Eidg. Technischen Hochschulen. Das Amt für Geistiges Eigentum des EJPD sprach sich über die Programme der UNESCO auf dem Gebiet der Autorenrechte aus und das Militärdepartement über die geplanten Unternehmungen im Bereich Leibeserziehung und Sport. Das EFZD gab seine grundsätzlichen Erwägungen zum Budget der Organisation bekannt; das Personalamt äusserte sich zu den Formalitäten der Entschädigungen für die Delegationsmitglieder. Die Handelsabteilung wurde um Stellungnahme zum Fragenkomplex "Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung" gebeten. Das Generalsekretariat des EVED wirkte bei der Ausarbeitung der Stellungnahme zur Deklaration über die Rolle der Massenmedien mit. In dieser Frage stand die Sektion auch mit der SRG, dem Schweizerischen Zeitungsverleger-Verband und dem Verband der Schweizer Journalisten in Verbindung. Kontakte wurden ferner mit dem IKRK und dem Institut Henry-Dunant aufgenommen im Zusammenhang mit der Durchführung der schweizerischen Initiative an der 18. Generalkonferenz betreffend die Ausarbeitung eines Lehrbuches für humanitäres Völkerrecht.

Wie in den vergangenen Jahren führte die Nationale Schweizerische UNESCO-Kommission eine ausserordentliche Generalversammlung durch, an der in Gruppen das mittelfristige und das Zwei-Jahres-Programm der UNESCO durchberaten wurden. Frucht dieser Tagung war ein "Memorandum an die schweizerische Delegation" mit zahlreichen Kommentaren und Gedanken, das sich für die schweizerische Delegation in der Folge als wertvolle Orientierungshilfe erwies; dies umso mehr als darin auch die Stellungnahmen anderer europäischer UNESCO-Kommissionen mitberücksichtigt waren, mit denen sich das Generalsekretariat zuvor ausgesprochen hatte. Es sei hier allerdings wiederholt, was an dieser Stelle schon vor zwei Jahren vermerkt worden ist, dass nämlich die meisten dieser Kommentare allzu

- 10 -

knapp und aperçu-haft abgefasst worden sind und den Delegierten nur dann nützlich waren, wenn sie bereits selbst über ein ziemlich klares Bild der diesbezüglichen Aktivitäten der UNESCO verfügten. Es würde sich lohnen, wenn die UNESCO-Kommission einige ihrer Kritiken und Anregungen vertiefen und der schweizerischen Delegation in Form ausführlicherer Notizen zur Verfügung stellen könnte.

Fast alle der von den einzelnen Amtsstellen ausgearbeiteten Instruktionen vereinigten in glücklicher Weise Grundsätzlichkeit und Detailliertheit und ermöglichten so eine sachgerechte Beurteilung der auftauchenden neuen Fragen und ein adäquates Abstimmungsverhalten. In verschiedenen Fällen gestatteten sie der schweizerischen Delegation auch, zu einzelnen Punkten einlässliche Voten abzugeben und Initiativen zu ergreifen.

Frühzeitig musste auch abgeklärt werden, für welche Gremien der UNESCO die Schweiz ihre Kandidatur aufzustellen gedachte. An erster Stelle stand dabei die Frage einer erneuten Einsitznahme im Exekutivrat der Organisation. Aufgrund günstiger Rotationsverhältnisse in der europäischen Wahlgruppe und von Sondierungen bei den europäischen Ländern erwies sich im Frühjahr, dass unser Land konkrete Aussichten hatte, einen Vertreter in den Exekutivrat wählen zu lassen, ohne dass es dabei in Konkurrenz zu anderen europäischen Staaten zu treten brauchte. Das Politische Departement beschloss deshalb, als schweizerischen Kandidaten den derzeitigen Ständigen Vertreter unseres Landes bei der UNESCO, Minister Charles Hummel, aufzustellen. Diese Nomination eines erfahrenen UNESCO-Spezialisten trug dem Wandel im Charakter des Exekutivrates Rechnung, der sich heute nicht so sehr mit Fragen des geistig-künstlerischen Lebens als vielmehr mit politischen Themen sowie mit den komplexen administrativen und finanziellen Problemen der Organisation zu befassen hat. Nach dem üblichen Verfahren wurde die Kandidatur Minister Hummels am 15. April sowohl der UNESCO als auch durch unsere Botschaften sämtlichen Mitgliedstaaten der UNESCO mit einer Note samt Lebenslauf zur Kenntnis gebracht.

Mit den zuständigen Stellen im Politischen Departement und dem Departement des Innern wurden ferner die schweizerischen Kandidaturen für das juristische Komitee, den Rat des Internationalen Hydrologischen Programmes und das Komitee für den Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt abgesprochen.

- 11 -

Die Ermächtigung zur Vornahme einiger praktischer Dispositionen während der Konferenz wurde bereits mit dem Antrag an den Bundesrat betreffend die Delegationsbestellung eingeholt. Für die anfallenden Sekretariatsarbeiten konnte die Botschaft in Nairobi halbtags eine zusätzliche Sekretärin (eine ehemalige Sekretärin des EPD) engagieren, was sich in Anbetracht des Einsatzes der übrigen Angehörigen der Botschaft als ausreichend erwies. Zur Vereinfachung des intensiven Telexverkehrs mit Bern trug bei, dass die Verwaltungsdirektion eingewilligt hatte, noch vor der Konferenz ein modernes Chiffriergerät installieren zu lassen.

Vor allem für die zahlreichen gesellschaftlichen Anlässe - mittags und abends - stand der Delegation ein Dienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung, der sich sehr gut bewährte und auch Botengänge ausführte. Dank den geringen Distanzen zwischen dem Hotel New Stanley, in dem die ganze schweizerische Delegation zweckmässig untergebracht war, der Schweizerischen Botschaft und dem Konferenzzentrum konnte der Arbeitsweg jeweils zu Fuss zurückgelegt werden; die Spaziergänge im sonnigen Nairobi hoben sich von der Pariser Verkehrsmisere wohltuend ab und erleichterten das nervöse Leben der Delegierten wesentlich.

In Anbetracht der schweizerischen Kandidatur für den Exekutivrat war es angebracht, dass die schweizerische Delegation in Nairobi einen Empfang gab. Auf Vorschlag der Botschaft wurde er im Utalii-Hotel durchgeführt, das der unter schweizerischer Leitung stehenden Hotelfachschule, einem Projekt des Dienstes für Technische Zusammenarbeit, angegliedert ist. Es erwies sich als Vorteil, dass er erst in der dritten Konferenzwoche stattfand, weil dann die Zahl der Empfänge bedeutend geringer war und der schweizerische Anlass von keinem anderen konkurrenziert wurde. Der Abend auf der angenehmen Terrasse des Utalii-Hotels darf als voller Erfolg bezeichnet werden. Von den rund 370 geladenen Personen (Delegationsmitglieder, Sekretariatsangehörige und in Nairobi anwesende Schweizer) leisteten an die 300 der Einladung Folge.

An den Vorbereitungskonferenzen wurde mehrfach hervorgehoben, dass der Information der Presse vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, wenn aufsehenerregende Pauschal- und Falschmeldungen, wie sie leider während und nach der 18. Generalkonferenz häufig anzutreffen waren, vermieden werden sollten.

Wenige Tage vor der Konferenz, am 19. Oktober, wurde denn vom Informations- und Pressedienst ein "Background-Gespräch" angesagt, bei dem der Direktor der Direktion für Internationale Organisationen, der Ständige Vertreter der Schweiz bei der UNESCO und der Chef der Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten den zahlreich erschienenen Bundeshausjournalisten die Ausgangslage der Generalkonferenz skizzierten und Hinweise auf deren Institutionen

- 12 -

und Ablauf vermittelten. Ende September hatte zuvor die UNESCO-Kommission 10 Schweizer Journalisten zu einem Seminar am Sitz der UNESCO in Paris eingeladen, bei der auch verschiedene die Konferenz berührende Fragen zur Sprache kamen.

Die beste Gewähr indessen, dass der in einzelnen Fragen zum Teil sehr komplexe Sachverhalt und die sich abzeichnenden Entwicklungen korrekt und nuanciert dargestellt wurden, bot die Anwesenheit von Journalisten an der Konferenz selbst. Zusammen mit dem Dienst für Technische Zusammenarbeit, der für die Reisespesen aufkam, lud die UNESCO-Kommission Dr. E.A. Kägi von der Neuen Zürcher Zeitung und M. Huber von der Depeschenagentur während der ereignisreichen vierten Konferenzwoche nach Nairobi ein.

Zwei Tage nach Abschluss der Konferenz zog Botschafter Schnyder schliesslich an einer weiteren Pressekonferenz die Bilanz. In seinen Ausführungen kam die überwiegend positive Gesamtbeurteilung der Konferenzergebnisse zum Ausdruck, wie sie innerhalb der Delegation vorherrschte.



## VUE D'ENSEMBLE

Quelques jours avant l'ouverture de la 19e session de la Conférence générale de l'UNESCO, à Nairobi, l'éditorialiste du "Daily Nation", important journal kényen, publia un article sous le titre significatif : "Is UNESCO Worth Saving?" - vaut-il la peine de sauver l'UNESCO ?

La Conférence générale de 1974 s'était terminée dans une atmosphère de confrontations. Certaines décisions prises, notamment celles concernant Israël, avaient soulevé de vives critiques dans l'opinion publique des pays occidentaux, orchestrées par des campagnes de presse pas toujours objectives. Ces faits ainsi que la décision du Congrès américain de suspendre toute contribution financière à l'Organisation provoquèrent une crise profonde de l'UNESCO. Nombreux étaient donc ceux qui estimaient qu'à Nairobi se jouerait l'avenir même de l'Organisation. Sans doute y avait-il des risques graves. Une répétition des événements de 1974 aurait probablement pour effet que les Etats-Unis et éventuellement d'autres pays occidentaux se retirent ou se désintéressent de l'UNESCO. La réunion des experts gouvernementaux convoquée en décembre 1976 pour élaborer un texte de "déclaration concernant les principes fondamentaux de l'emploi des moyens de grande information en vue du renforcement de la paix et de la compréhension internationale et de la lutte contre la propagande belliciste, le racisme et l'apartheid", caractérisée par des confrontations violentes et des incidents - treize délégations occidentales quittèrent la réunion à cause de l'adoption d'un paragraphe assimilant le sionisme à une forme de racisme -, avait encore aggravé le malaise.

Mais les optimistes s'attendaient que le fait que la Conférence se tienne en Afrique aurait une influence positive sur ses résultats. Ils estimaient que les Africains feraient tout pour que cette Conférence générale de l'UNESCO, organisation dirigée par un Africain, réunie pour la première fois sur leur continent, devienne un succès. Ils pensaient également que le soleil d'Afrique, la beauté du pays, les contacts facilités entre délégations dans une ville relativement petite, contribueraient à créer une atmosphère plus sereine et propice aux solutions des problèmes ardues.

Les optimistes ont eu raison. Il s'est créé "l'esprit de Nairobi", la Conférence s'est terminée dans une atmosphère détendue, presque euphorique. Si Nairobi était un peu un miracle, c'était un miracle prévisible. Mais il ne faudra pas oublier que les miracles ne se reproduisent normalement pas et que la Conférence de Nairobi n'a pas résolu tous les problèmes, elle n'a fait qu'éviter quelques affrontements et reporter certaines difficultés à plus tard. Elle risque de les retrouver dans deux ans à Paris. Il ne faudra pas oublier non plus qu'à Nairobi il y a aussi eu des mécontents et des "battus".

- 14 -

Dans son allocution de clôture, le Directeur général a très justement caractérisé cette conférence par rapport à la précédente : "... Que ceux qui ont participé aux travaux de la dix-huitième session de la Conférence générale comparent leurs souvenirs d'alors à l'expérience que nous venons de vivre. Déclarations passionnées, parfois violentes; interminables votes par appel nominal, dont les résultats étaient attendus comme ceux d'un combat; explications de vote empreintes d'amertume et parfois lourdes de menaces à peine voilées; telles étaient quelques-unes des caractéristiques des débats difficiles qui ont marqué notre dernière session à Paris. Certes, aujourd'hui les problèmes n'ont pas disparu par enchantement et sur certaines questions très graves, des divergences fondamentales subsistent. Mais on ne peut s'empêcher de noter qu'au cours de la présente session l'atmosphère n'a jamais été tendue, et ces divergences ne sont jamais parvenues au stade de la confrontation, encore moins du conflit; dans les cas les plus difficiles, on a eu l'impression qu'il eût suffi de fort peu de chose pour qu'une fois les désaccords identifiés et reconnus, on se place sur un terrain permettant de procéder à des votes unanimes. Nous n'avons jamais été très éloignés du consensus, dont je disais il y a deux ans, au moment où se terminait la dix-huitième session de la Conférence générale, "qu'il devrait être la règle d'or" dans notre Organisation."

Il ne fait aucun doute que l'issue de cette conférence est, d'une manière générale, jugée positivement par l'ensemble des délégations occidentales.

Constellations politiques - Cette conférence fut, dans une très large mesure, l'oeuvre des Africains, et notamment de trois personnalités : Taaita Toweett, président de la conférence, Ministre de l'éducation du Kenya, habile, malin et décidé à mener à bien la conférence, sans accroc et avec un minimum de gaspillage de temps; Léon Boissier-Palun, homme politique, diplomate et juriste de premier ordre, président du Groupe de rédaction et de négociation et en même temps président du Groupe africain, l'homme clef de la conférence; Amadou-Mahtar M'Bow, le Directeur général, qui mena sa première Conférence générale avec une intelligence, un courage et une maîtrise tout à fait remarquables. Il avait préparé cette conférence minutieusement et de longue date. Il avait rendu visite à un grand nombre de chefs d'Etat afin de s'assurer leur appui. En coopération avec le Conseil exécutif, il avait planifié la conférence de manière à désamorcer autant que possible les conflits latents. C'est dans cette perspective que fut proposé à la conférence de créer un "Groupe de rédaction et de négociation", composé de vingt-cinq membres représentant les différents groupes régionaux. Le mandat de ce Groupe fut ainsi défini : "Le Groupe de rédaction et de négociation est saisi par le Bureau de la Conférence générale, soit à la suite de la recommandation du Conseil exécutif portant proposition de l'ordre du jour de la Conférence générale, soit en cours de session à la demande de la plénière ou des commissions."

- 15 -

La Suisse, pressentie officieusement pour y siéger, y a renoncé volontairement. Le Groupe électoral I y fut représenté par les pays suivants : Belgique, Etats-Unis, France, Italie, Norvège.

Ce n'est pas sans difficultés que cet organe fut mis en place. Les pays socialistes et certains pays arabes (l'Algérie et l'Irak, notamment) s'y opposèrent au début de la conférence. Visiblement, ils ne voulaient pas que les débats difficiles aient lieu à huis clos. Il est évident que l'instauration de ce Groupe empêchait bien des actions de pure propagande politique et ce mécanisme a certainement contribué dans une large mesure à la réussite de la conférence. Il est donc à espérer que la prochaine Conférence générale adopte à nouveau cette procédure.

A aucune des précédentes Conférences générales, les manoeuvres déterminantes et les négociations décisives ne se sont déroulées hors des salles de conférence. La 19e Conférence s'est jouée presque entièrement dans les couloirs. Il n'y a pas eu de séances plénières houleuses, pas de moments de grande tension, à peine des luttes ouvertes. On connaissait d'avance les résultats des votes importants.

Après la 18e session de la Conférence générale, il a souvent été question de la "majorité automatique". A Nairobi, il y eut aussi une majorité quasi automatique qui, cette fois-ci, faisait échec à toute initiative extrémiste. Cette majorité fut constituée par la presque totalité des délégations d'Afrique noire qui opérait comme un groupe modérateur ferme et discipliné, les Occidentaux, la majorité des Latino-Américains et des Asiatiques modérés. Dans cette constellation, les pays occidentaux jouaient plutôt un rôle de figurants. Rassurés lorsqu'ils pouvaient constater que les Africains étaient "sur la bonne voie", il ne prenaient que très rarement des initiatives. A plusieurs reprises, dans les couloirs, les Africains ont prié les Occidentaux de défendre avec plus de vigueur leurs positions.

Si une large majorité des délégations s'employaient à ce que la conférence aboutisse à des décisions modérées et acceptables pour tout le monde, il y en avait d'autres qui tentaient de faire passer à tout prix des positions extrêmes. Parmi elles se trouvaient notamment l'Algérie et l'Irak, soutenus par les pays socialistes, la Yougoslavie incluse.

C'est à l'intérieur du Groupe des Etats africains et arabes que se déroulaient les luttes les plus dures, que s'affrontaient les positions adverses. C'est au sein de ce Groupe que se décidait le plus souvent le sort de la conférence. Il y eut des moments dramatiques et, à plusieurs reprises, il fut près de l'éclatement. Ce n'était d'ailleurs pas la première fois que des tensions entre Africains noirs et Arabes se manifestaient. Il semble que dans ce contexte le représentant de l'OLP, essayant de jouer un rôle modérateur, se soit attiré les foudres des Arabes extrémistes.

- 16 -

Les questions majeures - Pour des raisons évidentes, l'intérêt de l'opinion publique et, par conséquent, aussi celui des responsables de la conférence se concentraient sur deux sujets particulièrement brûlants : Israël et la Déclaration sur le rôle des mass media. Ainsi, la "politisation de l'UNESCO" était amplifiée de tous les côtés.

De ce fait, les résultats les plus importants de la conférence risquent d'être oubliés, soit ceux qui concernent l'action de l'Organisation ou sa raison d'être essentielle. Nous mentionnerons en premier qu'après huit ans d'effort, la 19e Conférence générale a adopté - sans difficultés majeures! - le premier plan à moyen terme (1977 - 1982) élaboré par le secrétariat. C'est un événement. Ce plan n'est certainement pas parfait, mais il représente une étape importante dans l'amélioration de la planification du Programme. Partant d'une analyse de la problématique mondiale, il pose clairement les grands axes de l'action des prochaines années. Fondée sur le constat de l'interdépendance croissante, aussi bien des pays que des grands problèmes mondiaux, l'idée directrice du nouveau Programme de l'UNESCO est l'instauration d'un nouvel ordre économique et social dont le culturel est une composante essentielle.

La conférence a également adopté, après de longues délibérations caractérisées par un esprit de coopération effective, le Programme 1977-1978. Et elle a accepté sans opposition (avec seulement 12 abstentions, pays socialistes et Etats-Unis) le budget pour le prochain biennium, tel qu'il fut proposé par le Directeur général. Ceci reflète sans doute la confiance dont le nouveau Directeur général jouit auprès d'une très grande majorité des Etats membres. Dans ce contexte, il ne faudra pas oublier que le Plan à moyen terme prévoit une croissance réelle du budget de l'ordre de 3 % par an.

La question la plus brûlante, la plus délicate et la plus dangereuse pour l'UNESCO fut celle concernant la Déclaration sur "le rôle des mass media ...". La conférence se trouva devant un texte, élaboré par une réunion d'experts gouvernementaux, qui contenait des articles diamétralement opposés à la conception de la liberté d'information et, en outre, une référence à la Résolution 3379 des Nations Unies assimilant le sionisme au racisme. La conférence était divisée en trois groupes : les pays socialistes qui appuyaient le texte sans réserves, les pays occidentaux pour qui il était absolument inacceptable, et les pays en voie de développement pour qui le projet répondait à certaines de leurs préoccupations, notamment à leurs frustrations en face d'un déséquilibre certain dans l'échange d'informations, à leur ressentiment envers les pays industrialisés et, dans de nombreux cas, à leurs pratiques vis-à-vis de leurs propres moyens d'information. Mais les pays en voie de développement se rendaient aussi compte des dangers que l'adoption d'un tel texte pouvait représenter pour l'Organisation. Le renvoi de la question à la prochaine conférence fut finalement l'issue, peut-être par trop facile, mais la seule, pour tous, qui sauvait la face. Nous y reviendrons plus en détail.

Autres sujets controversés : les trois questions concernant Israël déjà abordées. Un chapitre spécial de ce rapport leur est consacré. Ajoutons ici seulement que les extrémistes arabes et les pays socialistes essayaient à chaque occasion, et ceci pratiquement jusqu'au dernier jour, d'introduire quelque part la question du sionisme. Sans l'opposition farouche des délégations africaines, ces manoeuvres, qui auraient sans doute été lourdes de conséquences, n'auraient pu être déjouées.

La conférence des Ministres responsables du sport organisée par l'UNESCO en 1976, avait passablement préoccupé l'opinion publique des pays industrialisés et spécialement les milieux intéressés par le sport de haute compétition. Il s'agissait surtout d'une recommandation, en partie française, visant à créer un "Conseil (gouvernemental) du sport", conçu visiblement comme une sorte de "concurrence" au Comité olympique international. Là aussi, la conférence a pu se mettre d'accord sur un compromis en créant un organisme provisoire dans lequel la Suisse sera d'ailleurs représentée.

D'autres sujets politiques font partie du rituel des Conférences générales de l'UNESCO : la paix, les droits de l'homme, la lutte contre le racisme et l'apartheid, le désarmement. Ils appartiennent à l'aspect "scène mondiale" de la conférence, exploité par ceux qui y présentent leurs numéros de propagande idéologique. C'est parfois gênant, mais il faut se garder de surestimer la portée réelle de ce spectacle. La question du désarmement a donné lieu aux attaques suffisamment connues car trop souvent répétées des Chinois contre les Soviétiques. La résolution sur la paix était peu originale, celle sur la coopération européenne donna lieu à des négociations interminables, celle sur les droits de l'homme fut assez bonne, car élaborée - enfin une initiative européenne - par les Neuf. La résolution sur le racisme se concentra, heureusement, sur le problème de l'apartheid, malgré les efforts antisionistes des Arabes. Elle contient toutefois une clause qui aura des conséquences pratiques, car elle demande l'exclusion de l'Afrique du Sud de la Commission océanographique intergouvernementale (COI). Nous serons confrontés avec ce problème lors de la prochaine session de la COI.

Dans son discours de clôture, le Directeur général justifie cette décision ainsi : "... Quant au cas particulier de la résolution relative à la participation de l'Afrique du Sud aux travaux de la Commission océanographique intergouvernementale, adoptée également ce matin, j'y ai vu avec satisfaction une application immédiate de la résolution condamnant le racisme et l'apartheid. En effet, on ne saurait invoquer à l'encontre de cette décision de la Conférence générale le principe de l'universalité, et ce pour deux raisons au moins. Non seulement c'est l'Afrique du Sud elle-même qui s'est exclue de l'UNESCO, mais encore elle est la première à fouler aux pieds le principe de l'universalité en empêchant une majorité de sa population de participer à toute une série d'activités, y compris les activités scientifiques. Sur une question

- 18 -

comme celle-là, aucun compromis ne me paraît acceptable. L'UNESCO se doit de contribuer de toutes ses forces, dans les domaines de sa compétence, à mettre fin à une complicité tacite envers un Etat qui viole les principes fondamentaux de l'Acte constitutif et de la Déclaration universelle des droits de l'homme." Il ne faudra pas perdre de vue ce problème.

Questions d'organisation - On imagine facilement les problèmes que pose le support logistique d'une conférence de cette envergure se tenant hors du Siège. A part quelques petites pannes, la conférence était organisée de manière remarquable.

Dans ce contexte, un fait est à retenir : la conférence pouvait utiliser un satellite de communication pour toutes les liaisons entre Nairobi et le Siège à Paris. Le système "Symphonie" était gratuitement mis à la disposition de l'UNESCO par les gouvernements de la France et de la République fédérale d'Allemagne. Le succès de cette expérience était total. "Symphonie" permettait des liaisons multiples et instantanées entre le Centre Kenyatta et les bureaux du Siège, par radio, téléphone, télex, visiophonie, transmission de fac-similés ainsi qu'un branchement direct sur l'ordinateur.

L'avenir - La Conférence de Nairobi marque sans doute une étape importante dans l'histoire de l'UNESCO. Mais ce n'est qu'après la prochaine conférence, 1978 à Paris, qu'on pourra savoir si les résultats de Nairobi sont vraiment un acquis. La conférence de 1978 se trouvera confrontée avec tous les problèmes graves que celle de Nairobi n'a fait que renvoyer. Certains vont, peut-être, évoluer de manière positive, entre-temps, d'autres vont peut-être s'aggraver.

Le biennium qui vient de commencer sera donc extrêmement important pour l'UNESCO. Etant représentés au Conseil exécutif de l'Organisation, une responsabilité particulière nous revient pendant cette période.

## COOPERATION OCCIDENTALE

On constate à l'UNESCO une tendance croissante à la régionalisation. Cette tendance ne se manifeste pas seulement dans la constitution de groupes - plus ou moins homogènes - pendant les conférences, mais également au niveau de la conception et de l'exécution du Programme (importance de centres régionaux, d'activités régionales et importance accrue de la répartition géographique dans des organes d'exécution de programmes). Tout en étant probablement efficace sur le plan opérationnel, cette évolution comporte des risques évidents. Elle est, dans une certaine mesure, contraire à l'esprit d'universalité de l'Organisation. Mais, au sein d'une Organisation qui compte 141 membres, la concertation générale n'est pratiquement plus possible. Il faut donc rationaliser au niveau des structures le dialogue et la négociation, ce qui peut se réaliser en créant des groupes régionaux et en les utilisant judicieusement. Il était intéressant de constater, à Nairobi, que de moins en moins l'on se demande ce que pense tel pays sur telle question, mais plutôt quelle sera l'attitude de telle région.

Les pays occidentaux ont créé jusqu'à présent les groupes les moins bien organisés. Dans un passé pas très lointain, certains pays se sont farouchement opposés à la création d'un groupe occidental craignant que cela ne provoque des affrontements entre "blocs". Au cours de l'année dernière seulement fut constitué un groupe dit d'information, qui comprend les délégués des Etats membres de l'OCDE. Pour le moment, il limite ses activités à des échanges de vues et d'informations sur les positions adoptées et ne prend pas de décisions qui lient ses membres de quelque manière que ce soit. Il n'a pas non plus de structures fixes, chaque réunion étant présidée à tour de rôle par un autre membre.

C'est la première fois que ce "Groupe d'information" a fonctionné lors d'une conférence générale. Réuni assez souvent, il s'est révélé, sans aucun doute, utile. Malgré ses procédures assez vagues, il a souvent permis de dégager des attitudes communes de ses membres. Mais les faiblesses de ses structures ont également apparu. Notre délégation a suggéré de rendre responsable du bon fonctionnement du Groupe, pendant la durée de la Conférence générale, l'un de ses membres mais, à cause de l'opposition du Canada notamment - qui craignait que le Groupe ne se transforme en "bloc" -, cette proposition n'a pas été retenue. Il est toutefois évident que les méthodes de travail du Groupe restent à revoir. Probablement faudra-t-il désigner un jour un porte-parole chargé de dialoguer avec les présidents d'autres groupes régionaux et le Directeur général. Rappelons à ce sujet que le "Groupe de rédaction et de négociation" était composé de délégués représentant les différentes régions. A Nairobi, la liaison entre "nos" membres de ce groupe et le Groupe d'information n'a pas joué de manière satisfaisante.

Le Groupe de Genève s'est réuni assez rarement, se bornant pratiquement à une information mutuelle sur les positions de ses membres au sujet du budget. Si ce groupe veut jouer son rôle à la Conférence générale, il sera nécessaire qu'il étudie mieux encore que par le passé les questions administratives soulevées et ne se concentre pas presque exclusivement sur le problème du plafond budgétaire.

Le Groupe des Neuf membres des communautés européennes s'est fréquemment réuni, présidé par le chef de la délégation des Pays-Bas qui en fut également le porte-parole. On a eu l'impression de l'extérieur que ce groupe avait passablement de difficultés à trouver des positions communes et que sur certains points délicats les Neuf s'étaient plutôt entendus au sein du Groupe d'information qu'entre eux.

Le Groupe électoral I, de son côté, a eu un rôle plus important et plus difficile à jouer qu'à la 18e Conférence générale. Nous y reviendrons dans un chapitre suivant.

Dans la conjoncture actuelle, le problème de la coopération entre pays occidentaux prendra de plus en plus d'importance et l'évolution dans ce domaine devra être suivie avec la plus grande attention. La tendance générale donne à penser que l'importance de tous les groupes régionaux augmentera encore.



## QUESTIONS POLITIQUES

### Israël

Ainsi qu'il a déjà été dit dans l'introduction, trois questions se posaient au sujet d'Israël: son inclusion dans les activités régionales de l'Europe; le problème des territoires occupés; Jérusalem. Sur ces trois points, les résultats auxquels la Conférence est arrivée correspondent assez exactement à ce que l'on pouvait en attendre.

Une solution au problème de l'inclusion d'Israël dans les activités régionales de l'Europe a pu être trouvée, grâce à une longue préparation à différents niveaux, tant par le Directeur général que par une action diplomatique de certains pays de l'Europe de l'Ouest et que par les multiples démarches du "Groupe des Trois" (Autriche, Norvège, Suisse), membres du Groupe d'information.

Le Conseil exécutif avait recommandé à la Conférence générale de laisser la décision au sujet de l'inclusion d'un Etat membre dans des activités régionales à la région concernée même. Cette proposition fut ratifiée par la plénière, malgré l'opposition des pays socialistes et de certains pays arabes. Sur la base de cette décision, le Président de la Conférence procéda à une consultation individuelle des différentes délégations. Ainsi, un débat public sur la question particulière d'Israël put être évité (il y avait encore d'autres Etats à classer).

Il est à souligner que les pays socialistes ont essayé jusqu'à la dernière minute de s'opposer à cette solution. Les Etats arabes qui, lors de la 18e session, ne s'estimaient pas très concernés par la question tout en ayant voté contre l'inclusion d'Israël, s'y sont également opposés vigoureusement. Une fois de plus, grâce à l'attitude très ferme des Africains, une solution satisfaisante a été trouvée.

Il est évident que l'inclusion d'Israël dans les activités européennes - imposée aux pays socialistes - ne va pas faciliter la coopération en Europe. Par exemple, chaque conférence européenne organisée par l'UNESCO risque de commencer par des incidents.

Au sujet des territoires occupés, la Conférence générale a adopté une résolution dont le paragraphe 8 condamnait "comme contraires aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales toutes violations résultant de l'occupation israélienne des droits des populations dans tous les territoires arabes occupés

à une éducation et à une vie culturelle nationale, notamment par une politique d'assimilation culturelle systématique". Ce texte, fruit de longues négociations entre Africains et Arabes, infiniment plus nuancé et moins agressif que celui initialement rédigé par les Etats arabes, a fait l'objet de longs débats. En introduisant ce texte, le président du Groupe africain avait souligné que son libellé était purement hypothétique, qu'il n'impliquait pas une condamnation d'Israël a priori, que celle-ci dépendrait des résultats de la mission d'enquête qui devait se rendre dans les territoires occupés. Cette interprétation n'a pas pu convaincre les amis d'Israël et il est sans doute regrettable que le mot "condamnant" soit resté et qu'il n'ait pas été possible de trouver une autre formule. Mais il est presque certain que cet incident aurait pu être évité si Israël avait adopté une attitude plus souple durant la Conférence. En effet, les délégations amies avaient prié à tour de rôle, mais sans succès, la délégation israélienne de "faire un geste" et de contribuer ainsi à trouver des solutions acceptables pour tous. Avec la plupart des Etats occidentaux, la Suisse a voté contre le paragraphe incriminé. Le résultat du vote dans la Commission III sur l'ensemble du texte était le suivant: 73 voix pour, 6 voix contre (Australie, Canada, Etats-Unis, Guatemala, Israël, Nouvelle-Zélande) et 30 abstentions (dont la Suisse avec tous les pays de l'Europe de l'Ouest, à l'exception de l'Espagne et du Portugal, et certains pays latino-américains). (En plénière: 61 - 5 - 28) En commission la délégation suisse a donné l'explication de vote suivante: "La délégation suisse s'est abstenue lors du vote sur l'ensemble du texte de la résolution. Elle l'a fait parce qu'elle n'a pas pu accepter le paragraphe 8 et a voté contre ce paragraphe parce qu'elle considère comme inopportune la condamnation d'Israël avant que les faits invoqués à sa charge n'aient pu être vérifiés sur place par la mission d'information désignée par le Directeur général à cet effet. Ceci dit, ma délégation regrette vivement que les autorités israéliennes n'aient pas trouvé moyen d'admettre plus tôt la mission en question dans les territoires occupés."

La question de Jérusalem a abouti à une résolution pratiquement identique à celle adoptée par la 18e session de la Conférence générale. L'escalade souhaitée par les Etats arabes et appuyée par le bloc socialiste ne s'est pas réalisée. Israël n'ayant pas changé d'attitude à ce sujet, on ne pouvait s'attendre à la levée des sanctions prises contre lui. Comme elle l'avait fait en 1974, notre délégation a voté contre ces sanctions. Elle a également voté contre l'ensemble de la résolution sur Jérusalem, alors qu'elle s'était abstenue en 1974. Dans la Commission II le résultat était le suivant: 70 voix pour, 25 voix contre, 14 abstentions (en plénière: 61 - 19 - 16).

### Les moyens de communication de masse

L'idée de faire rédiger une déclaration sur l'emploi des mass media dans la promotion de la paix et dans la lutte contre le racisme etc. était venue des pays socialistes qui essayent depuis longtemps d'instaurer une sorte de censure mondiale. En vain les pays occidentaux s'étaient-ils opposés à cette initiative lors des précédentes Conférences générales. En 1974, la rédaction d'un tel texte fut décidée. En décembre 1976, s'est tenue à Paris une réunion d'experts gouvernementaux pour élaborer un projet. Le résultat est connu. Empêcher à tout prix l'adoption de ce texte par la Conférence de Nairobi était l'un des objectifs prioritaires de tous les pays qui défendent le principe de la liberté d'information.

Dans un premier temps, les délégations occidentales espéraient pouvoir faire retirer la question de l'ordre du jour. Mais il apparut rapidement que ceci n'était pas possible. Non seulement les pays socialistes mais aussi les pays en voie de développement tenaient à avoir au moins un large débat sur les problèmes des moyens de communication de masse. Car il est certain qu'il existe dans ce domaine un problème réel: un déséquilibre dans les échanges d'informations entre pays industrialisés et pays en voie de développement. Mais ce n'est ni par une déclaration ni par un contrôle étatique de l'information que ce problème pourra être résolu. Ceci demande beaucoup plus une aide aux pays en voie de développement pour leur permettre de renforcer leurs propres infrastructures dans ce domaine.

C'est une telle approche positive et constructive que notre délégation appuyait avec vigueur. Le débat en commission sur la question fut long et passionné. Les pays socialistes se déclaraient prêts à faire des concessions importantes pourvu qu'un texte de déclaration fût adopté. Les pays occidentaux et un grand nombre de délégations latino-américaines s'y opposèrent. Notre délégation avait déjà fait connaître son point de vue en plénière, dans le débat de politique générale. Son intervention en commission ne fut pas moins claire. Les pays en voie de développement étaient partagés sur la question, mais ils voyaient aussi les dangers que l'acceptation d'un texte pourraient signifier pour l'Organisation.

Finalement, la commission décida, sur proposition du Brésil avec 78 voix contre 15 (pays socialistes, Vietnam, Somalie, Irak, Libye et quelques autres délégations arabes) et 6 abstentions (Sri Lanka, Syrie, Algérie, Tunisie, Niger et Nigéria), de confier la question au Groupe de rédaction et de négociation qui proposa, à la fin de la Conférence, le renvoi à la 20e session. Entre-temps, le Directeur général devra élaborer un nouveau projet, en faisant appel à des experts. Ce projet devrait être rédigé de manière à être acceptable pour une très large majorité d'Etats membres.

- 24 -

Il faut ajouter que la Conférence adopta, dans le cadre des débats sur le Programme, une résolution demandant à l'Organisation un renforcement substantiel de ses activités dans le domaine de la communication et un accroissement de son aide aux Etats membres leur permettant de renforcer leurs infrastructures d'information. Cette initiative était lancée par la Tunisie. La Suisse était un des co-signataires du projet, qui avait certainement une influence sur l'issue de ce débat difficile.

Evidemment, toute cette problématique réapparaîtra à la prochaine Conférence. Il paraît donc important qu'on ne la perde pas de vue. Il serait souhaitable que du côté des pays occidentaux des efforts soit faits afin d'aider les pays en voie de développement dans ce domaine également. Il convient de vérifier si notre Coopération technique pourrait lancer l'un ou l'autre projet correspondant.

### Frieden, Menschenrechte und Rassismus

Aufgrund ihrer Verfassung hat die UNESCO den Auftrag, das Ihre zur Erhaltung des Friedens in der Welt beizutragen. Darin liegt, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, der Grund dafür, weshalb an jeder Generalkonferenz gewisse weltpolitische Fragen zur Debatte stehen, deren Behandlung eigentlich eher in die Kompetenz der UNO und ihrer zu diesem Zweck geschaffenen Organe fällt.

Zu den Punkten 9 und 10 der Traktandenliste ("Mise en oeuvre de la résolution 11.1 adoptée par la Conférence générale à sa dix-huitième session, concernant la contribution de l'UNESCO à la paix et les tâches de l'UNESCO en ce qui concerne la promotion des droits de l'homme et l'élimination du colonialisme et du racisme" und "Programme à long terme de contribution de l'UNESCO au maintien de la paix"), die sich insbesondere mit den Problemen des Friedens, der Menschenrechte und des Rassismus befassen, wurden denn auch Resolutionsentwürfe eingebracht, in denen fast alle Krisenherde der Welt aufgezählt und die angeblich Schuldigen beim Namen genannt wurden. Diese Resolutionsentwürfe wurden ausnahmslos der Redaktions- und Verhandlungsgruppe überwiesen.

Diese hatte die nicht ganz leichte Aufgabe, aufgrund der Resolutionsentwürfe und der übrigen Konferenzdokumente zu Texten zu kommen, die, wenn nicht für alle Mitgliedstaaten, so doch für eine grosse Mehrheit akzeptabel waren. Dies ist ihr in einem weitgehenden Ausmass auch gelungen. Mit einem Arbeitsaufwand, der nicht zu unterschätzen war, redigierte die Gruppe den Entwurf einer sogenannten "Omnibusresolution", die in mehreren Teilen die erwähnten Themen behandelt. Dabei ist es insbesondere das Verdienst der Gruppe, dass dieser Text allgemein gefasst ist - und offenbar manchen Delegationen auch etwas zu theoretisch schien -,

dass er jedoch keine Beschuldigungen an die Adresse gewisser Staaten wegen ihrer "kolonialistischen, neokolonialistischen, rassistischen" oder sonstwie kritikablen Politik enthält. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden allerdings die Regierungen in Südafrika und Rhodesien, die in jenem Teil der Resolution, der sich mit dem Rassismus befasst, unter besonderen Beschuss geraten.

Einzig die Delegation von China hatte schon in der Verhandlungsgruppe Bedenken gegen bestimmte Paragraphen geltend gemacht. Es handelte sich dabei vor allem um die Abschnitte, in denen von der internationalen "Détente" die Rede war oder in denen die Abrüstung erwähnt wird. Auf Verlangen Chinas fanden denn auch in der Plenarversammlung separate Abstimmungen über diese Punkte statt. Die entsprechenden Streichungsanträge wurden jedoch ausnahmslos zurückgewiesen; dafür stimmten in der Regel nur China, Pakistan und Bangladesch. Das gleiche gilt für die Abstimmung über den ersten Teil der Resolution, der dem Thema "Frieden" gewidmet ist. Die ändern beiden Teile wurden mit Konsens angenommen.

Die UNESCO wird in der "Omnibusresolution" ersucht, folgenden Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

- der Friedensforschung im weitesten Sinn des Wortes, unter besonderer Berücksichtigung der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten sowie des Kolonialismus, des Rassismus und der Apartheid.
- der Respektierung der Menschenrechte, vor allem auf jenen Gebieten, für welche die UNESCO mit besonderen Kompetenzen ausgestattet ist (beispielsweise auf dem Gebiet der Gedankenfreiheit: Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).
- der Bekämpfung des Rassismus, wobei (gewissermassen als Geste gegenüber dem Gastgeberkontinent) ein besonderer Akzent auf die ungelösten Probleme im südlichen Teil von Afrika gelegt werden soll. Die Organisation wird zudem aufgefordert, stärker als bisher mit den Befreiungsbewegungen zusammenzuarbeiten, die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OUA) anerkannt wurden.

Die Tatsache, dass der dritte Teil der Resolution den Problemen Afrikas gewidmet war, erlaubte es auch zu vermeiden, dass ein Hinweis auf die umstrittene UNO-Resolution 3379, die den Zionismus als eine Form des Rassismus definiert, in den Text aufgenommen wurde, obwohl ein solcher Hinweis zeitweise "in der Luft lag". Die Bemühungen der Afrikaner, die auf Mässigung gerichtet waren und die in dieser Beziehung mit den westlichen Delegationen zusammenarbeiteten, erwiesen sich als äusserst nützlich und trugen dazu bei, einen Zusammenstoss zu vermeiden, der den Erfolg der Konferenz stark beeinträchtigt hätte.

## Neue Internationale Wirtschaftsordnung und Zweites Entwicklungs- jahrzehnt

Der von der Redaktions- und Verhandlungsgruppe vorbereitete Resolutionsentwurf zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NEO) wurde von der Konferenz mit Konsens angenommen. China verlangte die Streichung des Paragraphen, in dem eine "wahre, vollständige und kontrollierte Abrüstung" befürwortet wird, unterlag jedoch in der separaten Abstimmung über diesen Punkt mit drei Ja (China, Pakistan und Bangladesh) gegen 44 Nein und bei 42 Enthaltungen, darunter die Schweiz. Die Vereinigten Staaten und Japan erklärten nach der Annahme der Resolution ihre Haltung und verwiesen darauf, dass die Reserven, die sie bereits früher in bezug auf die NEO gemacht hatten, ihre Gültigkeit beibehielten.

Zur Abstimmung über den Abrüstungs-Paragraphen wurden keine Erklärungen abgegeben. Die schweizerische Delegation verzichtete deshalb ebenfalls darauf, ihre Enthaltung zu erklären.

Der Generaldirektor und der Exekutivrat werden in der Resolution aufgefordert, im Rahmen der Kompetenzen der UNESCO, insbesondere auf den Gebieten Erziehung und Wissenschaft, zur Verwirklichung der NEO beizutragen. Ein besonderes Gewicht wird dabei auf die Wahrung der kulturellen Eigenständigkeit gelegt, da man offenbar befürchtet, dass der Trend zur Vereinheitlichung durch die NEO verstärkt werden könnte. Ausserdem sollen in Universitäten und Schulen vermehrt die grossen Probleme unserer Zeit behandelt werden, wie beispielsweise "ceux qui concernent la paix, l'utilisation matérielle des ressources, et leur partage équitable entre tous les peuples, l'élimination de la faim et de l'ignorance, le respect des droits de l'homme et de la dignité de la personne humaine, ainsi que le règne de la justice et de l'égalité pour tous les pays et toutes les régions du monde".

Die Resolution über das zweite Entwicklungsjahrzehnt, die ebenfalls von der Redaktions- und Verhandlungsgruppe ausgearbeitet wurde, enthält die bekannten Feststellungen über die anhaltenden und zum Teil zunehmenden Unterschiede zwischen dem Stand der Entwicklung der Industriestaaten und jenem der Entwicklungsländer, insbesondere was die Erziehung, die Wissenschaft, die Technologie und das Uebermittlungswesen anbetrifft. Die Resolution gibt dem Generaldirektor und dem Exekutivrat gewisse Richtlinien für die Weiterverfolgung der Tätigkeiten der UNESCO auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, für deren Finanzierung auch (nach Ansicht der westlichen Delegationen vermehrt) extra-budgetäre Mittel herangezogen werden sollten. Die Resolution wurde ohne längere Debatte mit Konsens angenommen.

Chile

Die Verletzung der Menschenrechte in Chile, die schon die 18. Generalkonferenz beschäftigt hatte, war auch dieses Mal wieder Gegenstand einer Debatte und einer Resolution, in welcher die chilenischen Behörden aufgefordert werden, die nötigen Massnahmen zu treffen, um die Respektierung der Menschenrechte in ihrem Lande zu gewährleisten. Die Resolution wurde mit Konsens angenommen, weil die chilenische Delegation den richtigen Augenblick verpasst hatte, eine Abstimmung zu verlangen. Trotz ihrem heftigen Protest kam der Präsident jedoch nicht aus seinen Entscheid zurück. Dies hatte zur Folge, dass eine Reihe von Delegationen Erklärungen abgaben, in denen sie feststellten, dass sie im Falle einer Abstimmung gegen die Resolution gestimmt (Uruguay, Brasilien) oder sich enthalten hätten (USA, Japan, Spanien, Kolumbien).

Die schweizerische Delegation konnte aufgrund ihrer Instruktionen am Konsens teilnehmen; sie verzichtete darauf, eine Erklärung abzugeben, weil ihr Hauptanliegen - die Respektierung der Menschenrechte nicht nur in Chile, sondern überall in der Welt - im dritten Operativparagraphen der Resolution bereits berücksichtigt ist. Da dieser Paragraph den Generaldirektor unter Umständen veranlassen könnte, auch andere Länder näher unter die Lupe zu nehmen (auch wenn es sich dabei um ein politisch heisses Eisen handelt), sei er hier zitiert: "La Conférence générale ... .. demande au Directeur général de continuer à prendre, dans le cadre de ses attributions, les mesures qu'il jugera les plus propres à assurer le respect des droits de l'homme au Chili, ou dans tout autre Etat membre où il existerait des présomptions sérieuses que ces droits y sont violés, et de consulter lorsqu'il le jugera nécessaire le Conseil exécutif et la Conférence générale."

Der Redaktions- und Verhandlungsgruppe, welche den Resolutionstext ausarbeitete, war ursprünglich ein wesentlich schärfer abgefasster Text vorgelegen, der eine eigentliche Verurteilung Chiles vorgesehen hatte. Die chilenische Regierung gab jedoch während der Konferenz bekannt, dass eine grosse Anzahl politischer Häftlinge aus den Gefängnissen entlassen worden seien. Dies ermöglichte der Verhandlungsgruppe, einen sehr viel gemässigten Text vorzulegen, so dass die Debatte - mit Ausnahme des erwähnten Zwischenfalls - keine grossen Wellen warf.

Südafrika

Mit 63 Ja gegen 19 Nein (darunter ein grosser Teil der westlichen Staaten und die Schweiz) und bei 5 Enthaltungen (darunter Frankreich und Finnland) wurde am Ende der Konferenz eine Resolution angenommen, die vom Generalsekretär verlangt, "d'exclure la République de l'Afrique du Sud de toute participation aux

- 28 -

réunions et activités de la Commission océanographique intergouvernementale organisées par l'UNESCO jusqu'à ce que les autorités de ce pays mettent fin à leur politique de discrimination raciale".

Der Abstimmung war eine zeitweise etwas heftig geführte Debatte vorangegangen, in die auch der Generaldirektor eingriff. Sie drehte sich vor allem um die Frage, ob die erwähnte Massnahme legal sei oder nicht. Die westlichen Delegationen, die das Wort ergriffen - vor allem die Amerikaner, die eine sehr scharf gefasste Erklärung abgaben -, bestritten die Legalität und erklärten, sie würden aus diesem Grunde gegen die Resolution stimmen oder sich enthalten; die meisten fügten bei, ihr Stimmverhalten dürfe nicht als Stellungnahme zugunsten der Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung ausgelegt werden. Auch die schweizerische Delegation gab eine in diesem Sinn formulierte Erklärung ab.

Die Ausführungen des Generaldirektors waren (wohl das einzige Mal während der ganzen Konferenz) etwas widersprüchlich. Er schien sich einerseits Rechenschaft zu geben über die rechtliche Problematik eines Ausschlusses von Südafrika aus der COI, musste aber andererseits auf die Mehrheit und insbesondere auf die Schwarzafrikaner, die ihm besonders nahestehen, Rücksicht nehmen. Er versuchte, diesen Widerspruch mit ziemlich viel Rhetorik zu überbrücken, was ihm jedoch nicht ganz gelang. Zweifellos wird er jedoch der Aufforderung, die in der Resolution an ihn gerichtet ist, nachkommen.

#### Nichtgouvernementale Organisationen mit Beziehungen zu Taiwan

Die Frage der nichtgouvernementalen Organisationen, die noch Beziehungen zu Taiwan unterhalten, bildete diesmal ein eigenes Traktandum. China legte dazu eine Resolution vor, mit welcher die NGO aufgefordert wurden, allfällige Beziehungen zu Mitgliedern in Taiwan abzubrechen. Die UNESCO wurde gebeten, dieser Aufforderung Nachdruck zu verleihen. Der Resolutionstext war gegenüber 1974 nur geringfügig verändert und kaum verschärft worden.

In der Debatte unterstützten verschiedene afrikanische (Äthiopien, Guinea, Nigeria) und arabische Staaten (Ägypten, Sudan) das chinesische Begehren. Kanada und andere meldeten Bemerkungen an: Zwar anerkannten auch sie nur ein China, andererseits verfüge die UNESCO über keine rechtliche Grundlage, um den NGO Vorschriften zu machen.

In der paragraphenweisen Abstimmung enthielt sich die Schweiz (mit Ausnahme des ersten Paragraphen - ja) jeweils der Stimme, ebenso zum Gesamttext. 66 Länder erklärten sich dafür (u.a. Australien, Belgien, Frankreich, Italien, Portugal), eines dagegen (Elfenbeinküste, die erklärte, nicht genügend Zeit zum Studium der Frage gehabt zu haben) und 24 enthielten sich der Stimme (u.a. die Bundesrepublik, Oesterreich, Schweden, USA).



## Deklaration über Rasse und Rassenvorurteile

Eingangs sei kurz die Ausgangssituation der Debatte über dieses in westlicher Sicht äusserst heikle Unterfangen dargestellt:

Gemäss Beschluss der 18. Generalkonferenz hätte 1976 ein Deklarationsentwurf ausgearbeitet und der 19. Generalkonferenz vorgelegt werden sollen. Eine Regierungsexpertenkonferenz war für Januar 1976 angesetzt - einen Monat nach der viel Anstoss erregenden Expertenkonferenz zur Ausarbeitung der Massenmedien-Deklaration; "mangels genügender Anmeldungen" (lediglich 18 Länder hatten eine Delegation angekündigt) wurde sie indessen verschoben. Zur Erleichterung der Arbeit schickte das Sekretariat den Mitgliedstaaten Mitte Juni einen Vorentwurf zu und kündigte eine Expertenkonferenz anfangs September an. Bis zum 10. August waren Stellungnahmen von 30 Ländern eingetroffen. 20 davon (Weststaaten, Kenia, Mali und Senegal) beantragten Verschiebung des Expertentreffens auf das nächste Jahr, da die Zeit für eine gründliche Vorbereitung nicht ausgereicht habe. Der Generaldirektor wandte sich darauf an den Exekutivrat, der sich an seiner 100. Session ebenfalls für die Verschiebung aussprach. In einer Resolution schlug er aber vor, der 19. Generalkonferenz möge immerhin die Gelegenheit zu einer erschöpfenden Debatte über dieses Thema eingeräumt werden.

In der Kommission III, die sich in Nairobi mit der Angelegenheit zu befassen hatte, entbrannte eine heftige Diskussion: Die Sowjetunion, unterstützt von manchen arabischen Delegationen, tadelte das bisherige Vorgehen. Die Prozedurregeln seien verletzt worden, es handle sich um ein dringliches Anliegen, das keinen Aufschub dulde. Die Grundsätze der Deklaration müssten nun unbedingt von der Generalkonferenz eingehend diskutiert werden. Irak kündigte zudem einen ominösen Zusatz an.

Demgegenüber wünschten die afrikanischen Delegationen mit Nachdruck, dass keine Debatte stattfinde (Elfenbeinküste, Kongo, Mali, Niger): Das diesbezügliche Dokument sei eben erst verteilt worden und habe nicht eingesehen werden können; das Thema sei zu wichtig, als dass es unter Zeitdruck und oberflächlich abgehandelt werden dürfe; gerade sie als vom Rassismus am meisten Betroffene wünschten keine leere Rhetorik und verbale Demonstrationen, sondern gründliche Abklärung des Problems unter Konsultation weiter Volkskreise. Die westlichen Staaten schlossen sich diesen Argumenten an. Wie in der Frage der Regionen und der Medien-Deklaration zeichnete sich damit ein Zusammengehen der europäischen und afrikanischen Staaten gegenüber einem sowjetisch-arabischen Block ab. Die Abstimmung ergab 16 Befürworter einer Generaldebatte (Sowjetunion, Libyen, Syrien, Irak) gegen 43 (Schweiz mit den meisten Weststaaten und Schwarzafrikanern) bei 12 Enthaltungen (Algerien, Grossbritannien, Tanzania).

- 30 -

Die Ausformulierung einer Resolution betreffend den künftigen Arbeitsplan wurde einer Arbeitsgruppe übertragen und deren Text einige Zeit später einhellig akzeptiert. Das Sekretariat wird nun einen neuen Vorentwurf ausarbeiten und im Laufe des Jahres 1977 eine Regierungsexpertenkonferenz durchführen.

### "Europäische Zusammenarbeit" - Rumänischer Resolutionsentwurf

Im Rahmen der Diskussion über das Unterkapitel "länderweise Programmierung und regionale Zusammenarbeit" kam am vierten Konferenztag in der Kommission III ein rumänischer Resolutionsentwurf zur Sprache, der unter mehrfacher Berufung auf die Helsinki-Akte den europäischen Mitgliedsländern empfahl, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Tätigkeitsbereich der UNESCO zu intensivieren, und die Organisation aufforderte, die Vorhaben in europäischem Rahmen mit besonderer Aufmerksamkeit zu verwirklichen und an der kommenden Belgrader Konferenz ihren Beitrag zur Verwirklichung der Postulate der Helsinki-Akte darzustellen, falls sie dazu eingeladen würde.

Der Text, der offensichtlich mit der Sowjetunion abgesprochen und von dieser gebilligt worden war, lag indessen erst ein Tag vor der Diskussion vor. In privaten Kontakten konnten die Rumänen überzeugt werden, dass die Zeit für ein gründliches Studium der Resolution sowie zum Einholen von Instruktionen zu knapp gewesen sei. Die rumänische Delegation beantragte deshalb selbst die Verschiebung der Debatte, da ihr sehr an einem europäischen Konsensus gelegen sei, wie er auch in Helsinki habe erreicht werden können.

Schweizerischerseits schien der Text grundsätzlich annehmbar vorbehaltlich einiger kleinerer Retouchen und vor allem einer Neufassung des einen an die Mitgliedstaaten gerichteten operativen Paragraphen, in dem - entsprechend der Akte von Helsinki - nicht bloss auf "Reziprozitätsbasis" beruhende Regierungsvereinbarungen angestrebt werden sollten, sondern ebenso sehr individuelle Kontakte.

In den folgenden Tagen nahm die rumänische Delegation u.a. mit der französischen und schweizerischen Delegation, die ihre Instruktionen als erste erhalten hatten, Fühlung auf und legte alsdann eine revidierte Fassung des Textes vor, die deren Einwänden weitgehend Rechnung trug. Dieselbe erschien nun bereits vielen Weststaaten annehmbar. Die Bundesrepublik und eine Reihe anderer Länder (auch Schweden) verfochten indessen eine härtere Linie und hielten es für angebracht, die Rumänen von ihrem Vorhaben gänzlich abzubringen und sich höchstens mit einem ganz kurzen Text zu begnügen. Wenn auch in der westlichen Informationsgruppe insofern Einmütigkeit herrschte, dass die beste Lösung darin bestünde, gar keinen Text zu haben, vertraten doch einzelne

die Ansicht, so Frankreich und die Schweiz, dass der verhältnismässig harmlose Text und die daraus sprechende gemässigte Haltung mit einem gewissen Entgegenkommen honoriert und Rumänien nicht durch ein "non-recevoir" brüskiert werden sollte. Die Bundesrepublik wurde denn von der Informationsgruppe beauftragt, mit Rumänien weiter zu verhandeln. Im Verlaufe dieser Kontakte und aufgrund neuer Instruktionen überzeugten sich auch die vorsichtigsten der Weststaaten davon, dass der Resolutionsentwurf keinen Ausverkauf der in Helsinki verfochtenen Prinzipien darstellte. Immerhin gelang noch eine weitere redaktionelle Verbesserung des etwas wirren Textes, der alsdann - nach insgesamt zwei Wochen - einstimmig (mit 66 Stimmen) angenommen wurde. Einzig die Elfenbeinküste enthielt sich der Stimme, da sie gerne noch eine Aenderung beantragt hätte und vom Präsidenten übergangen worden war (!).

#### "Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit" - sowjetischer Resolutionsentwurf

Im August 1976 hatte die Sowjetunion dem Exekutivrat beantragt, auf die Traktandenliste der Generalkonferenz einen weiteren Punkt 73 aufzunehmen mit dem schönen Titel "Coopération culturelle et scientifique sur la base de l'égalité et de l'intérêt mutuel en tant que facteurs importants du renforcement de la paix, de l'amitié et de la compréhension réciproque entre les peuples". Das zugehörige Dokument (19 C/111) wurde den Delegationen erst in der zweiten Konferenzwoche vorgelegt. Es bestand nebst der Wiedergabe des Schreibens der sowjetischen Behörden an den Exekutivrat aus einer 3 1/2 seitigen Resolution und einem kurzen Kommentar des Generaldirektors. Die Sowjetunion erklärte darin, 10 Jahre nach der "Déclaration des principes de la coopération culturelle internationale" (1966) sei es opportun, die Frage der kulturellen Zusammenarbeit wieder vorzunehmen und zu überprüfen, wie die Aktionen der UNESCO intensiviert werden könnten.

Bei näherem Zusehen erwies sich die "Resolution" als ein gefährliches Konglomerat bekannter etatistischer Interventionsforderungen auf kulturellem Gebiet, wie sie während der KSZE, anlässlich der Expertenkonferenz zur Ausarbeitung der Empfehlung betreffend die "Teilhabe der Volksmassen am Kulturleben" und bei anderer Gelegenheit aufgetaucht waren; einzelne der Paragraphen entsprachen überdies weitgehend den umstrittensten Postulaten der Medien-Deklaration.

In seiner Einführung gab der sowjetische Delegierte in der Kommission II bekannt, die Sowjetunion habe im Laufe des Sommers 80 Mitgliedstaaten konsultiert und deren Unterstützung für die Resolution gewonnen; darauf verlas er die Liste der 80 Länder. In der Debatte wies die Bundesrepublik auf die grundsätzlich unterschiedliche Auffassung des Westens hin, wonach das Kulturleben

sich frei von Regierungsinterventionen abspielen sollte. Der Text enthalte zuviel Unannehmbares, als dass er in der zur Verfügung stehenden Zeit verbessert werden könnte. Die Diskussion sollte demnach auf die 20. Generalkonferenz verschoben werden.

Der schweizerische Delegierte deckte die Parallelen zu anderen Texten, wie dem rumänischen Resolutionsentwurf über die europäische Zusammenarbeit und der Medien-Deklaration, auf und erinnerte an deren Schicksal: Der rumänische Vorstoss sei Gegenstand langer Verhandlungen gewesen, bis er mit Konsens habe verabschiedet werden können; die Mediendeklaration sei der Negotiationsgruppe anvertraut worden. Hier nun werde gleichsam durch die Hintertür und unzulässig spät ein Text der gleichen Tragweite vorgelegt und dessen sofortige Annahme verlangt. Er unterstützte den deutschen Verschiebungsantrag wie nach ihm noch weitere westeuropäische und lateinamerikanische Sprecher. Der italienische Delegierte prangerte ferner den Hang zum Pleonasmus, der Sucht, das Gleiche wieder und wieder zu sagen, und einige sprachliche Monstrositäten des Textes an. Auch China widersetzte sich entschieden, auf dieses Dokument der "vorgespiegelten Détente" überhaupt einzugehen.

Zur Verteidigung führte die Sowjetunion aus, der Text setze sich lediglich aus Zitaten früherer Resolutionen und Postulaten vorgängiger internationaler Kulturkonferenzen wie derjenigen von Helsinki und Jogjakarta zusammen. Er enthalte nichts, was nicht schon längst anderswo gebilligt worden sei.

In der Abstimmung zu spätabendlicher Stunde setzte sich der deutsche Vorschlag mit 35 (Weststaaten und viele afrikanische Staaten) gegen 19 (Ostblock und arabische Staaten) bei 11 Enthaltungen durch.

Zum Schluss sei noch vermerkt, dass die französische Version des Kommentars des Generalsekretärs einen bedenklichen "Uebersetzungsfehler" enthielt. Was englisch lautete: "The Director-General, while being of the opinion that he is not called upon to pass judgement on the different parts of this draft resolution, nevertheless considers it desirable to intensify the action for reinforcing international cooperation etc." wurde übersetzt mit "Le Directeur général adhère donc entièrement à l'esprit de ce projet de resolution qui réclame l'intensification de l'action menée pour renforcer la coopération internationale etc."

QUESTIONS CONSTITUTIONNELLES

Augmentation du nombre des membres du Conseil exécutif - Sur proposition de nombreux pays en voie de développement, le nombre des membres du Conseil exécutif fut augmenté de 40 à 45. Les cinq sièges supplémentaires furent ainsi répartis: 2 à l'Afrique, 2 à l'Asie, 1 à l'Amérique latine.

L'amendement suédois - Pour la troisième fois consécutive, la Conférence a débattu de "l'amendement suédois" visant à changer le statut des membres du Conseil exécutif et de ne plus élire des personnes mais des Etats. Cette fois, la question fut tranchée et la proposition suédoise repoussée par une très large majorité. La Suisse s'était toujours prononcée pour le statu quo. Toutefois, une proposition fut acceptée permettant, à l'avenir, à un gouvernement de retirer du Conseil exécutif une personne ne jouissant plus de sa confiance.

## BESCHAFFUNG ZUSÄTZLICHER MITTEL

Die Generalkonferenz von 1974 hatte den Generaldirektor aufgefordert, der 19. Session der Konferenz Vorschläge für die Beschaffung zusätzlicher Mittel zu unterbreiten, mit deren Hilfe Teile des Programms finanziert werden könnten. Die Vorschläge sollten "en consultation avec les Etats membres et le Conseil exécutif" ausgearbeitet werden. Sie wurden der 19. Generalkonferenz vorgelegt (Dok. 19 C/40), wobei es der Generaldirektor allerdings versäumt hatte, die Mitgliedstaaten zu konsultieren. Dieser Umstand wurde von mehreren Delegationen, darunter auch der schweizerischen, lebhaft kritisiert, denn es besteht kein Zweifel, dass die Vorschläge des Generaldirektors anders ausgefallen wären, wenn diese Konsultationen durchgeführt worden wären.

Das Dokument 19 C/40 war von der Kommission für administrative Fragen an die III. Kommission überwiesen worden. Gleichzeitig war ein Arbeitsausschuss geschaffen worden, der unter dem Vorsitz des nepalesischen Delegierten einen Resolutionsentwurf ausarbeitete, in welchem der Generaldirektor eingeladen wurde, unter anderem folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Im Programm jene Aktivitäten klar zu bezeichnen, die als Entwicklungshilfe definiert werden können;
- Zusammen mit dem Exekutivrat Bedingungen zu prüfen, unter denen im nächsten Budget die nötigen Kredite eröffnet werden können "pour répondre aux besoins qui ont été jusqu'ici insuffisamment et irrégulièrement couverts par les ressources extra-budgétaires";
- Die Konsequenzen der Abrüstung für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Entwicklungshilfe zu prüfen;
- Zusammen mit dem Exekutivrat die Schaffung eines Fonds de roulement zu prüfen, mit dem die Unkosten der Projekte gedeckt werden könnten, die mit Fonds en dépôt finanziert werden;
- Im Rahmen des Comité administratif de coordination (CAC) und des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) Studien anzustreben, um festzustellen, welche Unterstützung die Einführung einer Steuer zur Finanzierung der Aktivitäten und Programme im System der UNO hätte;
- Die bessere Ausnützung der finanziellen Möglichkeiten der Empfängerstaaten bei der Durchführung von UNESCO-Projekten zu prüfen.

- 35 -

Mit Ausnahme des ersten und des letzten Punktes sind diese Vorschläge für die Mehrheit der westlichen Staaten (auch für die Schweiz) inakzeptabel. Die Länder der Dritten Welt dagegen schieben in gewissen Stadien der ziemlich zeitraubenden Debatte, die zudem in Prozedurschwierigkeiten geriet, nicht abgeneigt, der Führung Algeriens zu folgen und eine Abstimmung zu erzwingen. Schliesslich wurde ein Kompromiss gefunden, der vorsieht, dass der Generaldirektor die Massnahmen ergreifen kann, die im ersten und im letzten Punkt erwähnt sind; dazu kommt - als eine Art Zugeständnis des Westens - die Studie betreffend die Schaffung eines zusätzlichen Fonds de roulement, wobei allerdings die westlichen Delegationen von der Ueberlegung ausgingen, dass diese Arbeit nur in Zusammenarbeit mit dem Exekutivrat unternommen werden kann, was mehreren unter ihnen die Möglichkeit gibt, erneut ihren Bedenken Ausdruck zu geben.

In der Resolution wird dagegen festgestellt, dass die übrigen Punkte für eine Beschlussfassung noch nicht reif seien und Gegenstand eines weiteren Berichts an die Generalkonferenz bilden sollten, der nun aber den Ansichten der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen hat. Die Schweiz stimmte für diesen Text, zusammen mit den meisten andern westlichen Delegationen; die Oststaaten, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik enthielten sich der Stimme, dagegen stimmte niemand.

## LES ELECTIONS

### Au Conseil exécutif

Les sièges du Conseil exécutif sont répartis parmi cinq groupes électoraux. Dans deux de ces groupes, il n'y avait pas plus de candidats que de sièges libres : Groupe I (Europe de l'Ouest, USA, Canada, Israël, Australie, Nouvelle-Zélande) et Groupe II (Europe de l'Est). Dans le premier groupe furent élus sans difficultés les candidats du Portugal, de l'Italie, de la Suisse et de la République fédérale d'Allemagne; dans le groupe II furent élus : Eugenia Krassowska, présidente de la Commission nationale polonaise pour l'UNESCO, et l'Ambassadeur Valentin Lipatti, Roumanie, ancien Délégué permanent de son pays auprès de l'UNESCO, chef de la délégation roumaine à la CSCE. Il obtint 25 voix de moins que la candidate polonaise à cause d'une sordide histoire d'un fonctionnaire (roumain) de l'UNESCO, forcé par le gouvernement de "démissionner" lors d'une mission en Roumanie. Dans le Groupe des Etats de l'Amérique latine et des Caraïbes, il y eut huit candidatures pour six sièges. Ne furent pas élus les candidats de la Bolivie et de Haïti. Les délégations des Etats des Caraïbes n'ayant ainsi qu'un seul membre au Conseil exécutif se sentaient frustrées par ce résultat. Dans ce groupe fut élu entre autres l'Ambassadeur Alberto Wagner de Reyna (Pérou) qui a déjà siégé au Conseil pendant huit ans et qui l'avait quitté il y a quatre ans. Dans le Groupe IV (Asie), il y eut un duel entre un candidat de l'Inde et un candidat du Bangladesh. C'est le candidat indien, Sarvepalli Gopal, fils de l'illustre Sarvepalli Radhakrishnan qui fut un des premiers membres du Conseil exécutif de l'UNESCO et président de la Conférence générale, qui a été élu avec une avance confortable. L'Inde maintient ainsi son siège, pratiquement permanent, de même que la Chine. Parmi les pays africains où il y avait six membres à élire, le Ministre de l'éducation de la Côte d'Ivoire, Paul Yao Akoto, candidat de dernière minute, fit échec à un candidat du Niger réputé "gauchiste" qui se fit remarquer par des interventions très agressives. Dans le camp des pays arabes, Chams C. El Dine El-Wakil, Ambassadeur d'Egypte auprès de l'UNESCO, eut le plus grand nombre de voix et battit nettement son rival irakien qui paya ainsi les positions extrémistes défendues par la délégation de l'Irak.

### Autres organes

Jamais il n'y avait eu un si grand nombre de candidatures pour les organes directeurs de grands programmes scientifiques ainsi que pour le Conseil du BIE. Il fut décidé de ne pas procéder à une élection générale mais de répartir les sièges disponibles



- 37 -

entre les groupes électoraux selon une clef acceptable pour tous. Le choix s'est donc fait - non sans difficultés - à l'intérieur de ces groupes. Sur proposition de notre délégation, il fut décidé de demander au Conseil exécutif d'étudier la durée des mandats ainsi que les critères et les méthodes de choix qui devraient guider à l'avenir l'élection des membres des organes directeurs des programmes scientifiques.

A l'exception du Comité pour le patrimoine mondial, la Suisse fut élue dans tous les organes pour lesquels elle était candidate : Comité juridique, Comité du Siège, Conseil du Programme Hydrologique international, Comité du Sport.

## SCHWEIZERISCHE INITIATIVEN

Eine der wichtigsten Aufgaben der UNESCO besteht in ihrer normativen Tätigkeit, d.h. dem Ausarbeiten von Texten normativen Charakters - internationalen Uebereinkommen und Empfehlungen - und der Ueberwachung von deren Anwendung. Seit 1970 zeichnet sich nun eine erhebliche Zunahme besonders von Empfehlungen auf den verschiedenen von der UNESCO gepflegten Gebieten ab. Eine Ausdehnung der normativen Tätigkeit der Organisation mag an sich erfreulich sein; leider trägt sie aber die Züge eines weitgehend unkontrollierten Wachstums. Es genügt, dass ein Land oder eine Abteilung des Sekretariats den Wunsch nach einem internationalen Instrument auf einem bestimmten Gebiet ausspricht, und schon wird der aufwendige Apparat zur Abfassung und Adoption eines solchen in Bewegung gesetzt. Später kann er dann kaum mehr aufgehalten werden, denn die zuständigen Organe, der Exekutivrat und die Generalkonferenz, sagen kaum je nein. Sehr oft unterbleibt anfangs jegliche Besinnung darüber, ob sich eine Materie für eine internationale Reglementierung eignet und ob dafür ein für alle Staaten verbindlicher gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Es verwundert nicht weiter, wenn die Texte dann oft unklar und widersprüchlich sind und qualitativ nicht befriedigen. Die Proliferation neuer Instrumente hat auch zur Folge, dass die Verwaltungen der Mitgliedstaaten sie nicht mehr "verdauen" können und keine Zeit finden, die nationalen Gesetzeswerke anzupassen. So ist die Zahl der Ratifikationen und der (vorgeschriebenen) Berichterstattungen über die Aufnahme dieser Instrumente in vielen Fällen ungenügend geblieben.

Schon an der 18. Generalkonferenz sprach sich die schweizerische Delegation für eine zurückhaltendere Politik auf dem Gebiet internationaler Normen aus, ein Appell, der zwar begrüsst wurde, jedoch ohne konkrete Folgen blieb. Um den Anliegen mehr Nachdruck zu verleihen, legte die schweizerische Delegation diesmal einen Resolutionsentwurf vor, dessen operativer Teil die Definition einer "Normen-Politik" und die Ausarbeitung eines Kriterienkatalogs forderte. Der letztere soll zur Beurteilung der Zweckmässigkeit und Erfolgsaussichten eines geplanten internationalen Instruments dienen. Ebenso wurde beantragt, künftig der juristischen Redaktion der Texte mehr Beachtung zu schenken.

Schon vor der Konferenz wurde bekannt, dass Frankreich zwei ähnliche und, wie sich herausstellte, komplementäre Initiativen beabsichtigte. Sie forderten Verbesserung des redaktionellen Aufbaus der Texte und die Möglichkeit der Erstreckung der Ausarbeitungsprozesses, falls in der ursprünglich vorgesehenen Zeit noch kein annehmbares Resultat zustandegekommen ist.

- 39 -

Die schweizerische und die französische Initiativen kamen in den ersten Tagen der Konferenz zur Sprache und gerieten, obwohl sie rein technisch gemeint waren, sogleich in ein politisches Spannungsfeld, fanden doch fast gleichzeitig in der gleichen Kommission die Debatten über das Schicksal der Medien-Deklaration und der "Deklaration über Rasse und Rassenvorurteile" statt. Zwar liehen die westlichen und vereinzelte arabische und asiatische Länder dem schweizerisch-französischen Vorhaben ihre wärmste Unterstützung; der Ostblock, Jugoslawien, Vietnam und gewisse afrikanische Länder aber sahen darin den Versuch, den "sozialen Fortschritt" zu bremsen und gewisse Projekte zu vereiteln oder auf die lange Bank zu schieben. Zudem lehnte es das Büro für internationale Normen und Rechtsangelegenheiten des Sekretariates ab, in die Rolle eines Aufpassers gedrängt zu werden, und wünschte die Entfernung seiner Nennung im schweizerischen Text sowie einige weitere Änderungen. Es schlug auch die Fusion des schweizerischen und der zwei französischen Texte vor.

In einem etwas mühseligen Verfahren einigten sich die beiden Autoren in den Tagen danach auf einen neuen, bedeutend gekürzten Text, der mit einigen zurückhaltenderen Formulierungen der latenten Opposition Rechnung zu tragen suchte. Bis zur Diskussion der neuen Version (DR 196) konnten als Mitunterzeichner Aegypten, Dänemark, Kanada, Sudan und Thailand gewonnen werden. In der Debatte wurde von der nämlichen Seite wiederum Kritik laut - sie galt indessen vor allem den Teilen französischer Herkunft. Einige kleinere Konzessionen erwiesen sich als unumgänglich. Demgegenüber setzten Dänemark und Norwegen durch, dass nebst den Projekten für Ueber-einkommen und Empfehlungen auch solche für Deklarationen dem Kontrollverfahren unterzogen werden sollten - eine politisch begrüssenswerte, formell infolge der verschiedenen Ausarbeitungsverfahren wohl nicht hundertprozentig korrekte Ergänzung. Der dergestalt abgeänderte Text passierte mit 73 ohne Gegenstimme bei 7 Enthaltungen (Ostblock und Togo).

Während der Konferenz ergriff die schweizerische Delegation die Gelegenheit für eine weitere Initiative: Projekt 4174 im Kapitel "Kommunikation" des Dokumentes C/5 sah für 1977 eine Expertenkonferenz vor, welche Mittel und Wege zur Erleichterung der Freizügigkeit für Kulturschaffende und Wissenschaftler in Europa studieren sollte. Gedacht war in erster Linie an die Senkung der Visakosten, die Vereinfachung der Formalitäten für Aufenthaltsbewilligungen, die Gewährung von Spezialgenehmigungen für die Zuteilung von Devisen, die Ermässigung für Gruppenreisen u.a.m. Die Ergebnisse sollten die Basis für ein eventuelles europäisches Instrument zur Förderung der Freizügigkeit dieser Personenkategorien bilden.

- 40 -

So begrüssenswert das Vorhaben auf den ersten Blick auch scheinen mag, im Grunde läuft es auf eine gefährliche Verwässerung der die menschlichen Kontakte betreffenden Postulate der Helsinki-Akte hinaus. Dessen Entfernung aus dem Zwei-Jahres-Programm schien darum wünschbar und umso berechtigter, als dieses wichtige europäische Projekt in der vom Sekretariat dem Exekutivrat im Mai vorgelegten Aufstellung von Aktivitäten in europäischem Rahmen nicht erwähnt worden und auf undurchsichtige Art in das C/5 gelangt war.

In den ersten Wochen der Generalkonferenz hatte sich aber erneut herausgestellt, dass es für Delegationen nicht leicht ist, auf den Arbeitsplan des C/5 Einfluss zu nehmen. Negative Aeusserungen über einzelne Projekte werden zwar vom Sekretariat zur Kenntnis genommen; es behält sich aber vor, wieweit es darauf eingehen will. Rechtlich verbindliche Texte sind einzig die einleitenden Resolutionen. Nach der Erfahrung, dass westliche Proteste bei einigen anderen unliebsamen die KSZE betreffenden Vorhaben keine Folgen zeitigten, entschloss sich die schweizerische Delegation zu einer schriftlichen Initiative, gemäss der die Programmresolution um einen Satz ergänzt werden sollte, des Inhalts, von der vorgesehenen Expertenkonferenz und dem beabsichtigten europäischen Instrument sei abzusehen.

Bei der Präsentation der Initiative betonte der schweizerische Vertreter, dass erhöhte Freizügigkeit zweifellos erstrebenswert sei, aber nicht nur einer privilegierten Kaste zugute kommen sollte. Sie sollte auch nicht auf eine Region beschränkt bleiben, sondern - im Sinne der Förderung des Technologie-Transfers und des gegenseitigen kulturellen Verständnisses - vornehmlich zwischen den entwickelten und den Entwicklungsregionen gefördert werden. Es sei überdies unverständlich, dass gerade die europäische Region herausgegriffen worden sei, welche doch mit der Akte von Helsinki bereits über ein viel umfassenderes Instrument verfüge.

In der Kommission, deren Debatten sich fast ausschliesslich um die in der Diskussionseinheit 13 im Zentrum stehenden Kommunikationsfragen drehten, meldeten sich keinerlei Gegenstimmen. Das Sekretariat wünschte einzig, den langen Zusatz nicht in den Resolutionstext aufnehmen zu müssen, und schlug einfach Streichung des Projektes 4174 vor. Dergestalt abgeändert, passierte der schweizerische Antrag oppositionslos.

## QUESTIONS ADMINISTRATIVES

### Généralités

En première séance, le mercredi 27 octobre, la Commission administrative élit à l'unanimité Président M. Leonard C.J. Martin, du Royaume Uni.

Les travaux effectifs ne commencèrent en réalité que le jeudi après-midi. Les diverses manifestations organisées par le Gouvernement kényen, ajoutées à la cérémonie en relation avec le 30e anniversaire de l'UNESCO, en sont la cause essentielle. Une certaine tension, du reste assez rapidement dissipée, surgit entre le Président, décidé à mener les choses assez fermement, et l'un ou l'autre des Délégués qui s'estiment de ce fait lésés et entravés dans leur liberté d'expression.

D'une manière générale, les délibérations sont plus objectives et moins politisées qu'au cours des deux sessions précédentes. La Yougoslavie se manifeste particulièrement par ses multiples et longues interventions en contrecarrant assez fréquemment les propositions d'économie et de rationalisation, émanant des pays de l'Est notamment; elle estime que ces propositions, si elles devaient s'appliquer, porteraient préjudice au développement des nations pauvres.

La République Fédérale Allemande, le Canada et la Russie émergent du lot en opérant de très fortes pressions tendant à modérer sensiblement, si ce n'est à supprimer, les provisions financières proposées à cette session par le Directeur général, comme de maintenir aussi les prévisions supplémentaires pouvant être approuvées par le Conseil exécutif même (art. 3.9 du Règlement financier) au plafond le plus bas possible. L'augmentation du fonds de roulement rencontre également une très vive opposition.

La République Centrafricaine ayant motivé des raisons acceptables la mettant en retard dans le paiement de ses cotisations, la Commission, à l'unanimité, recommande à la Conférence générale de l'autoriser à prendre part aux votes. Elle procédera au cours d'une prochaine réunion de même pour le Salvador.

Les problèmes de répartition géographique des engagements du personnel des cadres du Secrétariat et de son statut financier absorbent de longues heures de séance.

## Résumé des plus importants sujets traités

(Les chiffres indicatifs se rapportent, dans l'ordre, aux points du programme et aux numéros du document. Les indications de 4 chiffres correspondent à celles mentionnées en marge du budget.)

Du budget en général (15/16 - 19 C/5 et 6) - Le Président rappelle aux Délégués que le pouvoir d'accepter ou de refuser le budget, en tout ou en partie, appartient à la Conférence générale en séance plénière et non à la Commission administrative.

Les Prévisions budgétaires révisées (15 - 19 C/5 Rev.3) soulèvent d'emblée des demandes d'explications voire des objections. Plusieurs pays ne conçoivent pas une différence d'interprétation entre une fluctuation de change et une augmentation des coûts consécutive à l'inflation. Ils estiment que l'inflation est liée aux fluctuations de change et demandent la suppression du Titre VIII "Provision pour fluctuations monétaires".

Un pays (la Belgique) tout en approuvant les mesures prises par le Directeur général trouve que le tout manque en définitive de transparence et demande ce qu'il advient des soldes créditeurs pouvant se présenter en fin d'exercice.

Plusieurs pays, dont l'Italie en particulier, s'en prennent au rajustement systématique des traitements et aux frais d'administration en général. Selon eux, les fonctionnaires du Secrétariat de l'UNESCO sont très largement payés et de nouvelles augmentations de salaires ne se justifient pas dans les conditions actuelles.

Le représentant de la Direction, M. Rigaud, Directeur général adjoint, insiste sur la nécessité d'avoir des réserves au budget, à l'instar des autres organisations de l'ONU. Quant aux frais occasionnés par le personnel, ils sont à l'UNESCO, selon M. Rigaud, les plus bas de toutes les organisations citées ci-devant.

Lors de l'examen du Titre I, l'augmentation envisagée des membres du Conseil exécutif (de 40 à 45) suscite de nombreuses interventions. Certains pays, appuyant les propositions du Délégué yougoslave, veulent empêcher une charge nouvelle au budget. Ils demandent à ce que les frais découlant de cette augmentation des membres du Conseil soient compensés par une réduction des frais de voyage (0015). Le sujet qui fut amorcé lors de la 18e session, c'est-à-dire de n'accorder aux Délégués du Conseil exécutif en déplacement par avion que des passages en classe économique et non en première classe, est alors repris. Les débats sur ce point, qui en fait est de caractère assez secondaire, deviennent pénibles et s'étendent au-delà d'un temps raisonnable. Ils doivent être poursuivis à la réunion suivante. La Délégation suisse estimant

qu'il serait assez peu élégant, voire trop restrictif en fonction de certaines obligations, de fixer un règlement linéaire propose un compromis tendant à prévoir des rayons de vols ou des catégories de missions qui détermineraient si le déplacement doit se faire en classe économique ou s'il peut avoir lieu en première classe.

En conclusion, la Commission recommande que la Conférence générale adopte une résolution priant le Conseil exécutif d'examiner en 1977, dans un souci d'économie, la question de la classe dans laquelle ses membres sont habilités à voyager.

Les dépenses relatives au personnel (0018) suscitent déjà dans ce chapitre une multitude d'interventions sur des points de détail; elles seront reprises lors de l'examen du Titre III "Soutien du programme et administration".

Le coût des consultants (0018) qui accuse une augmentation de 400 %, en passant de 8'000 à 40'000 dollars, provoque une vive réaction, en commençant par celle de la République Fédérale d'Allemagne. Les décisions dans ce domaine ressortissant à la seule compétence du Directeur général, M. Rigaud demande que confiance soit accordée au Directeur général sur le bien-fondé de cette décision.

La nécessité de poursuivre la participation de l'UNESCO aux frais de fonctionnement du Corps commun d'inspection de l'ONU (0024) fait l'objet d'une proposition de résolution invitant le Conseil exécutif à examiner de plus près le profit que l'UNESCO en tire effectivement.

La contribution à la Commission de la fonction publique (0025), qui passe de 79'550 à 300'000 dollars (augmentation de 277,1 %), est accueillie avec réserve surtout de la part de l'URSS. Elle recueille finalement l'unanimité.

Puis, l'ensemble du Titre I est adopté par 51 voix dont celle de la Suisse. Il n'y eut pas d'opposition mais 14 abstentions, dont l'URSS, les USA et l'Italie.

En passant à l'examen du Titre III "Soutien du programme et administration", le Délégué de la RFA manifeste son étonnement quant au principe adopté de se référer au budget précédent et non aux dépenses réelles, celles de la première année du programme, par exemple, pour établir le budget du nouvel exercice biennal. Le tout, selon lui, manque de transparence. Le représentant de la Suisse appuie cette manière de voir et demande s'il ne serait pas possible d'obtenir un relevé de la situation comptable des dépenses réelles. Comme suite à ces interventions, les Délégués recevront un état des dépenses et des engagements effectués durant les 21 premiers mois de l'exercice 1975/76.

- 44 -

L'élargissement des services de l'Inspectorat général (7030) ne recueille pas la conviction générale. Cet organe ne fait-il pas double emploi avec les services de contrôle existant déjà. La Suisse désire savoir si du fait de sa subordination directe au Directeur général, cet Inspectorat jouit d'une liberté d'action suffisante. M. Rigaud, Directeur général adjoint, explique qu'il s'agit là en fait pour le Directeur général d'un organe de recherche et de création plutôt que d'un service de contrôle à proprement parler. La Commission dans son ensemble reste toutefois assez sceptique sur la nécessité d'un renforcement dans ce secteur. Elle accepte finalement à l'unanimité ce poste au budget.

La création envisagée d'une fonction de médiateur (7080) auprès du Directeur général est loin de convaincre une grande partie de la Commission qui voit là une nouvelle fonction dont l'UNESCO a pu se passer jusqu'à présent, sans que des inconvénients d'ordre majeur soient connus. Les pays de l'Est y sont même opposés; ils estiment qu'il s'agit en l'occurrence d'un développement de la loi de Parkinson. Les représentants du Portugal et de la France, plus modérés, acceptent ce poste à titre provisoire; ils demandent cependant pour la prochaine session, un rapport sur l'activité du médiateur durant l'exercice qui s'ouvre.

Le chapitre 8 (7077) "Bureau du personnel" est finalement accepté à l'unanimité, mais de sérieuses réserves sont formulées au sujet de la création du poste de médiateur et de la présence dans ce chapitre d'une dépense en relation avec la Caisse d'assurance-maladie (7100) contestée par les Délégués de la France et de la Belgique.

Informatique (5122) - Après avoir entendu l'exposé du Directeur général adjoint, au sujet des tâches de l'inspection générale et en connaissance des dispositions du Titre II chapitre 5 du budget traitant du droit d'auteur, des statistiques et du soutien du programme, le Représentant de la Délégation suisse exprime son étonnement de voir une matière ressortissant essentiellement au secteur de l'administration et de l'organisation, et par répercussion dans le champ d'examen de la Commission administrative, figurer sous le Titre II "Exécution du programme". Il demande si la Direction de l'informatique, du moment où elle est retirée des services financiers, n'aurait pas sa place plutôt à l'Inspection générale. Cette dernière comprend une division de la gestion, chargée d'accroître l'efficacité de l'exécution du programme et une supervision systématique des activités.

La question est posée de savoir si par les mesures prises on ne risque pas des conflits de compétence, des chevauchements et par conséquent une augmentation des coûts.



- 45 -

Le Directeur général adjoint convient de la pertinence des questions posées. Il affirme qu'il s'agit en l'occurrence d'une question de présentation budgétaire qui ne lui donne non plus satisfaction, mais il assure la Commission que tous ces problèmes sont périodiquement traités en étroite collaboration au plus haut niveau, ce qui évite les inconvénients cités.

Le Titre III du budget est ensuite accepté, dans son ensemble, par 56 voix (dont la Suisse), sans opposition mais avec 12 abstentions.

L'élargissement de l'utilisation de la langue espagnole (43.1 - 19 C/44) est accepté par acclamation après une brillante présentation de la résolution par les Délégués de Panama et du Venezuela et une remarque du Délégué de l'Ukraine qui, tout en applaudissant la décision prise, relève que l'introduction de la langue russe n'a pas été traitée avec autant de largesse et d'empressement.

La Commission passe ensuite à l'acceptation, par acclamation également, de la résolution concernant l'élargissement de l'utilisation de la langue arabe (43.2 - 19 C/45) introduite par le Délégué de l'Irak.

L'acceptation de ces deux résolutions est la suite consécutive aux directives données au Directeur général, par la Conférence générale, à sa XVIIIe session, de lui soumettre à la XIXe session un projet tendant à traiter à l'UNESCO ces deux langues sur le même pied que les langues de travail de l'Organisation.

Le rapport détaillé et dans son ensemble positif du Directeur général sur les mesures visant à assurer une exécution plus efficace du programme de l'UNESCO (44 - 19 C/46), demandé par la XVIIIe Conférence générale dans sa résolution 45.1, sur proposition de quatre pays dont la Suisse, n'a pas été complètement convaincant pour tous les membres de la Commission. Cette dernière s'est ainsi bornée à le transmettre à la Conférence générale avec la recommandation d'en prendre note.

Les Titres IV "Services afférents aux publications, conférences, langues et documents", V "Charges communes" et VII "Dépenses en capital" sont acceptés à l'unanimité après quelques demandes d'explications et qu'il ait été décidé de transmettre le projet de résolution de la Yougoslavie (19 C/ADM./DR 1) proposant d'encourager et d'aider plus largement la traduction et l'édition de publications de l'UNESCO dans les langues moins répandues des pays en voie de développement à la Commission III, avec texte explicatif, pour raison de compétence.

- 46 -

Les Titres VI "Réserve budgétaire" et VIII "Provision pour fluctuations monétaires" rencontrent une assez vive opposition de la part de "ténors" quant à leur conception (RFA - URSS - Australie - USA). La formule consistant à créer des réserves budgétaires, d'une part, plus des provisions pour fluctuations monétaires, d'autre part, est considérée comme empirique et comme solution facile. Certains Délégués estiment que l'on peut dissocier l'inflation des fluctuations de change. Finalement, ces deux Titres sont acceptés; le premier par 44 oui, 6 non et 9 abstentions; le deuxième par 40 oui, pas de non et 17 abstentions. La Suisse a voté oui dans les deux cas. Lors de la recommandation faite à la Conférence générale d'adopter la résolution portant sur une ouverture de crédits pour 1977/78, la Commission administrative propose un texte très restrictif (19 C/ADM./2) quant à l'usage qui pourra être fait de la provision pour fluctuations monétaires (Titre VIII). Les bénéfiques de change éventuels sur les articles des Titres I à VII ne pourront être ristournés à ces articles; ils devront être virés au Titre VIII. En revanche, s'il y a des déficits consécutifs aux fluctuations de change, le Directeur général pourra avoir recours au Titre VIII pour les combler. Aucun autre usage de cette provision n'est autorisé.

La résolution russe (74 -- 19 C/ADM./DR 2) sur les moyens et méthodes propres à stabiliser le budget de l'UNESCO, appuyée initialement par les USA et les pays de l'Est, la Yougoslavie mise à part, est fort combattue par la plupart des Délégués. Elle manifeste selon eux une marque de méfiance injustifiée à l'égard du Directeur général qui, au cours de l'exercice écoulé, a prouvé sa volonté de réduire les dépenses; de plus, selon le Délégué de la Chine cette résolution n'apporterait aucune amélioration au budget. Par suite de l'exposé du Directeur général adjoint, appuyant la note du Directeur général, et probablement de l'opposition qui s'est manifestée d'une manière très visible au cours des discussions, les USA font volte face et retirent leur soutien à l'URSS. Cette dernière présente un amendement tendant à adoucir ses exigences. Malgré ce changement, le projet de résolution est repoussé par 47 non, dont la Suisse, 9 oui et 17 abstentions.

Lors de l'examen de prévisions supplémentaires 1975/76 initialement de l'ordre de 6'760'000 dollars (51 - 19 C/92), le Canada, les USA et l'Australie estiment qu'il appartiendrait en premier lieu au Kenya de supporter l'excédent de dépenses consécutif au déplacement de la XIXe session de la Conférence générale à Nairobi. Cette manière de voir est vivement combattue par les représentants africains soutenus par la Yougoslavie. Aussi, est-ce sans grandes difficultés que la résolution d'octroi de prévisions supplémentaires est acceptée par 38 voix, dont la Suisse, pas de vote négatif, mais 14 abstentions.

- 47 -

A l'instar des autres organisations des Nations Unies, l'UNESCO est invitée à participer et à contribuer aux travaux de la fonction publique internationale (56). Il en résultera indubitablement une nouvelle charge financière assez conséquente. De plus, tant certains membres du Conseil exécutif que bon nombre de ceux de la Commission administrative ne sont pas convaincus de la nécessité de la création de cette nouvelle organisation (19 C/62). Ils estiment qu'en l'occurrence notamment, l'UNESCO n'a pas à suivre mécaniquement ce qui peut être utile à d'autres organes. La résolution passe cependant au vote par 41 oui pour un non et 13 abstentions, dont la Suisse.

Le niveau jugé très élevé des traitements du personnel du Secrétariat de l'UNESCO (57) créerait un certain malaise en France spécialement. Le Délégué des USA estime les augmentations envisagées comme étant exagérées. Elles conduisent, selon lui, à des appointements largement supérieurs à ceux admis aux USA. Il estime aussi que le personnel en poste à Paris est surclassé; il y a de la surcompensation. Le Canada l'approuve et, pour sa part, demande un meilleur alignement des indemnités. Le Zaïre se fait l'interprète de plusieurs pays africains et signale que ces traitements sont disproportionnés par rapport aux plus hauts honoraires versés dans son pays et d'autres sur le continent africain. Les résolutions 19 C/63 et 64 sont cependant acceptées dans l'ordre par 32 voix, 1 non, 13 abstentions et 35 voix, sans non mais avec 11 abstentions. La Suisse s'est abstenue dans les deux cas.

Toujours en matière de traitement du personnel (58.2 - 19 C/66), le problème de la réouverture des droits aux pensions, qui avait été évoqué à la XVIIIe session, et renvoyé à la XIXe doit être tranché. A l'unanimité, la Commission estime qu'elle ne peut donner une suite favorable à la requête du personnel et se borne à prendre connaissance de la conclusion négative du Directeur général. Mis à part le fait que l'acceptation des rachats chargerait le budget d'environ 4'000'000 de dollars, il y va en premier lieu de la recherche et du maintien de l'équité dans le traitement des agents du Secrétariat.

La proposition de mettre à la charge du budget de l'Organisation des dépenses administratives de la Caisse d'assurance - maladie de l'UNESCO (60 - 19 C/101 - 13b) est repoussée par 29 voix, dont la Suisse, contre 11 oui et 16 abstentions. En revanche, les rajustements proposés en vue d'aligner les dispositions réglementaires d'adhésion à la Caisse d'assurance de l'UNESCO sur le système général en vigueur à l'ONU et le relèvement, après amendement, du taux des cotisations de 15 à 25 % sont acceptés à la quasi unanimité. Le problème dans son ensemble est accepté par 54 voix contre 3 abstentions, pas de vote négatif. Il en résultera une dépense supplémentaire d'environ 600'000 dollars à la charge du budget et autant au compte des assurés. La Suisse a pu se rallier à cette mesure d'ordre social.

- 48 -

Alors qu'à la XVIIIe session, la contribution des Etats membres en ce qui concerne le barème des quotes-parts (48.1) avait donné lieu à de longues discussions et à des demandes de précisions écrites par l'un ou l'autre des Délégués, le rajustement du taux de base faisant l'objet de la résolution 19 C/51 est admis, sous réserve qu'il corresponde aux décisions que doit encore prendre l'ONU, sur le plan général. En ce qui concerne la Suisse, le taux serait modifié de 0,81 à 0,95 %. La quote-part passerait ainsi de 1'319'328 dollars (cotisation 1975/76 1'261'818 + rallonge de 57'510) à 2'131'923 dollars pour le biennium 1977/78, soit une augmentation de 812'595 dollars ou, au cours de 2.50 2'031'500 francs. Le mode de règlement des contributions (19 C/52) et le rappel aux Etats membres d'acquitter leur dette dans les meilleurs délais (19 C/53) sont également admis à l'unanimité.

La demande du Directeur général d'élever le niveau du fonds de roulement de 8'000'000 à environ 17'000'000 de dollars (49 - 19 C/54) provoque de nombreuses réactions. La RFA ne voit pas de nécessité d'augmenter le fonds et de faciliter, par ricochet, l'augmentation des dépenses ou l'immobilisation de capitaux des Etats membres. Il faut, selon le Délégué de la RFA, établir un calendrier d'échéance des versements des contributions. L'URSS prépare un amendement dans ce sens, qui est repoussé par 28 non contre 13 oui et autant d'abstentions. Une proposition belge de limiter le plafond à 12'000'000 est acceptée par 30 voix contre 11 non et 13 abstentions, dont la Suisse. Finalement, la résolution d'ensemble à ce sujet est acceptée avec la motivation de limiter le fonds de roulement à 12'000'000, par 45 oui contre 7 non et 3 abstentions. La Délégation suisse pour sa part, avant d'approuver la résolution, attire l'attention sur le fait que si elle peut se rallier aux arguments donnés justifiant un manque de trésorerie (qui est en grande partie la conséquence des retards dans les paiements des contributions des Etats membres), elle ne peut accepter sans autre forme que le fonds de roulement contienne en fait des capitaux investis pour financer les nouveaux bâtiments du Siège. Elle trouve que cette présentation des faits manque de transparence et voudrait voir apparaître au budget une nette distinction entre les fonds de roulement à proprement parler et les fonds investis. Les explications obligamment données à ce sujet par M. Rigaud, qui reconnaît le bien-fondé des objections suisses, peuvent se justifier, mais techniquement ne sont pas convaincantes. Lors d'une prochaine session, la Délégation suisse aurait peut-être intérêt à demander une présentation du compte "Fonds de roulement".

Quant au plafond même, le Directeur général a convaincu la Conférence plénière d'admettre son chiffre de 17'000'000 environ et non celui de 12'000'000 proposé par la Commission administrative, ceci à la suite d'un amendement proposé par la Norvège (19 C/125).

- 49 -

Cette importante décision est liée à l'augmentation de la marge des prévisions supplémentaires autorisées et à la demande de modification de la disposition 3.9 du Règlement financier (15 - 19 C/6 et 19 C/126). En effet, sur proposition du Directeur général, le Conseil exécutif avait accepté que le Directeur général puisse lui faire des propositions de rallonge non plus jusqu'à 5 % des crédits totaux approuvés mais que la limite soit portée à 7,5 % (le Directeur général avait initialement proposé 10 %).

Cette manière de voir n'est pas partagée par plusieurs Délégations qui veulent à tout prix stabiliser les dépenses en bloquant les possibilités de recours à de nouveaux crédits (USA - RFA - URSS - France - Italie - Japon). De plus les USA contestent au Conseil exécutif le droit de changer un article du Règlement financier. Le Directeur général adjoint explique alors que le programme a été voté par la XVIIIe Conférence générale et que l'inflation est indépendante de la volonté du Secrétariat. Le résultat du vote sur la résolution d'autoriser la modification de l'article 3.9 du Règlement financier en remplaçant 5 % par 7,5 %, est de 23 pour, 18 contre et 18 abstentions. Sans enthousiasme mais face à une réalité objective, la Suisse a voté oui. Le Président de la Séance, (Délégué de la RSS d'Ukraine, un des Vice-Présidents) estimant que la majorité requise était de 2/3 déclare la modification comme n'étant pas adoptée.

Avant sa présentation à la Conférence générale, ce point est soumis à une étude juridique qui considère le vote simple comme valable. En conséquence, cette modification de 5 % à 7,5 % est acceptée par la Commission. La Conférence générale l'acceptera à son tour.

Les rapports 19 C/59 et 19 C/60, soit le plan d'ensemble à long terme pour le recrutement et le renouvellement du personnel (54.1) et le document relatif à la répartition géographique (54.2), à l'instar de ce qui se passa déjà lors des dernières sessions, soulèvent de vives discussions. Les pays admis dans l'organisation depuis un temps plus ou moins récent, veulent être mieux et plus rapidement représentés parmi le personnel du Secrétariat. Quant à lui, le Secrétariat tient compte dans toute la mesure du possible des désirs des membres, mais il doit avant tout pouvoir assurer sa mission avec les gens les plus qualifiés pour des postes bien définis et leur accorder la préférence.

Décrire en détail, dans ce rapport, tous les arguments très souvent subjectifs et d'ordre strictement politique, invoqués pour obtenir dans les plus courts délais une répartition élargie des postes dirigeants notamment entraînerait des longueurs. Le présent rapport se limite en conséquence à donner connaissance des

- 50 -

résultats d'ensemble et non de ceux relatifs aux divers chapitres votés un à un.

En conclusion des longs débats, au cours desquels la Suisse fut citée comme étant parmi les pays surreprésentés appelés à céder des places, la Commission présente à l'unanimité à la Conférence générale un projet de résolution en deux chapitres et onze points invitant le Directeur général à exécuter un plan assurant le plus rapidement possible une répartition géographique équitable du personnel au sein du Secrétariat, à assurer une plus grande participation aux diverses tâches à tous les niveaux. Cette résolution, à son chapitre II, reprend le résultat d'acceptation par acclamation du projet de résolution (19 C/ADM./DR 3) visant à assurer à la femme une participation plus équitable aux destinées de l'UNESCO et demandant une fois de plus instamment aux Etats membres d'aider le Directeur général dans cette tâche en présentant un nombre beaucoup plus grand de candidatures féminines aux postes vacants de niveau élevé.

En ce qui concerne la répartition géographique du personnel, la Commission arrive finalement par 65 voix (dont celle de la Suisse) contre 6, avec 9 abstentions, à présenter un projet de résolution remerciant le Directeur général des efforts qu'il a déjà déployés pour améliorer la répartition géographique du personnel, soulignant que: "Les membres du Secrétariat sont des fonctionnaires internationaux, que leurs responsabilités ne sont pas d'ordre national mais exclusivement d'ordre international, qu'en acceptant leur nomination ils s'engagent à remplir leurs fonctions et à régler leur conduite en ayant exclusivement en vue l'intérêt de l'Organisation". De plus, ce projet de résolution invite le Directeur général à présenter au Conseil exécutif une étude destinée à répondre au voeu des Etats membres, quant à la répartition géographique; il invite aussi les Etats membres, dans leurs relations avec le personnel de l'UNESCO, à s'abstenir de toute action, mesure ou décision, incompatible avec les obligations découlant du statut du personnel de l'UNESCO.

La Délégation suisse a soutenu de son vote ces deux projets de résolution dans leur ensemble avec l'intention de manifester, avant tout, un mouvement positif en faveur des pays du tiers monde qui, de manière générale, se sont montrés compréhensifs tout au cours des réunions. En revanche, lors des votes sur les points de détail, elle s'est abstenue 6 fois sur 10 votes. Cette abstention portait sur les votes par lesquels on voulait contraindre le Directeur général à prendre des décisions qu'il avait déjà envisagées, ou au sujet desquelles il avait donné des assurances dans son discours inaugural ou au cours des sessions. Elle a voté sur des points de portée générale estimés réalistes et conformes à la coopération indispensable dans un organe international tel que l'UNESCO.

- 51 -

Lorsque les discussions sur les problèmes d'engagement de durée indéterminée du personnel du cadre organique (55 - 19 C/61) prirent une tournure envisageant des possibilités de licenciement de collaborateurs éprouvés, ressortissants des pays surreprésentés, pour faire place à des cadres ressortissants des pays sous-représentés, la Délégation suisse intervient afin de soutenir la déposition du Royaume Uni, appuyée par la suite par le Portugal et la France, demandant à ce que l'on reste objectif dans les décisions pour assurer la continuité dans divers secteurs du Secrétariat et, de plus, un avenir digne de ce nom aux meilleurs fonctionnaires.

Les autres matières traitées par la Commission mais ne présentant aux yeux du rédacteur pas un intérêt de premier plan, ne sont pas citées dans ce rapport.

La recommandation des Commissions réunies d'adoption de la résolution (17 - 19 C/129) portant sur l'ouverture de crédits pour 1977/78, savoir 244'413'000 dollars a été acceptée par 32 voix (dont la Suisse) contre zéro et 8 abstentions.

Le rapport du Comité du Siège (61 - 19 C/68), Comité dont le Délégué permanent de la Suisse près l'UNESCO (M. le Ministre Hummel) assume la présidence, est examiné de manière approfondie par la Commission. Certains points relatifs au déroulement des travaux, à des incidents imprévisibles, à la sécurité et à l'augmentation très sensible des coûts sont autant d'objets de questions posées, voire de sévères remarques et d'interventions contre tout travail ou amélioration non indispensable. L'engagement de dépenses supplémentaires de 1'300'000 francs français, plus les incidences financières consécutives à la suspension de l'activité de construction, durant 3 mois, par suite de la faillite d'une importante entreprise rencontrent une vive opposition du Délégué de la RFA, en particulier, qui estime ne pas avoir eu le temps d'examiner avec son Gouvernement si ce dernier pouvait accepter ou non une demande de crédit supplémentaire de 6 à 10 % du montant de l'ouverture du crédit révisé de 96'942'000 francs français. Le projet de résolution (annexe 1): "Solution à moyen terme prolongé - sixième bâtiment" est, malgré certaines restrictions, accepté par 38 voix, dont celle de la Suisse, contre zéro et 19 abstentions.

Dans la conception d'avenir, le regroupement de tous les services de l'UNESCO dans un nouveau complexe d'immeubles perd son degré d'urgence. Les Délégations sont quasi unanimes à ne pas vouloir engager de nouvelles dépenses dans cette direction, même si le produit de la vente des anciens immeubles assurerait une grande partie des coûts nouveaux. Le plan à long terme passe donc en position d'attente. S'il devait être repris, il faudrait probablement compter avec des propositions de décentralisation des services dans plusieurs pays de la part des Etats de l'Est

- 52 -

plutôt que le regroupement souhaité par le Secrétariat. Le projet de résolution sur la solution à long terme (19 C/68, annexe 2) est accepté par 51 voix, sans opposition, mais une abstention, celle des USA. Puis le mandat du Comité du Siège est reconduit à l'unanimité (19 C/68 annexe 3).

Le Comité du Siège est remercié de son excellent travail et le Directeur général de sa collaboration active et précieuse à ce Comité.



ERZIEHUNG

Die Erziehungsfragen in der Kommission II wurden vom 8. bis 13. November behandelt. Sie nahmen im Rahmen der fünfwöchigen Generalkonferenz einen eher bescheidenen Platz ein, wenn man sich vorstellt, dass sie eigentlich eine der wesentlichen Aufgaben der UNESCO bilden. Die Öffentlichkeit kümmerte sich verhältnismässig wenig um die von dieser Kommission behandelten Gegenstände, wohl weil sie politisch weniger attraktiv und vor allem weniger explosiv waren. Das brachte aber auch den Vorteil mit sich, dass von den politischen Gegensätzen weniger als anderswo zu spüren war. Mit Ausnahme von einigen Ausfällen gegen Chile, Formosa, Südafrika und abgesehen von einigen Geplänkeln zwischen Chinesen und Russen konnte ernsthaft über die Sachgeschäfte gesprochen werden.

Die Kommission II arbeitete (mit Ausnahme von zwei Sitzungen) unter der Leitung des Bulgaren Dr. N. Todorov, der die Verhandlungen liebenswürdig, auch etwa mit Humor leitete. Das Programm wurde in 12 Sitzungen bewältigt. Die vorgesehene Dauer von drei Stunden pro Sitzung wurde manchmal überschritten, dagegen gab es nur eine einzige Nachtsitzung.

Das Programm war für die Sitzungen der ersten vier Tage eindeutig überlastet. Die Unité 8 und die Unité 9 waren so umfassend, dass eine vernünftige Eintretensdebatte und entsprechende erklärende Auskünfte des stellvertretenden Generaldirektors kaum mehr wirkungsvoll sein konnten. Erst die Diskussionseinheiten 10 und 11 entsprachen einer rationelleren Arbeitsmethode.

Die gemeinsame Behandlung der Dokumente 19 C/4 und 19 C/5 erwies sich trotz einiger Befürchtungen als möglich. Die Diskussionen betrafen aber doch fast ausschliesslich das Zwei-Jahres-Programm 1977/78 (19 C/5). Das Dokument 19 C/4 diente in den Debatten eher als Grundlage, als allgemeine Richtlinie, auf der sich das konkrete Programm 1977/78 abspielen sollte. Die Abänderungsanträge betrafen darum fast ausschliesslich das Zwei-Jahres-Programm.

In fast allen Voten, die von Vertretungen aus aussereuropäischen Erdteilen stammten, kam der Wunsch nach einer Dezentralisierung der grossen UNESCO-Organisation zum Ausdruck. Eine Abgabe von Kompetenzen an die verschiedenen bestehenden Regionen müsste aber zugleich mit einer Leistungssteigerung verbunden sein und dürfte nicht eine weitere Aufblähung des Apparates bedeuten. Anerkennend wurden aber bisherige Anstrengungen erwähnt, wie auch der Versuch, in den offiziellen Dokumenten eine einfachere und verständlichere Sprache zu gebrauchen.

- 54 -

Allgemein hervorgehoben wurden die Verdienste des Institut international de planification de l'éducation in Paris (IIPE). Die Wichtigkeit dieser Forschungs- und Bildungsstätte wurde vor allem von den Vertretern der Entwicklungsländer unterstrichen. Aber gerade für sie fehlen die freiwilligen Spenden, von denen das Institut abhängig ist. Der deutsche Direktor H.N. Weiler konnte zwar erklären, dass die Tätigkeit des Institutes wesentlich erweitert wurde, ohne den Personalbestand zu vergrössern, dass aber zwei von drei Anmeldungen trotzdem zurückgewiesen werden mussten. Verschiedene Länder verlangten darum gewisse Prioritäten und konkrete Planungsaufträge, die besser auf einzelne Regionen abgestimmt werden könnten und Zeit und Personalkosten einsparen liessen. Die Schweiz unterstützt die Anstrengungen des IIPE, hat auch selbst schon Stagiaires dort ausbilden lassen, kann sich aber nicht finanziell für Stipendien engagieren lassen. Das gilt auch für die übrigen Aktivitäten des Institutes.

Nähere Beziehungen besitzt unser Land zum OBI (Office du baccalauréat international), dessen Sitz in Genf ist. Es hat sich aus bescheidenen Anfängen zu einem Ansehen entwickelt, dass auch aussereuropäische Länder Interesse daran zeigen. Die Eidgenossenschaft beteiligt sich in bescheidenem Rahmen an den Kosten. Das OBI sieht seine Aufgabe auch im Sinne einer gewissen Koordinierung des Mittelschulunterrichts. Die Schweiz unterstützte darum in Nairobi die von den Niederlanden, Belgien und Kanada eingebrachte Resolution (19 C/DR 174), die den Generaldirektor einlädt, mit dem OBI Verträge abzuschliessen, um so Projekte weiterzuführen, die im Rahmen der UNESCO-Aufgaben liegen.

Die Schweizer Delegation intervenierte auf Vorschlag des Generalsekretärs unserer UNESCO-Kommission zugunsten der UNESCO-Schulen (Ecoles associées) und der UNESCO-Clubs. Obwohl sich die Schweiz schon an der 18. Generalkonferenz im Sinne einer besseren Programm-Koordination ausgesprochen hatte, wurde davon im vorliegenden Programm nichts verwirklicht. Es scheint in der Tat unzweckmässig, dass beide Institutionen, die gleiche Ziele verfolgen, im Sekretariat in Paris von zwei verschiedenen Abteilungen behandelt werden. Man trug auch den Vorschlägen von Experten nicht Rechnung: Sie hatten eine Aktualisierung des Arbeitsprogrammes und eine bessere Integrierung der UNESCO-Schulen in die Gesellschaft gefordert. Die Idealform bestände schliesslich darin, dass die UNESCO-Schüler später Befürworter und aktive Mitglieder in den UNESCO-Clubs würden.

Eine Anzahl Staaten, vor allem Frankreich, Tahiti, Togo und Senegal wünschten eine finanzielle Unterstützung der Fédération mondiale des villes jumelées-cités unies (FMVJ). Obwohl besonders im frankophonen Afrika ein gewisses Interesse dafür vorhanden zu sein schien, konnte die Schweiz diese Initiative nicht unterstützen. Die Ziele dieser Fédération decken sich nicht mit unseren Vorstellungen von Erziehung und Wissenschaft. Frankreich zog dann seine diesbezüglichen Resolutionsentwürfe zurück, ebenso Tahiti; der Vorschlag Senegals, der FMVJ 50'000 Dollars zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Fragen von Turnen und Sport behandelten bisher im internationalen Bereich das Olympische Komitee, verschiedene Fachverbände und Organisationen wie der "Conseil International d'Education Physique et Sportif (CIEPS)", das "International Committee for Health, Physical Education and Recreation (ICHPER)", die "Association Internationale des Ecoles Supérieures d'Education Physique (AIESEP)" und andere. Es waren durchwegs nicht-staatliche Organisationen.

Seit einigen Jahren bemühten sich immer mehr auch staatliche Instanzen, internationale Beziehungen aufzubauen und gemeinsame Prinzipien auszuarbeiten. Die UNESCO lud in diesem Zusammenhang auf Anregung einiger Länder zu einer Internationalen Konferenz für Turnen und Sport in Schule und Jugendzeit ein. Eine massgebende Rolle für die Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz spielte Frankreich. Die Schweiz entsandte an die vom 5. - 10. April 1976 in Paris tagende Versammlung eine Delegation unter Leitung von Regierungsrat François Jeanneret aus Neuenburg.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz wurde in einem Schlussrapport der UNESCO festgehalten: "Le rôle de l'éducation physique et du sport dans la formation de la jeunesse dans la perspective de l'éducation permanente". Das Dokument enthält 12 Empfehlungen. Am 13. Oktober 1976 mussten die Mitgliedstaaten aber plötzlich von einem neuen Projekt Kenntnis nehmen, das schon für die Anfang November beginnende Generalkonferenz bestimmt war. Darin unterbreitete der Generaldirektor der Konferenz aus den zwölf Empfehlungen von Paris deren vier zur Annahme. Neben der kurzen Vernehmlassungszeit überraschte vor allem die willkürliche Auswahl der Empfehlungen. So musste sich das Eidgenössische Militärdepartement kurzfristig zu folgenden Fragen äussern:

- Schaffung eines permanenten intergouvernementalen Organs für Sportfragen
- Schaffung eines internationalen Fonds zur Förderung von Leibeserziehung und Sport
- Entwurf einer internationalen Charta für Leibeserziehung und Sport
- Aufstellung eines Prinzipienkatalogs für internationale Sportanlässe, etc.

In einer vom Eidgenössischen Militärdepartement einberufenen Besprechung, an der Vertreter des Schweizerischen Landesverbandes für Leibesübungen, des Schweizerischen Olympischen Komitees, der Eidg. Turn- und Sportkommission und der Eidg. Turn- und Sportschule teilnahmen, wurde die Stellungnahme der Schweiz definiert und der Schweizer Delegation in Nairobi mitgeteilt. Die Schweizer Organisationen und die Stellen der Sportbewegung als Ganzes stellten sich ablehnend zu dieser zu befürchtenden Politisierung des Sportes.

- 56 -

Von der Verfahrensfrage her hätten sie ein Nichteintreten befürwortet, weil selbst im Monat Oktober die grundlegenden UNESCO-Dokumente nicht in genügender Anzahl vorhanden waren. Zum besseren Studium hätte man die Frage auch auf die 20. Generalversammlung verschieben können.

Sollte Eintreten trotzdem beschlossen werden, müsste vor allem jede UNESCO-Aktivität strikte auf die Förderung der Leibeserziehung und des Sportes bei der Jugendbildung beschränkt bleiben. Die internationalen Körperschaften und Sportverbände für die Erwachsenen dürften in ihren Rechten nicht beeinträchtigt werden. Im gleichen Sinne müsste die Schaffung eines internationalen Prinzipienkatalogs für Sportanlässe unterbunden werden.

In Nairobi zeigte sich die Lage folgendermassen: Das Dokument 19 C/77 fand allgemein soviel Zustimmung, dass ein Rückweisungsantrag aussichtslos war. Auch der Vorschlag, das Dokument nicht zu behandeln, weil es zu spät eingetroffen sei, wurde als juristisch unhaltbar abgelehnt. Der Antrag der Niederlande, die Abklärung noch hängiger Fragen einer Arbeitsgruppe zu überweisen, wurde mit 58 zu 19 Stimmen verworfen.

Die Schweizer Delegation gab ihrer Auffassung Ausdruck, dass zur Förderung des Sportes in der Schul- und Jugendzeit die Staaten allein zuständig und für den Erwachsenensport eine verstärkte Einflussnahme der Staaten und der UNESCO nicht notwendig seien. Die internationalen Organisationen genügten ihren Aufgaben nach wie vor; gegebenenfalls seien sie auch selbst zu Verbesserungen fähig.

Die Schweiz unterstützte ferner einen Abänderungsvorschlag, der von Algerien, Belgien, Frankreich, Irak und Jugoslawien eingebracht worden war und unseren Anliegen zum Teil entgegenkam. (Frankreich hatte einen ersten ähnlichen Resolutionsentwurf zurückgezogen.) Alinea IV von Punkt 4 (Prinzipienkatalog) wurde ersetzt durch den Text:

"D'analyser les difficultés que l'organisation et le déroulement des compétitions sportives internationales rencontrent de plus en plus dans le monde, et d'étudier en relation avec les organismes sportifs internationaux concernés, les principes sur la base desquels ces difficultés pourraient être aplanies par une action intergouvernementale concertée".

Ebenso wurde ein neues Alinea VII aufgenommen, das nach einer Intervention Nepals schliesslich folgenden Wortlaut hatte:

"D'envisager la réalisation de ce programme d'action et d'élaboration de la Charte Internationale de l'Education physique et du sport en consultation avec tous les organismes internationaux compétents en la matière auxquels le Comité Intergouvernemental pourrait faire appel".

- 57 -

Der verbesserte Text wurde mit 68 zu 0 Stimmen, bei 19 Enthaltungen angenommen. Mit 63 gegen 0 Stimmen mit 16 Enthaltungen setzte die Versammlung die Zahl des Comité Intergouvernemental intérimaire auf 30 fest. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen bewarb sich die schweizerische Delegation erfolgreich um einen der Sitze.

Kaum ein Vorhaben fand derartig einhellige Zustimmung wie die Programme des Bureau international d'éducation (BIE). Die Debatte stellte eine einzige Lobeshymne auf Leo Fernig dar, den im Verlaufe des Jahres 1977 in den Ruhestand tretenden Direktor des BIE.

Mehrere Delegationen warfen indessen die Frage der Lokalisation des BIE auf. Es ist zweifellos höchste Zeit, dieses Problem einer Lösung entgegenzuführen.

Im Rahmen der Diskussionseinheit 9 gab das Dokument 19 C/24 - Entwurf zur Empfehlung betreffend die Förderung der Erwachsenenbildung - viel zu reden. Schon an früheren Generalversammlungen waren hier die Meinungen auseinandergeschieden, weil die Strukturen und die Grundausbildung in den verschiedenen Ländern recht unterschiedlich sind. Die Schweizer Delegation konnte sich auf die vorbereitenden Arbeiten der Nationalen UNESCO-Kommission stützen, die 1975 zu einem Vorentwurf (ED/MD/37) kritisch Stellung genommen hatte. Im weiteren wurden die Herren Armando Giaccardi und Prof. Pierre Furter zur Prüfung dieses Textes im Juni 1976 nach Paris delegiert. Sie hatten dort Verbesserungsvorschläge gemacht, der Text blieb aber in seiner Gesamtkonzeption bestehen. Obwohl viel Ungereimtes und sogar Widersprüchliches hängen blieb, stimmten unsere Vertreter in Paris dem Entwurf zu, in der Hoffnung, in Nairobi werde dann noch weiter "verbessert".

Die Schweizer Delegation in Nairobi wollte einerseits die grundsätzlichen Ideen einer Erwachsenenbildung im Sinne einer "Education récurrente" unterstützen, sah aber auch die krassen Mängel im Text. Eine Zurückweisung und klare Straffung wären wohl die beste Lösung gewesen. Demgegenüber stellten sich Bedürfnisse von seiten der Entwicklungsländer, für die eine aktive Mitarbeit der UNESCO in der Erwachsenenbildung lebenswichtig ist. Der Bericht unseres Dienstes für Technische Zusammenarbeit wies auch klar in diese Richtung. Nachdem Eintreten von keinem Land bestritten wurde und vor allem die Länder der Dritten Welt das Werk priesen, begnügte sich die Schweiz in ihrer Intervention mit dem Hinweis, dass Erwachsenenbildung in erster Linie auf einer guten Grundausbildung

aufbauen müsse. Sie solle eine logische Weiterführung des in der Schule Erworbenen sein und nicht im Gegensatz dazu stehen. Diese Haltung müsste aber schon in die Grundausbildung eingebaut werden. Im übrigen verschwiegen wir nicht, dass der vorliegende Text auch inhaltlich Mängel aufweist. So gehörte es auch zur Erwachsenenbildung, die Forderung nach Verantwortlichkeit gegenüber Gesellschaft und Mitmenschen einzubeziehen. Ferner seien Grundsätze wie Nicht-Diskriminierung von sozialen Bevölkerungsschichten, von rassischen und ethnischen Gruppen, Fremdarbeitern etc. zu wenig genau dargelegt. In der Detailberatung erfuhr das Dokument 19 C/24 nicht weniger als sechs textliche Veränderungen, wovon die wesentlichsten von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den USA eingebracht wurden. Schliesslich wurde der bereinigte Text einstimmig angenommen.

EXAKTE UND NATURWISSENSCHAFTENDie Wissenschaft in der heutigen Welt

Allgemeines: Die Bedeutung dieses Problemkreises wurde allgemein anerkannt und die entsprechende Resolution war unbestritten, obwohl sich naturgemäss verschiedenste Auffassungen und Schwerpunktsetzungen abzeichneten. Stark vereinfacht liess sich die breite Diskussion folgendermassen zusammenfassen: Die Entwicklungsländer betonten die Stichworte "Kulturelle Differenzierung" und "Vulgarisation", die Industriestaaten unterstrichen die Probleme "Information" und "wissenschaftlicher Journalismus".

Spezielles: Internationales Jahr für Wissenschaft und Technologie - Skepsis und Ablehnung durch die Industriestaaten, einhellige und energische Unterstützung durch die Entwicklungsländer. Eine Koordination mit der für 1979 vorgesehenen "Seconde Conférence des Nations Unies sur l'application de la science et la technologie au développement" wurde gefordert, indem das Internationale Jahr als Konsequenz dieser Konferenz vorzubereiten wäre (voraussichtlich 1981, ev. früher). Die Resolution wurde mit 74 Stimmen und 11 Enthaltungen (Schweiz) angenommen und die UNESCO damit ermächtigt, die nötigen Abklärungen vorzunehmen und der nächsten Generalkonferenz entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Wissenschafts- und Technologiepolitik

Allgemeines: Die Industrieländer äusserten ihre Skepsis über eine undifferenzierte und allgemein gültig sein wollende Wissenschaftspolitik, die durch ein globales Informationssystem betrieben werden soll. Einige Entwicklungsländer zeichneten das erschreckend einfache Bild vom armen Land, das durch den Transfer von Technologie und angewandter Wissenschaft alle seine Probleme löst. Vor allem aber möchte man den Aufwand der Grundlagenforschung umgehen und direkt die anwendbaren Methoden und Technologien übernehmen.

Spezielles: SPINES - "Système international d'échange d'informations sur la science et la technologie pour l'élaboration des politiques, le management et le développement". Das Projekt war unstritten und wurde von den USA, Kanada, der Bundesrepublik, Frankreich, der Niederlande, Belgien und den nordischen Staaten kritisiert, sowohl was die Zielsetzung, die Methoden, als auch was die Kosten betrifft. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Vorarbeiten und das Expertenmeeting 1975 keine konkreten Ergebnisse gezeitigt hätten. Unter dem Druck dieser Kritik formulierte Dr. Kaddoura (Assistant Director General for Science) das Projekt

- 60 -

gegenüber dem Dokument 19 C/33 noch unverbindlicher, so dass es schliesslich mit folgenden Charakteristiken in der Abstimmung mit 54 Ja, 1 Nein (Frankreich) und über 20 Enthaltungen (Schweiz) angenommen werden konnte:

- Vereinfachter "approach" in kleinen Arbeitsgruppen mit Experten aus Entwicklungs- und Industrieländern mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln, Kostenberechnungen anzustellen und die Effizienz zu prüfen.
- Freiwillige Mitarbeit und Finanzierung durch Teilnehmerstaaten.

MINESPOL II - "Conférence des ministres chargés de la politique scientifique et technologique dans la région européenne". Unter Hinweis auf die entsprechenden erfolgreichen Institutionen im arabischen und afrikanischen Raum (CASTARAB und CASTAFRICA) wurde die MINESPOL vor allem von osteuropäischen Staaten sehr eifrig vertreten. Eine Einladung für 1978 lag von Bulgarien vor. Einige westeuropäische und nordamerikanische Staaten äusserten ihre Skepsis gegenüber MINESPOL (z.B. Kanada, die Niederlande und die nordischen Staaten) und wiesen u.a. darauf hin, dass die Initiative zu dieser Konferenz nicht Sache der UNESCO sein sollte. Das Traktandum wurde aber mit dem Argument abgeschlossen und angenommen, dass entsprechende Gespräche an der vorbereitenden Experten-tagung in Paris (15. - 17. September 1976) geführt worden und damit gewisse Vorentscheide gefallen waren.

"Condition des chercheurs scientifiques" - Dieser Problemkreis, zu dem die Schweiz an der 18. Generalkonferenz in Paris Stellung bezog, kam nicht zur Diskussion, da beschlossen wurde, dass er 1979 an einem internationalen Kolloquium behandelt werden soll.

#### Wissenschaftliche und technologische Information und Dokumentation (UNISIST)

Der ganze Problemkreis war aus Kapitel 2 herausgelöst und zu einem früheren Zeitpunkt in einer anderen Kommission diskutiert worden (vgl. separates Kapitel). In unserem Zusammenhang möchten wir bloss darauf hinweisen, dass UNISIST als umfassendes Informations- und Dokumentationssystem in allen grossen wissenschaftlichen Programmen als wesentliche Grundlage immer wieder zur Sprache kam. Eine spezielle UNESCO-Publikation über die Arbeit des "Comité directeur de l'UNISIST", das an der 17. Generalkonferenz geschaffen worden war, lag auf und erlaubte einen guten Ueberblick über Ziel und Stand der Arbeiten (UNISIST, Comité directeur, deuxième session, Rapport final, Paris, du 13 au 17 octobre 1975). Die Diskussion mit Vertretern unserer Nachbarländer zeigte ebenfalls die Bedeutung, die man dem Projekt zumisst. Zudem muss es auch aus schweizerischer



Sicht begrüsst werden, dass SPINES praktisch begraben und dafür UNISIST anerkannt und gefördert wird. Wir kamen um den Eindruck nicht herum, dass die Gründung eines schweizerischen Nationalkomitees und die Mitarbeit in diesem Programm aus eigenem Interesse und aus übernationaler Verpflichtung dringlich und wichtig wäre.

### Forschung und Hochschulunterricht in Wissenschaft und Technologie

In diesen beiden Sektionen sind so viele völlig verschiedene Elemente zusammengefasst worden, dass eine generelle Berichterstattung kaum möglich ist. Wir verweisen für die vielen Einzelheiten auf das Dokument C/5 (2.14 und 2.15) und die entsprechenden Resolutionen, die mit geringen Abänderungen einstimmig angenommen wurden. Im folgenden seien einzelne Punkte stichwortartig aufgeführt, die für die Schweiz von Interesse sind oder die zu besonderer Diskussion Anlass gaben:

Nichtgouvernementale Organisationen (2108 und 2109) - Der hohe Beitrag von 540'000 Dollars an den CIUS (Conseil international des Unions scientifiques) wurde wie an der 18. Generalkonferenz heftig kritisiert. Aus der Diskussion sind folgende Elemente festzuhalten:

- Aufteilung des Betrages in 390'000 Dollars zur Unterstützung der angeschlossenen wissenschaftlichen Vereinigungen und 150'000 Dollars für Kontrakte, insbesondere für Projekte im Rahmen der UNESCO-Programme.
- Ein spezielles Koordinationskomitee UNESCO-CIUS ist geschaffen worden.
- Ein Rapport über die Tätigkeiten der CIUS soll den Mitgliedstaaten der UNESCO zugestellt worden sein.
- Der UNESCO-Beitrag macht bloss ca. ein Viertel des CIUS-Budgets aus (weitere Beiträge von FAO, WMO, UNEP usw.).
- Die Förderung des CIUS als nichtgouvernementaler Organisation, vor allem mit den nicht-kontraktgebundenen Beiträgen, soll eine unabhängige wissenschaftliche Forschung erhalten und ihren notwendigen Einfluss auf die gouvernementalen Programme sicherstellen.

Internationales Zentrum für theoretische Physik in Triest (2110) - Der hohe Beitrag von 500'000 Dollars wurde vor allem vom Vertreter Neuseelands heftig angefochten. Eine gewisse Missstimmung über diese ständig weiterlaufende Unterstützung schien sich auszubreiten. Die Schweiz müsste zu einer eigenen Stellungnahme über genauere Informationen verfügen und dabei erst noch die italienische Empfindlichkeit berücksichtigen.

"Investissement internationaux dans l'équipement lors de recherche scientifique" (2112) - Dieses Problem, das für kleine Länder von Bedeutung ist, möchte die UNESCO intensiver bearbeiten. Dabei ist nicht an die Schaffung grosser Forschungsstätten durch die UNESCO selber gedacht, sondern nur an die Förderung der gegenseitigen Benutzung teurer Anlagen und den Austausch der notwendigen Informationen.

Einstein-Feier 1979 (2113) - Zur Vorbereitung der Gedenkfeiern (100. Geburtstag) soll ein kleines Komitee eingesetzt werden. Die möglichen Interessen der Schweiz müssten abgeklärt und mit der UNESCO abgesprochen werden.

Förderung von bestimmten Wissenschaftsbereichen - Für Forschung und/oder Unterricht wurden zahlreiche Projekte vorgeschlagen, sei es in Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen, sei es mit nichtgouvernementalen oder UN-Organisationen. Wir verzichten auf die Beschreibung der einzelnen Projekte und führen summarisch die am stärksten betroffenen Fachgebiete auf: Mathematik, Informatik und Computerwissenschaften, Mikro-, Zell- und Molekularbiologie, Chemie, Physik, Umweltwissenschaften, Energie, Ingenieurwissenschaften etc.

Ausbildung von Wissenschaftlern und Spezialisten - Insbesondere von Entwicklungsländern wurde durch alle Fachbereiche hindurch die Forderung erhoben, dass zur Bewältigung der komplexen Umwelt- und Planungsprobleme mehr Ausbildungsmöglichkeiten auf höchstem Niveau geschaffen werden müssten. Das Problem ist nicht mit dem Angebot von Stipendien auf unterer und mittlerer Stufe zu lösen. Die Frage, was die Schweiz hier anbieten könnte, blieb offen.

### Oekologische Wissenschaften

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass über alle politischen Differenzen hinweg die wissenschaftlichen Programme hohe Anerkennung fanden. In dem zuerst diskutierten Programm MAB (Man and Biosphere) vertraten unter anderen die USA, die Sowjetunion und China die gleiche zustimmende, unterstützende und fördernde Haltung: China betonte die Bedeutung des Programmes im nationalen Rahmen, die Sowjetunion wies auf die Berücksichtigung dieser Probleme in ihren Fünf-Jahres-Plänen hin, die USA sprachen vom festen Programm der UNESCO, Kuba wies auf das Bevölkerungswachstum und seine oekologische Begrenzung hin, Marokko sprach vom Programm des Ueberlebens usw. Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass sich die Nationalkomitees der USA und der Sowjetunion in Moskau zu einer gemeinsamen Aussprache getroffen hatten. Aus der breiten Diskussion seien folgende etwas allgemeiner gültige Punkte zusammengefasst:

**Regionale Zusammenarbeit:** Nicht nur internationale, sondern schwerpunktbezogene regionale Zusammenarbeit ist von höchster Bedeutung, z.B. für die Alpenländer (das Gebirgsprogramm), den Mittelmeerraum und die Sahelzone. Regionalen Grundlagenarbeiten und Karten (z.B. Klima, Böden) wurden hohe Priorität eingeräumt und von den zuständigen internationalen Organisationen unterstützt.

**Multidisziplinäre Projekte:** Die Zusammenarbeit von Natur- und Sozialwissenschaften soll gefördert werden. Soziale und kulturelle Aspekte müssen mit den naturwissenschaftlichen Bezügen zur Wirkung und Wechselwirkung kommen.

**Grundlagenforschung:** Die Bedeutung der Grundlagenforschung wurde auch von einem Teil der Entwicklungsländer voll anerkannt, und kommt z.B. im Bericht über die Ministerkonferenz der arabischen Staaten (CASTARAB) sehr schön zur Geltung, in dem von den ökologischen Grundlagen als den Existenzfragen der Zukunft gesprochen wird.

**Neue Methoden:** Datenverarbeitung und "remote sensing" (Fernerkundung) wurden von zahlreichen Rednern, aber auch von den zuständigen Spezialisten der UNESCO für die Bearbeitung komplexer und grosser Räume besonders betont.

**Schwerpunktsetzungen:** Im Zuge der verstärkten Ausrichtung auf die Entwicklungsländer werden die MAB-Programme für die Anden und tropischen Zonen eine verstärkte Förderung erfahren. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass 1977 sehr wahrscheinlich in Nairobi eine internationale Konferenz über "desertification" stattfinden wird.

**Spezielle Forschungsinstitute:** Die Gründung besonderer interdisziplinärer und intergouvernementaler Forschungsinstitute im Problemraum selber (z.B. Sahel-Institut) wäre von höchster Dringlichkeit, übersteigt aber die Mittel der UNESCO. Ein Appell ging an die Mitgliedstaaten, solche Gründungen selber zu tragen und zwischenstaatlich zu regeln.

**Ausbildung von Experten:** Die Oekologie ist eine komplexe Wissenschaft, und den finanziell schwächsten und entwicklungs-mässig ärmsten Staaten gelingt es unmöglich, die nötigen Spezialisten auszubilden. Dr. Kaddoura gab diesem Problem sogar die höchste Priorität. Grosszügige Angebote wurden neben den USA und Australien vor allem von den Ostblockstaaten gemacht.

**Zielsetzung:** Das MAB-Programm muss aus der Planungs- in die Operationsphase treten, und im Fünf-Jahres-Plan 1977 - 1982 erwartet man von allen Projekten konkrete Ergebnisse, vergleichende Studien und anwendbare Methoden und Modelle. Bereits sind über 30 Nationalkomitees an der Arbeit, und dadurch zeichnet sich die Bedeutung des MAB-Programmes zur Lösung nationaler, regionaler und globaler Probleme ab.

- 64 -

Reorganisation: Der schweizerische Vorschlag, im Rat des MAB-Programmes und auch des Internationalen Hydrologischen Programmes die Mitgliedschaft von zwei auf vier Jahre zu verlängern, eventuell mit einem rotierenden System und keiner gleichzeitigen totalen Erneuerung (unterstützender Antrag Italiens), um mehr Kontinuität in diese grosse Aufgabe zu bringen, wurde zur Prüfung angenommen und entsprechende Vorschläge sollten an der nächsten Generalkonferenz zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Ergänzung des Programmes: "Les établissements humains et l'environnement socioculturel" - Die Sektion 3.14 wurde mit dem Programm in Verbindung gebracht. Die Internationale Vereinigung der Architekten war vertreten und begrüßte eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, auch wenn der Titel des geplanten Programmes etwas weiter gefasst wurde: "Programme multidisciplinaire de recherche et de formation tendant en particulier à développer une meilleure connaissance des facteurs humains qui interviennent dans les interactions entre l'homme et son environnement." In diesem Zusammenhang kann ergänzt werden, dass beschlossen wurde, das Reglement betreffend den "Concours internationaux d'Architecture et d'Urbanisme" zu revidieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Zielsetzungen für die nächsten fünf Jahre unumstritten waren und die Zustimmung sämtlicher Staaten ein eindruckliches Zeugnis für die Idee und die Bedeutung dieses Programmes war.

### Erdwissenschaften

Auch dieses Programm fand die hohe Anerkennung aller Staaten. Das Zwei-Jahres-Budget wurde gegenüber dem MAB-Programm bedeutend stärker erhöht, weil einige Projekte in der Aufbauphase stecken und nicht im gleichen Umfange UNEP-Beiträge zu erwarten sind wie beim MAB-Programm.

Die gesamte Diskussion war geprägt von den Reorganisationsvorschlägen vor allem Schwedens und Australiens, welche die Strukturen vereinfachen und den anderen Programmen anpassen wollten. Die eigentliche kritische Frage war aber die Verteilung der Gewichte zwischen gouvernementalen und nichtgouvernementalen Organisationen, genauer gesagt zwischen der UNESCO und der IUGS (International Union of Geological Science). Vor allem Schweden drängte auf eine Verstärkung der UNESCO-Position und der Zuständigkeit der Generalkonferenz für die Wahl der Mitglieder in den Rat. Frankreich dagegen trat für den Status quo ein und begründete dies mit dem reibungslosen Funktionieren der bisherigen Arbeiten. Zwischen diese extremen Standpunkte traten zahlreiche Staaten, die die Bedeutung der Nationalkomiteeshervorhoben (UdSSR) oder einen Kompromiss in der Wahl gemischter Organe suchten (Australien). Die Ausgangslage

und der Gang der Diskussion zeigte deutlich, dass ein Verbleiben beim Status quo unmöglich akzeptiert würde. Aus dieser Situation heraus unterstrich die Schweiz die Bedeutung der nichtgouvernementalen Organisationen (IUGS) für den Erfolg eines Fachprogrammes und plädierte für einen Kompromiss, indem jede Reorganisation in gemeinsamem Gespräch zwischen der UNESCO und der IUGS erarbeitet werden sollte. Die Abstimmung, basierend auf einem leicht abgeänderten australisch-schwedischen Kompromissvorschlag, fiel mit 47 Ja-Stimmen (Schweiz), keiner Gegenstimme und 12 Enthaltungen, etwas unsicher aus. Jedenfalls ist nun die Richtung für die kommenden gemeinsamen Gespräche gegeben: Der 20. Generalkonferenz sollen die Reformvorschläge, an denen die Schweiz sehr interessiert ist (Prof. Trümpy, ETHZ, ist Präsident der IUGS), zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Zur Sache selber müssen noch folgende Punkte spezifiziert werden:

Die Bedeutung des "Programme internationale de corrélation géologique (PICG)" wurde von allen Seiten unterstrichen und anerkannt. Die Schweiz, die ein Nationalkomitee hat, reichte auch ein eigenes Projekt ein, das vom Rat 1975 angenommen wurde.

Besonderes Gewicht wurde auf die bessere Erforschung der geophysikalischen Risiken (Erdbeben) gelegt; die Vorstösse und Resolutionen stammten naturgemäss von den bekannten "Erdbebenstaaten". Auch in diesem Sachbereich hatte die Schweiz an der "Conférence intergouvernementale sur l'évaluation et la diminution des risques sismiques (Paris, Febr. 1976) aktiv mitgearbeitet (Prof. S. Müller, ETHZ).

Ein wichtiges Problem bildet die Erforschung der Bodenschätze und ihre rationelle Ausbeutung.

Wiederum wurde die Einführung neuer Methoden im Blick auf die Entwicklungsländer betont. Neben dem "Remote sensing" führten die Probleme der Datenverarbeitung immer wieder zum Programm UNISIST, das einen sehr wesentlichen Beitrag leisten könnte.

Schliesslich wurde die Weiterführung und der Abschluss der grossen kontinentweiten geologisch-tektonischen Uebersichtskarten gefordert, was von der UNESCO zugesagt wurde (vgl. dazu die zahlreichen bisher erschienenen UNESCO-Publikationen).

Zahlreiche weitere Punkte wurden in allen Programmen wiederholt, wie z.B. die Ausbildung von Experten und Spezialisten und die nationalen oder regionalen Forderungen nach finanzieller Unterstützung.

## Hydrologie

Die Debatte über das "Programme hydrologique international" (PHI) fiel kürzer aus und zeigte folgende grundsätzliche Aspekte:

Die Bedeutung des Programmes war unumstritten. Von zahlreichen Seiten wurde eine kräftigere Budgeterhöhung vorgeschlagen, was aber im Rahmen der vorhandenen Mittel nicht möglich war. In diesem Zusammenhang wurde die Mittelbeschaffung auf nationaler Ebene unterstrichen, was wohl auch für das schweizerische Nationalkomitee Probleme stellen wird.

Schwerpunkte auf den "human impact" wurden gefordert, und ein Teil der Entwicklungsländer wünschte vermehrte Konzentration der Mittel und Kräfte auf die Probleme der anderen Gebiete.

Für 1977 ist eine UN-Konferenz in Argentinien geplant, zu deren Vorbereitung die UNESCO besondere Mittel einsetzen wird.

Da die Schweiz (Dr. Emmenegger) im Rat des PHI vertreten ist und wie im MAB-Programm die Zwei-Jahres-Mitgliedschaft keine vernünftige Einarbeitung erlaubt, hat die Schweiz einen Vorstoss zu einer Reorganisation unternommen, der von anderen Staaten unterstützt wurde und an der 20. Generalkonferenz entschieden werden soll.

Die Forderung der Niederlande nach einer Erhöhung des Personalbestandes, von der Schweiz eher ablehnend beurteilt, wurde überhaupt nicht diskutiert, da schon im Budget eine Vermehrung von 10 auf 12 Personen eingeplant worden war (C/5, 2341).

## Ozeanographie

Die grosse Bedeutung der ozeanographischen Forschung wurde von zahlreichen Redner unterstrichen, und dementsprechend wurde von der UNESCO ein höherer finanzieller und personeller Einsatz gefordert. Da die Mittel aber nicht vorhanden sind, wurde die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen betont und auf den Einsatz nationaler Mittel hingewiesen.

Interessant war der russische Trend auf Unterdrückung regionaler Forschungszentren und Unterstützung globaler Programme. Diese Haltung stiess aber auf energischen Widerstand, nicht nur von europäischer Seite (z.B. Mittelmeerländer), sondern auch von Entwicklungsländern (z.B. Algerien, Indonesien).

Da die Schweiz an einer Mitarbeit höchstens im Rahmen eines Regionalprogrammes interessiert ist (z.B. Mittelmeer), kann begrüsst werden, dass die Regionalisierung als realistische

Grundlage einer weltweit verstärkten ozeanographischen Forschung eine eindeutige Mehrheit gefunden hat. Denn nur in diesem Rahmen können die Entwicklungsländer überhaupt partizipieren, und diese Mitarbeit, auch wenn sie bescheiden ist, ist für die Zukunft doch von grosser Bedeutung.

Die Resolutionen (2.191) wurden einstimmig angenommen und damit das Programm der UNESCO sanktioniert.

### Operationelle Tätigkeit und Regionalbüros

Die Betreuung regionaler Büros der UNESCO, die raumbezogene und raumspezifische Projekte durchführen, wurde von der Mehrzahl der Delegierten unterstützt. Die Sowjetunion gab eine Erklärung ab, die sich gegen die Auflösung der UNESCO in Mini-UNESCOS wendete und auf den möglichen Verlust der Universalität hinwies. Die Argumente wären soweit interessant gewesen, wenn nicht im gleichen Atemzug die Verlegung des europäischen Büros von Paris nach Warschau gefordert worden wäre.

Die USA nahmen eine sehr klare Haltung ein und grenzten die Aufgaben der UNESCO und der Regionalbüros deutlich ab. Regionalbüros seien zur Lösung raumbezogener Probleme sinnvoll und wichtig. Aus diesem Grunde sollten sie sogar über eigene Mittel verfügen, die aber von den Teilnehmerstaaten weitgehend selber zur Verfügung zu stellen wären. Ein prüfenswerter Vorschlag, der auch von der Schweiz für die nächste Generalkonferenz frühzeitig aufgenommen, bearbeitet und eventuell als Initiative eingereicht werden könnte.

Die Verlegung des europäischen Büros stiess bei den westeuropäischen Staaten auf Skepsis oder Ablehnung, insbesondere Belgien trat als Opponent gegen jede Verlegung nach Osteuropa auf. Diese Auseinandersetzung wurde mit dem Hinweis abgeschlossen, dass das Problem der MINESPOL II vorgelegt werden soll.

Für die Wissenschaftspolitik wird zu viel Geld ausgelegt und für die eigentlichen wissenschaftlichen Programme zu wenig!

### Schluss und Zusammenfassung

Die Kommission I hat in einer Woche sachlich und diszipliniert die grossen wissenschaftlichen Programme bearbeitet und sie über alle politischen Differenzen hinweg praktisch einstimmig gutgeheissen. Von der Presse übergangen und von politischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund gedrängt wurde hier eine Arbeit geleistet, die für die Existenzberechtigung der UNESCO und die Lösung globaler Gegenwarts- und Zukunftsfragen von viel grösserer Bedeu-

tung ist als das spektakulärere Hängenbleiben in momentanen politischen Ereignissen und Strömungen. Mit dieser etwas überspitzten und vereinfachten Formulierung möchten wir zu bedenken geben, ob die Schweiz, sowohl die Öffentlichkeit wie die zuständigen fachlichen und politischen Institutionen, die UNESCO wirklich in ihrer vollen Bedeutung und umfassenden Aktivität würdigen kann.

Wenn wir uns zum Beispiel die grossen wissenschaftlichen Programme ansehen, so sind heute in der Schweiz Nationalkomitees in den Programmen Dekologie (MAB), Erdwissenschaften (PICG) und Hydrologie (PHI) an der Arbeit, neue Beteiligungen in der Seismik (Erdbeben) und in beschränkter Weise in der Ozeanographie zeichnen sich ab. Ueberlegen wir uns bloss, wieviele wissenschaftliche Institutionen in diesen Nationalkomitees zusammengefasst sind und wieviele Impulse damit wechselseitig unsere nationalen Grenzen überschreiten. Natürlich könnte man einwenden, dass die bestehenden nichtgouvernementalen internationalen Fachgesellschaften die gesamte schweizerische Wissenschaft einschliessen und die notwendigen Kontakte zur "Fachwelt" schaffen. Aber wir kommen doch nicht mehr darum herum, die Bedeutung der gouvernementalen Organisationen und ihrer wissenschaftlichen Programme anzuerkennen, da sie dank ihrer Infrastruktur und ihrer politischen Erfahrung eine Stosskraft entwickeln konnten, die auch die nichtgouvernementalen Organisationen erfasste und in den meisten Fällen zu einer sinnvollen und äusserst fruchtbaren Zusammenarbeit führte. (Beispiel: der nichtgouvernementale CIUS "Conseil international des unions scientifiques" bezieht den grössten Teil seiner Mittel von gouvernementalen Organisationen wie UNESCO, FAO, WMO, UNEP usw.). In diesem Sinne sollten wir den Einfluss der UNESCO auf die globalen wissenschaftlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht unterschätzen und vor allem beachten, dass in der entsprechenden Kommission die Gegensätze zwischen Nord und Süd, West und Ost in einer kooperativen und für alle Seiten anregenden und ertragsreichen Weise ausgetragen wurden.

Im Augenblick steht die Schweiz nur in einem Programm abseits. Es ist aber zu hoffen, dass das Projekt UNISIST, ein umfassendes wissenschaftliches Dokumentationssystem, in der Schweiz in seiner Bedeutung erkannt und eine Mitarbeit nicht mehr länger hinausgezögert wird. Praktisch eines der letzten nicht mitarbeitenden westeuropäischen Länder, sollten wir uns aus eigenem Interesse und übernationaler Verpflichtung aus dieser Isolation lösen. Dies umsomehr, als das Programm ganz wesentlich mit den anderen Projekten der UNESCO, an denen wir beteiligt sind, verknüpft ist.

Bei all diesen wissenschaftlichen Programmen ist ein wichtiges Element hervorzuheben: Die schweizerischen Nationalkomitees arbeiten an Projekten, die für die Schweiz selber von Bedeutung sind. Beispiele: MAB beschäftigt sich mit Problemen der Berggebiete, PICG arbeitet an einem von ihm selber eingereichten Alpenprojekt, das PHI mit hydrologischen Fragestellungen in unserem Land. Eigentlich ist es erstaunlich, dass wir im Rahmen eines internationalen



- 69 -

Programmes nationale Probleme bearbeiten. Weil aber andere Länder ähnliche Fragestellungen haben, kommt es zu regionalen oder fachlichen Koordinationsgesprächen über Zielsetzungen, Methoden und Ergebnisse (z.B. MAB: Zusammenschluss der Alpenländer; PICG: Beteiligung an einem russischen Projekt), und schliesslich wächst aus dieser Arbeit ein Beitrag an globale Probleme (z.B. MAB: grundsätzliche und vergleichbare Fragen in allen Gebieten der Welt). Gerade in diesem stufenweisen Aufbau liegt das Faszinierende dieser Programme, dass wir eigentlich an nationalen Problemen arbeiten und das Ganze in einem internationalen Rahmen zum Tragen bringen können. Das sollte in der Schweiz besser verstanden und gewürdigt werden, sowohl von fachlicher wie von politischer Seite. Mit "fachlich" meinen wir eine Kooperation zwischen wissenschaftlichen Dachorganisationen, Fachgesellschaften und UNESCO-Nationalkomitees, wie sie bereits in einigen Fällen existiert. Mit "politisch" meinen wir, dass solche Projekte auch von unseren Institutionen (z.B. Nationalfonds, nationale Programme, Forschungsfonds) und von unserer Verwaltung (zuständige Departemente) anerkannt und gefördert werden sollten, weil sie einen sehr wesentlichen Beitrag der Schweiz für sich und für die Welt bedeuten.

Schliesslich müssen wir aber auch die Frage stellen, warum die schweizerische Wissenschaft nicht im Rahmen dieser Programme vermehrt die Möglichkeit erhält, an Projekten in der Dritten Welt konkret mitzuarbeiten. Wenn z.B. 1977 eine von der UNO organisierte Konferenz über "Desertification" stattfindet, hat die Schweiz dann etwas beizutragen? Unsere finanziellen Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Grundlagenforschung in der Dritten Welt sind im Vergleich mit anderen westeuropäischen Kleinstaaten (z.B. den Niederlanden) erschreckend beschränkt, und dabei hätten wir gerade in diesen Bereichen etwas Wesentliches anzubieten.

Zum Schluss möchten wir die Frage stellen, ob diese Zusammenhänge nicht auch einer schweizerischen Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden sollten und könnten, dies würde nicht nur eine sachlichere Würdigung der UNESCO und ihrer Tätigkeiten ermöglichen, sondern der oft zu sehr im Stillen arbeitenden schweizerischen Wissenschaft und ihren übernationalen Beiträgen eine Anerkennung bringen und letztlich dem Verhältnis der Schweiz zur Welt, insbesondere auch zur Dritten Welt, die dringend notwendigen Impulse geben.

## SOZIALWISSENSCHAFTEN

Die Schaffung dieses neuen Sektors wurde allgemein begrüsst. Die Sozialwissenschaften sollen in den Mitgliedländern gefördert und entwickelt werden, damit diese besser in der Lage sind, die bestehenden sozialen Probleme zu analysieren und einer Lösung entgegenzuführen.

Die Zielvorstellungen 3.3 und 3.4 im Dokument C/4 gaben nur zu wenigen Bemerkungen Anlass. Der Delegierte Algeriens wünschte eine militante und progressive Definition der Sozialwissenschaften. Diese müssten sich in dem Kampf um die Befreiung der Menschen und Völker engagieren (3.3). Die Mehrzahl der Redner war jedoch von 19 C/4 und C/5 befriedigt.

Einige Delegationen (u.a. Spanien, Sambia, Japan) kritisieren die z.T. von Neologismen wimmelnde Sprache der Soziologen, die dadurch nur einem kleinen Kreis Eingeweihter zugänglich ist. Die Sozialwissenschaften sollten nicht zu einer Akademie werden, und es sei deshalb Aufgabe der UNESCO, hier klärend zu wirken und die Sozialwissenschaften anwendbar zu machen (Polen).

Die Entwicklungsländer befürworteten auch hier eine Dezentralisierung, welche in der Schaffung neuer Infrastrukturen für die Sozialwissenschaften bestehen sollte. Als Beispiel wurde das "Centre de coordination des recherches et de la documentation en sciences sociales desservant l'Afrique subsaharienne" (CERDAS) genannt. Der Informatik (siehe UNISIST) wurde grosse Bedeutung beigemessen.

Einige westliche Länder (u.a. Grossbritannien und Frankreich) warnten vor einer zu grossen Zersplitterung des Programms und der Projekte. Die Sozialwissenschaften seien ein ungeheuer umfangreiches Gebiet. Deshalb sei es notwendig, sich zu beschränken, etwa auf einen "nouvel ordre culturel" (Frankreich) oder auf die Bedürfnisse der Mitgliedländer (Grossbritannien).

In seiner Antwort wies das Sekretariat darauf hin, dass akademische und angewandte Sozialwissenschaften zwei Gesichter einer Realität seien. Jedes Land müsse die eigenen sozialen Modelle entwickeln. Deshalb werde die Dezentralisierungspolitik fortgesetzt und der Verstärkung der Infrastrukturen grosse Beachtung geschenkt werden. Die Resolution 3.12 (19 C/5) wurde einstimmig angenommen.

- 71 -

Sozioökonomische Analyse - Dieser Programmpunkt soll ein Beitrag zur Bereitstellung von Methoden und Instrumenten sowohl sozioökonomischer Analysen als auch solcher für die Entwicklungsplanung sein. Im Ganzen gesehen war auch dieser Punkt unbestritten. Einige wenige kritische Bemerkungen seien hier wiedergegeben. Das Projekt 3.13.3 des 19 C/5 betreffend die Erarbeitung von "indicateurs de perception de la qualité de l'environnement et de la qualité de la vie" gab zu Diskussionen Anlass. Von sozialistischer Seite befürchtete man, die Kriterien zur Erarbeitung von Indikatoren würden zu wenig objektiv sein und der kapitalistischen Propaganda dienen. In seiner Antwort versuchte das Sekretariat, diese Bedenken zu zerstreuen, indem es versicherte, in diesem Punkt undogmatisch zu sein.

Die nordischen Länder fanden, die UNESCO sollte sich mehr mit der Lösung von Problemen befassen und weniger akademische Studien betreiben. Einige Bedenken wurden hinsichtlich des Null-Wachstums der Sektion 3.13 geäußert.

Bevölkerungsfragen - Die in diesem Programm enthaltenen Aktivitäten sind mit dem an der Weltkonferenz über die Bevölkerung (Bukarest 1974) erarbeiteten Aktionsplan konform. So sollen u.a. die Kenntnisse über Bevölkerungsprobleme gefördert, die Öffentlichkeit sensibilisiert, die Forschung ermutigt werden. Der Erziehung und Information soll erhöhte Beachtung geschenkt werden.

Ein Grossteil der Aktivitäten wird vom FNUAP (Fonds des Nations Unies pour les activités en matière de population) finanziert. Das Sekretariat machte darauf aufmerksam, dass von den im C/5 unter Paragraph 3131 erwähnten Projekten das zweite und dritte vom FNUAP noch nicht beschlossen seien.

Das "Programme ordinaire" nimmt sich daneben mit seinen 227'000 Dollars eher bescheiden aus. Es werden damit verschiedene Studien und Seminare finanziert.

Die Resolution 3.15 wurde mit einem von der UdSSR vorgebrachten Abänderungsvorschlag angenommen, welcher die sozioökonomischen Aspekte des Bevölkerungsproblems hervorhebt. Die Schweiz enthielt sich dazu der Stimme.

Jugendfragen - Zur Resolution 3.16 lagen drei Abänderungsvorschläge vor. Das DR 211 (Dänemark, Norwegen und Schweden) wurde zurückgezogen, nachdem das Sekretariat versichert hatte, dass es sich mit dem Problem jugendlicher Arbeitsloser und Behinderter auseinandersetze. Der von der UdSSR eingereichte Resolutionsentwurf wurde angenommen (mit 18 gegen eine Stimme und bei 28 Enthaltungen,

- 72 -

darunter die Schweiz). Er verlangt von den Jugendlichen und deren Organisationen eine grössere Aktivität im Kampf gegen den Kolonialismus und Rassismus. Die Belgier wollten einen Spezialfonds für die Jugend ins Leben rufen, weil ihrer Meinung nach ein Null-Wachstum in diesem Sektor nicht vertretbar sei. Die Kommission hiess mit 25 Stimmen gegen 3 und 19 Enthaltungen (darunter die Schweiz) das Projekt gut.

Wie kaum anders zu erwarten, bot die Sektion Menschenrechte und Frieden (3.17) ausgiebig Gelegenheit zu politischen Manövern und Diskussionen. So wollte die Sowjetunion im C/4 eine neue Zielvorstellung mit dem Titel "Contribution de l'UNESCO à l'étude du désarmement" einführen. Ebenso beantragte sie, die einleitende Programmresolution im C/5 völlig neu zu formulieren, und schlug einen weit längeren Text vor, in dem die Begriffe "Rassismus" und "friedliche Koexistenz" auftauchten. Desgleichen sollten zahlreiche Projekte im Arbeitsplan umgekrempelt werden. Vehemente Angriffe richteten die Sowjets auch gegen den im Zentrum eines der Projekte stehenden Begriff der Toleranz, angeblich weil er im russischen einen negativen Beiklang habe, und schlugen vor, das Vorhaben kurzerhand fallen zu lassen. Sie kamen damit aber den Jugoslawen in die Quere, die das Projekt wegen des darin ebenfalls enthaltenen Aspektes des Minoritätenschutzes gefördert wissen wollten. Schliesslich einigte man sich darauf, statt des Wortes "Toleranz" den Begriff der "Verständnisbereitschaft" zu verwenden.

Frankreich forderte das Sekretariat demgegenüber mit einem Resolutionsentwurf auf, das Programm dieser Sektion im vollen Bewusstsein des "Pluralismus der Mitgliedstaaten" und in "strikte wissenschaftlicher und objektiver Art und Weise" durchzuführen. Schweden beantragte einmal mehr eine Konzentration auf das Wesentliche, eine "Basic Need Strategy", und erachtete eine lange Reihe von Projekten als völlig überflüssig. Ziel des Angriffs, auch anderer Länder, war vor allem das Projekt "Interpeace", das gemäss C/5 "intergouvernementale Friedensforschung" zum Inhalt haben sollte. Grossbritannien und die Bundesrepublik verlangten die Streichung zweier Vorhaben, die eine völkerrechtliche Interpretation der Helsinki-Akte und deren Folgen zum Gegenstand hatten.

Der schweizerische Delegierte dankte dem Sekretariat, dass dieses der schweizerischen Initiative an der 18. Generalkonferenz zur Förderung des Unterrichts auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts in wünschenswerter Weise Folge geleistet hatte, und gab seiner Hoffnung auf eine angemessene Fortsetzung des Projektes Ausdruck.

Einem Höhepunkt steuerte die Debatte zu mitternächtlicher Stunde zu, als es zu den Abstimmungen kam und mit den anderen Resolutionsentwürfen auch über den erwähnten sowjetischen Abänderungsantrag zur Programmresolution 3.17 befunden werden musste.

- 73 -

Dieser war nämlich in der Zwischenzeit noch mit einem irakischen Zusatz versehen worden, wonach auch ein Hinweis auf die Resolution 3379 der UNO-Vollversammlung (Zionismus=Rassismus) in den Text aufgenommen werden sollte, was die Zustimmung der Sowjetunion fand. Die wenigsten der im Saal anwesenden Vertreter der Weststaaten - zumeist Sozialwissenschaftler - waren sich der Bedeutung dieses Vorstosses sofort bewusst geworden; auch die anwesenden Mitglieder des Sekretariates versäumten es, den Generaldirektor unverzüglich zu informieren.

Bis zur Abstimmung anlässlich der Nachtsitzung hatte sich die Angelegenheit teilweise herumgesprochen: Zahlreiche Delegationen, vor allem der Dritten Welt, waren aber abwesend; einige konnten noch in letzter Minute mobilisiert werden. Norwegen beantragte sogleich die Ueberweisung der umstrittenen Resolution in die Negotiationsgruppe, was nach längerer Debatte mit 28 (Weststaaten mit Schweiz, Senegal, Togo, Benin) gegen 23, bei 14 Enthaltungen (Aethiopien, Malawi, Nigeria etc.) beschlossen wurde. In Anbetracht der im Saal herrschenden Stimmung war dieses Resultat jedoch nur als Teilerfolg zu werten. Es wäre zweifellos gelungen, den russischen Antrag samt der irakischen Verbrämung ganz vom Tisch zu wischen; namentlich die Afrikaner steuerten die besten Argumente dagegen bei, indem sie der umständlichen sowjetischen Textvariante Geschwätzigkeit vorwarfen; der knappe, präzise Text des Sekretariates sei viel zweckmässiger.

Seltsamerweise tauchte die Resolution später im Plenum nicht mehr auf. Es ist zu vermuten, dass die Negotiationsgruppe in Anbetracht der zahlreichen Fragen von grösserer Tragweite ganz einfach vergass, sich auch dieser Angelegenheit anzunehmen.

Philosophie - Das Sekretariat nahm zur Integrierung der Philosophie in den Sektor der Sozialwissenschaften Stellung. Seiner Meinung nach sollten letztere von der Universalität der Philosophie Nutzen ziehen. Der Zugang zu den Sozialwissenschaften müsse pluralistisch sein, um zu tieferen Einsichten zu führen. Im Verlaufe der Debatte äusserten mehrere Redner (Belgien, Peru, Frankreich, Chile, Senegal) ihr Erstaunen darüber, dass die Philosophie zur Dienerin der Sozialwissenschaften gemacht wurde. Die Philosophie sollte im Gegenteil dem gesamten Programm ihren Stempel aufdrücken. Zudem sollte man sich den Luxus des Nachdenkens noch leisten können. Auch die "Degradierung" des verantwortlichen Direktors von der D-1- auf die P-5-Stufe beunruhigte viele Delegationen stark. Das Programm fand allgemein Zustimmung, die eingesetzten finanziellen Mittel wurden aber als ungenügend bezeichnet.

Brasilien befürchtete, die Technokratie werde stets mächtiger. Senegal verlangte, dass die UNESCO sich vor allem um die Einführung eines "nouvel ordre culturel" bemühen solle.

- 74 -

In der von der Kommission angenommenen Resolution 3.18 erscheint der "nouvel ordre culturel" zusammen mit dem "nouvel ordre économique". Der Delegierte der Sowjetunion hielt, nachdem er die tiefgreifende Krise der bürgerlichen Zivilisation geschildert hatte, eine Lobrede auf Albert Schweitzer und dessen Buch "Kultur und Ethik", offenbar um zu zeigen, wie weltoffen man sich in der Sowjetunion geben kann und wie aufgeschlossen man dem Problem der "négritude" gegenüber sei. Auf weniger Sympathie stiess die Herausgabe der posthumer Werke von Karl Jaspers, welche für die sozialistischen Länder unannehmbar waren.

Eine von der Schweiz mitunterzeichnete Resolution (DR 223) wurde mit 25 Stimmen, bei 15 Enthaltungen und ohne Gegenstimme angenommen. Der Generaldirektor wird damit eingeladen, der Philosophie und der interdisziplinären Zusammenarbeit den in Abschnitt 79 der Einleitung zum C/5 beschriebenen Status zu sichern und zu diesem Zweck nötigenfalls Mittel bereitzustellen.

## KULTUR

Die Programme auf dem weitläufigen Gebiet "Kultur" wurden in zwei Diskussionseinheiten erörtert: Einheit 11 umfasste die Sektionen "Kulturstudien" (4.11), "kulturelle Entwicklung" (4.13) und "Förderung des Buches" (4.16); Einheit 12 befasste sich mit Fragen der Erhaltung von Kulturgütern.

In der Generaldebatte über die Einheit 11 forderten manche der zahlreichen Redner, dass der Kultur inskünftig der zentrale Platz unter den Aktivitäten der UNESCO eingeräumt werden sollte. Kanada und Oesterreich sowie Schweden und Senegal traten auch für eine bedeutende Erhöhung der Wachstumsrate der für die Zielvorstellung 3.5 "Promotion d'une participation plus large à la vie culturelle..." reservierten Mittel ein, was in der Abstimmung 29 Befürworter und keine Gegenstimme fand. Hingegen enthielten sich 65 der Stimme, darunter die Schweiz, die befürchtete, dass ein solches eigenmächtiges Vorgehen der Fachkommissionen eine unkontrollierte Aufblähung der künftigen Budgets zur Folge haben könnte.

An den diesbezüglichen Kapiteln des C/4 und C/5 wurde u.a. einige Kritik laut: Die USA und Schweden etwa bezeichneten sie als Programme von und für Kulturbürokraten, bei denen die Wissenschaftler und Künstler selbst wenig zum Zuge kämen. Zudem fehlten den unternommenen Studien der wünschenswerte "multiplying effect". Frankreich und die Bundesrepublik bemängelten die zu grosse Verzettelung der Unternehmungen und das Fehlen von Prioritäten. Polen schlug vor, weniger regionale als interregionale, interkulturelle, Studien zu betreiben. Griechenland forderte angesichts der raschen technologischen und sozialen Entwicklung die Identifikation neuer kultureller Bedürfnisse.

Der schweizerische Delegierte kommentierte einige Projekte des C/5 und wies etwa auf das Fehlen von Studien über die europäischen Kulturen hin. Wenn es auch zutreffe, dass in Europa schon sehr viel getan worden sei und manches weitere auch ohne die Unterstützung der UNESCO unternommen werden könne, so wäre es doch wünschenswert, wenn die UNESCO ihren Teil zu einem neuen Verständnis des Begriffes "Kultur" und der in der modernen technologischen Gesellschaft geltenden kulturellen Werte beitragen würde. Er bemängelte, in Anlehnung an die Stellungnahme des Amtes für Kulturelle Angelegenheiten, dass die UNESCO unter "Kultur" offenbar nur traditionelle Werte und Folklore verstehe. Ferner prangerte er das "Goldene Buch der europäischen Literatur", ein langjähriges Anliegen der sozialistischen Länder, als reines Prestigeprojekt von geringem wissenschaftlichem Interesse an, sprach sich demgegenüber zugunsten

der Revue "Cultures" aus, welche etwa seitens der skandinavischen Länder und der Bundesrepublik Gegenstand herber Kritik geworden war. Schliesslich rügte er die allzu mageren und nicht eben sinnvollen Projekte auf dem Gebiet des Films.

Gross war auch diesmal die Anzahl der von den Mitgliedstaaten eingebrachten Resolutionsentwürfe, die wie immer in erster Linie die Förderung der Studien bestimmter Kulturen und die Schaffung und Unterstützung regionaler Kulturinstitutionen und -zentren zum Gegenstand hatten. Einzel erwähnt seien ein belgischer Vorstoss zum Studium der zahlreichen Aspekte einer "Charte des loisirs", ein skandinavischer Antrag für eine Studie über den Zugang zu den Phonogrammarchiven und ein italienischer Vorschlag, eine Studiengruppe im Dschungel der zahlreichen Kulturtheorien und -resolutionen der letzten Jahre Uebersicht und Ordnung schaffen zu lassen.

Einstimmiges Lob spendete die Kommission der UNESCO in der Debatte über die Einheit 12 und zwar sowohl für die vollbrachten Leistungen wie auch für die künftigen Programme auf diesem Gebiet. Hervorgehoben wurden u.a. die grosse Publikumswirksamkeit der Rettungsaktionen zugunsten bedrohter Baudenkmäler und auch die gute Zusammenarbeit mit den NGO. Die skandinavischen Staaten regten dabei an, fortan dem Aspekt des Umweltschutzes mehr Beachtung zu schenken und nicht nur hervorragende Baudenkmäler, sondern auch Gebäudegruppen mit einzelnen Elementen geringerer Qualität zu pflegen. Die Ukraine setzte sich für die vermehrte Förderung der Museen in den Entwicklungsländern ein.

Unter den zahlreichen Resolutionsentwürfen befanden sich nur gerade fünf, welche der UNESCO bedrohte Monumente, Städte oder Kulturstätten als Gegenstand weiterer internationaler Kampagnen empfahlen. Sie betreffen: die Medina von Fes (Marokko), die Monumente von Sukhothai (Thailand), die Stadt Herat in Afghanistan, prähistorische Stätten in Ostafrika und die erdbebengeschädigten Kulturdenkmäler von Guatemala. Volle Unterstützung fand auch die geplante Aktion zur Bewahrung der Akropolis von Athen. Burma meldete seinerseits den Wunsch nach bilateraler und multilateraler Hilfe zum Wiederaufbau des erdbebengeschädigten Pagan an.

Der schweizerische Vertreter empfahl etwas Geduld und Zurückhaltung gegenüber diesen internationalen Aktionen, da die Geberländer - die, wie die Schweiz, in der letzten Zeit zu verschiedenen Kampagnen beigetragen hatten - ihre Oeffentlichkeit jeweils nicht in zu kurzen Intervallen mobilisieren können. Die Schweiz, die Mitunterzeichner der Resolution zugunsten der Akropolis sei, begrüsse auch die anderen Vorhaben, sei aber schwerlich in der Lage, sie alle gleichzeitig zu unterstützen. Das Sekretariat zeigte sich optimistisch und glaubte, dass die gewünschte Staffelung der einzelnen Aktionen aufgrund des verschiedenen Projektierungsstandes ohne hin eintreten werde.



Afghanistan, unterstützt von einer Reihe asiatischer und arabischer Länder, unternahm eine Initiative zur Verbesserung der Konservierungsbedingungen archäologischer Funde in den Entwicklungsländern und forderte eine Studie über die Zweckmässigkeit eines internationalen Instruments mit diesem Ziel. Die Schweiz, die sich an dieser Konferenz schon verschiedentlich gegen die unnötige Vermehrung internationaler Instrumente ausgesprochen hatte, beantragte sogleich, von Anfang an auch die Möglichkeit eines bilateralen Modellabkommens zu prüfen. Dies mit der Begründung, dass die vielfältigen Massnahmen und Hilfeleistungen beim Aufbau von Museen und der Konservierung von Ausgrabungen nicht mittels einer Konvention über einen Leisten geschlagen werden könnten, sondern in jedem einzelnen Fall von der Finanzierungsweise, den angesprochenen Wissenschaftlerkreisen, den interessierten Ländern etc. abhängen, dass somit eine Zusammenarbeit "nach Mass" erforderlich sei, welche besser bilateral geregelt würde. Dem Sekretariat gelang es alsdann, die Autoren dahin zu bringen, den Gedanken an ein internationales Instrument vorerst gänzlich aus dem Spiel zu lassen und sich mit einer allgemeinen Studie über die Problemlage zu begnügen. Dieser Lösung konnte die Schweiz mit den meisten anderen Ländern zustimmen.

Verwirrung stiftete ein spanisch-peruvianischer Resolutionsentwurf, der eine Routine-Resolution des C/5, mit welcher sich das Sekretariat zum Einholen von Berichten über die Befolgung der Konvention und Empfehlung betreffend den illegalen Transfer von Kulturgütern ermächtigen liess, um einen weiteren Paragraphen ergänzen wollte, der den illegalen Transfer auch von Dokumenten untersagte. Trotz Einwänden des Sekretariats, dass eine Konvention und eine Empfehlung nicht hinterher mittels einer Resolution ergänzt werden können, hielten die Autoren an ihrer Absicht fest und vereinigten in der Abstimmung 74 Stimmen auf sich, wobei sich 13 Länder, darunter die Schweiz, Schweden und die USA, der Stimme enthielten. Immerhin gelang es hinterher, den neuen Paragraphen aus dem Zusammenhang mit der erwähnten Konvention zu lösen und damit "unschädlich" zu machen.

Im Anschluss an ihre an der 18. Generalkonferenz gemeinsam mit der Schweiz unternommene Initiative betreffend die Erhaltung wertvoller alter Filme reichte die DDR einen Resolutionsentwurf ein, mit dem die UNESCO aufgefordert wurde, bei der Durchführung der auf diesem Gebiet im C/5 vorgesehenen Projekte vermehrt den Resultaten der 1975 in Ostberlin auf Einladung der DDR abgehaltenen Expertenkonferenz Rechnung zu tragen. Die schweizerische Delegation unterstützte dieses Begehren, das vom Sekretariat ohne weiteres entgegengenommen wurde.

Wie schon vor zwei Jahren tauchte wieder die Frage der Rückgabe von Kulturgütern an früher kriegsbesetzte und ehemalige Kolonialländer auf. Grundlage der Diskussion bildete ein Rechenschaftsbericht der UNESCO darüber, wie sie der diesbezüglichen Resolution der 18. Generalkonferenz nachgekommen war, und vor allem die darin enthaltenen Vorschläge eines anfangs April 1976 nach Venedig einberufenen Expertenkomitees. Dieses befürwortete in erster Linie die Schaffung eines Organs, das bilaterale Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und besetzten Ländern in die Wege leiten und die Organisation bei weiteren Massnahmen beraten sollte.

Mit einem ziemlich scharfmacherischen Resolutionsentwurf forderte nun aber Jugoslawien die Ausarbeitung einer internationalen Deklaration zu diesem Thema. Andererseits beantragten Senegal und fünf weitere afrikanische Länder, im Sinne der Vorschläge des Expertenkomitees die Vorarbeiten an die Hand zu nehmen, damit an der 20. Session der Generalkonferenz ein intergouvernementales Komitee ernannt werden könnte "ayant pour fonction de rechercher les voies et des moyens de faciliter les négociations bilatérales pour la restitution ou le retour des biens culturels aux pays qui les ont perdu par suite de l'occupation coloniale étrangère".

In der Diskussion widersetzte sich namentlich Frankreich der Schaffung eines solchen Komitees. Die Frage der Rückgabe von Kulturschätzen solle ausschliesslich Sache der jeweils beteiligten zwei Staaten bleiben. Senegal entgegnete darauf, dass ohne Anstoss von aussen auf rein bilateraler Basis zuwenig oder nichts geschehe. Die Niederlande, welche die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Indonesien in dieser Frage unterstrichen (sie wurde von Indonesien dankend bestätigt), sprachen sich ebenfalls gegen die Schaffung eines weiteren internationalen Gremiums aus. Schweden hingegen unterstützte den senegalesischen Vorschlag, und Jugoslawien zog seine Initiative zu dessen Gunsten zurück.

In der Abstimmung unterlag der französische Streichungsantrag mit 13 gegen 49 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Die Schweiz enthielt sich der Stimme. Einerseits war sie der Ansicht, der gemässigte senegalesische Vorschlag verdiene Unterstützung, andererseits wollte sie sich nicht in einen allzu schroffen Gegensatz zu anderen europäischen Ländern stellen. Sie stützte sich dabei auch auf die vom Amt für Kulturelle Angelegenheiten übermittelte Auffassung von Prof. A.A. Schmid, wonach die Schweiz von dieser Frage ohnehin nicht wesentlich betroffen ist. In der Schlussabstimmung passierte die senegalesische Resolution mit 70 Stimmen (Schweiz) bei keiner Gegenstimme und 9 Enthaltungen.

Nachdem der Exekutivrat die umstrittene Vorlage eines internationalen Instrumentes betreffend den Sozialstatus der Künstler an seiner 99. Session für noch nicht reif erklärt und das Sekretariat um weitere Vorarbeiten ersucht hatte, wurde die Frage der

Zweckmässigkeit eines solchen Instruments nicht auf die Traktandenliste der Generalkonferenz gesetzt. Vorgesehen war lediglich eine knappe Information über den Stand der Dinge.

Nun legten jedoch Senegal, Ghana und Obervolta einen Resolutionsentwurf vor, gemäss dem die Ausarbeitung eines Instruments für wünschbar erachtet und das Sekretariat ersucht wurde, der 20. Generalkonferenz bereits einen fertigen Entwurf zu unterbreiten. Damit sollte der einigen Ländern offenbar nicht genehme Beschluss des Exekutivrates überspielt und das reglementarisch festgesetzte Verfahren für die Ausarbeitung eines Instruments in unzulässiger Weise beschleunigt werden, da die Mitgliedländer keinen Einblick in die - vom Exekutivrat für ungenügend erachteten - Vorstudien hatten nehmen können.

In der ziemlich verwirrten Debatte, in welcher öfters auch der Ruf nach Beteiligung der Künstlerorganisationen laut wurde, schlug das Sekretariat die Einberufung einer neuen Expertenkonferenz vor. Davon erklärten sich die afrikanischen Staaten befriedigt und verlangten sogleich Abstimmung. 68 Länder erklärten sich dafür, 9 enthielten sich der Stimme und 8 (die Schweiz mit anderen Weststaaten) stimmten dagegen, vor allem da unklar geblieben war, ob damit die Frage der Notwendigkeit eines Instruments gemäss dem Wortlaut der Resolution schon entschieden sei. Auf die Frage des schweizerischen Vertreters erklärte das Sekretariat nach der Abstimmung, dass - vermutlich im Gegensatz zu den ursprünglichen Erwartungen der Afrikaner - an der Expertenkonferenz lediglich eine neue Studie, noch nicht aber ein definitiver Entwurf ausgearbeitet werde. Damit befindet sich die Angelegenheit nach wie vor auf dem gleichen Stand. Die wesentliche Entscheidung wird an der 20. Generalkonferenz fallen.

Die Verspätung in der Marschtabelle der Kommission II, wohl aber auch die unbestrittene Qualität, hatte zur Folge, dass die Empfehlung betreffend den internationalen Austausch von Kulturgütern sowie diejenige betreffend den Schutz historischer Gebäudegruppen nach kürzester Debatte unverändert einstimmig angenommen wurden.

Scharfe Auseinandersetzungen rief demgegenüber der Entwurf zu einer Empfehlung betreffend "den freien demokratischen Zugang der Volksmassen zur Kultur und ihre aktive Teilnahme am Kulturleben der Gesellschaft" auf den Plan. Einmal mehr stand dieses Vorhaben unter einem unglücklichen Stern, indem sowohl die Debatte in der Kommission wie auch diejenige im Plenum, bei welcher erneut Änderungsanträge gestellt wurden, abends zur vorgerückter Stunde stattfinden mussten. Der Entwurf war im April 1976 von einem

Expertenkomitee unter heftigen Kontroversen und grossem Zeitdruck verfasst worden; gewisse Differenzen konnten damals gar nicht erst bereinigt werden.

In Nairobi gelang es wenigstens, einige der für den Westen stossendsten Passagen zu verbessern: Auf britischen und französischen Antrag hin konnte die Präambel um einen neuen Paragraphen 10a ergänzt und die Paragraphen II/4/k und l verbessert werden. Norwegen und Schweden setzten die Kürzung des Paragraphen II/4/j durch, Belgien eine Verbesserung des Paragraphen III/8. Eine Korrektur der unannehmbaren zweiten Hälfte des Paragraphen IV/18/j ("les Etats-membres ou les autorités compétentes devraient: prendre les mesures nécessaires pour protéger les cultures nationales contre les oeuvres visant à répandre l'inimitié et la haine entre les peuples, etc.") gelang mit einem Kompromissvorschlag der skandinavischen Staaten und Senegals, nachdem ein erster Versuch Frankreichs und Grossbritanniens misslungen war. Der Paragraph lautet nun: "...: créer les conditions nécessaires pour mettre leurs cultures nationales en état de résister aux idées de haine entre les peuples, de guerre, de violence, de racisme, etc.". Leider konnte der unselige Begriff "masses populaires" aus dem Titel nicht entfernt werden. Der Wortlaut wurde jedoch etwas vereinfacht: "Projet de recommandation concernant la participation et la contribution des masses populaires à la vie culturelle". Ein britischer Antrag auf Streichung des Begriffes "culture commerciale de masse" in Paragraph 22 der Präambel drang leider nicht durch.

Trotz diesen Retouchen konnte sich im Plenum niemand verhehlen, dass der Text ein doch ziemlich unbefriedigendes Flickwerk darstellt. Einzelne Länder wie die Bundesrepublik hielten ihn nach wie vor für inakzeptabel. Kanada, unterstützt von Japan und den Vereinigten Staaten, beantragte darum kurzerhand, das "Stümperwerk" erneut überarbeiten zu lassen und erst an der 20. Generalkonferenz zu genehmigen. Der Antrag fand bei den Oststaaten (die darin eine Beleidigung der Expertenkonferenz erblickten) und bei manchen Entwicklungsländern keinen Anklang, erzielte aber immerhin 19 Stimmen (Schweiz), bei 32 Gegenstimmen (Frankreich, Schweden) und 14 Enthaltungen. In der Schlussabstimmung erklärten sich 63 Länder für die Empfehlung (auch Frankreich und die skandinavischen Länder), 5 dagegen (BRD, Guatemala, Japan, Kanada, USA) bei 15 Enthaltungen (Italien, Niederlande, Oesterreich). Auch die Schweiz enthielt sich der Stimme - wie übrigens schon vor zwei Jahren, als über die Zweckmässigkeit dieses Instruments befunden wurde, und an der Pariser Expertenkonferenz. Der schweizerische Vertreter kommentierte dazu, der Empfehlungstext habe offensichtlich weder das wünschenswerte Niveau erreicht noch vereinige er den notwendigen Konsensus auf sich, welche beide für den Erfolg dieses Instruments unentbehrlich seien.

Die umstrittenste Frage in der Diskussion des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Florenz bildete das Begehren der Neun, das Protokoll gesamthaft unterzeichnen zu können, sofern ihm alle Mitgliedsstaaten einzeln beigetreten sind. Diese Frage war bereits an der vorgängigen Expertenkonferenz zur Sprache gekommen und noch zu keiner Lösung gelangt. Namentlich der Ostblock setzte diesem Ansinnen erbitterten Widerstand entgegen. Eine erste Debatte endete mit einem Unentschieden: 17 Stimmen dafür, 17 dagegen bei 16 Enthaltungen. Dabei ist für internationale Konventionen und eventuelle Abänderungen derselben jeweils Zweidrittelmehrheit erforderlich. Das Traktandum wurde darauf um 48 Stunden vertagt. Die Neun wussten diese Zeit zu nutzen und konnten die Afrikaner für ihre Sache gewinnen: Nigeria beantragte bei Wiederaufnahme der Diskussion, eine Klausel einzuführen, die jedwelcher Wirtschafts- und Zollgemeinschaft ermöglichen sollte, gesamthaft beizutreten. Darauf gab die Sowjetunion ihre Opposition auf; einzig die USA meldeten gewisse formelle Bedenken an. Der Antrag passierte mit 50 ohne Gegenstimme bei 9 Enthaltungen (Ostblock).

Die EG-Länder setzten noch eine Reihe weiterer Anträge durch: So wurden die Paragraphen 16 a und 16 c (Titel VIII) mit einer weiteren Ratifikationserklärungs-Variante versehen (zusammen mit 24 anderen Ländern gab auch die Schweiz hierfür ihre Zustimmung, dagegen wandten sich einzig die USA); in Anhang C/1 (i) wünschten die EG eine Fussnote mit einer Einschränkung zugunsten der britischen Industrie anzubringen. Trotz den Warnungen des amerikanischen Vertreters, dass solcherlei gegen Sinn und Geist des Protokolls verstosse, passierte auch dieser Antrag mit 11 Stimmen gegen eine, bei 21 Enthaltungen. Der schweizerische Vertreter, welcher die amerikanische Auffassung weitgehend teilte, enthielt sich der Stimme. Im Anhang E sollten die Dispositionen betreffend die für Behinderte bestimmten Gegenstände eingeschränkt werden zum Schutz kleiner einheimischer Produzenten. Im Sinne der Instruktionen der Oberzolldirektion konnte der schweizerische Vertreter auch diesem Begehren nicht unbedingt beipflichten und enthielt sich mit 25 anderen Ländern der Stimme; 20 erklärten sich dafür, niemand dagegen.

Die USA forderten nebst einer kleinen Erweiterung des Paragraphen II f (i) und (ii), dass in Anhang A (i) f auch die Probeabzüge auf Papier oder Film einbezogen würden. 31 Länder, darunter die EG und die Schweiz, erklärten sich dafür, niemand dagegen, 12 enthielten sich der Stimme.

Der gesamte Text des Protokolls passierte in der Kommission nicht eben brillant mit 34 Stimmen (EG, Schweiz, Oesterreich) ohne Gegenstimme bei 16 Enthaltungen (Japan, Schweden, Ostblock), im Plenum mit 60 Stimmen ohne Gegenstimme und bei 17 Enthaltungen. Debatte und Abstimmung über diese komplexen technischen Fragen erwiesen übrigens, dass die wenigsten Delegationen über Fachleute oder ausreichende Instruktionen verfügten. Viele Entscheide dürften eher zufällig zustande gekommen sein.

Auch die Entscheidung über die Zweckmässigkeit eines internationalen Instruments betreffend die Risikodeckung für bewegliche Kulturgüter musste unter argem Zeitdruck getroffen werden. In ganz unzulässiger Weise nötigte dabei der Präsident die Kommission eingangs gleich zur Grundsatzabstimmung: Instrument - ja oder nein, ohne dass zuvor eine Debatte hätte stattfinden können. Das Resultat, aus dem auch spricht, wie sehr die Reihen zu spät Stunde schon gelichtet waren, ergab 32 Stimmen dafür, keine dagegen und zwei Enthaltungen, nämlich Oesterreich und die Schweiz.

Der österreichische Vertreter fragte darauf, ob nicht bereits existierende Instrumente auf diesem Gebiet entsprechend hätten angepasst und ergänzt werden können. Der schweizerische Delegierte gab zu bedenken, dass die technischen Vorkehrungen, die zu einem guten Teil den Inhalt des Instruments bilden sollen, keine internationale Zusammenarbeit erforderten und wohl zweckmässiger in technischen Handbüchern dargestellt würden als in einem internationalen Instrument, dessen Ausarbeitung kostspielig und zeitraubend sei. Die verschiedenen Länder zu einer einheitlichen Versicherungspraxis anzuhalten, wie es das Instrument auch anstrebe, sei angesichts der verschiedenen Voraussetzungen wohl ein fast unmögliches Unterfangen. Nachdem nun aber das Prinzip eines Instruments bejaht worden sei, würde sich eine Empfehlung bestimmt als elastischer und anpassungsfähiger erweisen als eine Konvention, eine Meinung, die auch von Grossbritannien und Belgien geteilt wurde.

In der Diskussion, die hernach doch noch in Gang kam, stellte sich schnell heraus, dass vor allem die Entwicklungsländer unter "Risiko" nicht etwa Vandalismus, Diebstahl, Einbruchgefahr und Transportschäden etc. verstanden, sondern primär die Abwanderung von Kunstschatzen auf den privaten Kunstmarkt, die illegale Ausfuhr also, der bereits eine internationale Konvention beizukommen sucht. Diese Länder forderten dringlich verschärfte Vorkehrungen, denen nur eine neue Konvention das notwendige Gewicht verleihen könne, die parallel zu einer Empfehlung auszuarbeiten sei. Westlicherseits vor allem wurde mehrfach der Ruf nach adäquater Beteiligung der Fachkreise und der NGO an diesem Vorhaben laut.

Das Sekretariat wies darauf hin, dass dieselben schon zu den bisherigen Arbeiten beigezogen worden seien. Ueberdies werde demnächst ein technisches Handbuch, wie es von der Schweiz wurde, veröffentlicht. Die Zeit für eine Empfehlung sei zweifellos reif; ob die Vorarbeiten für eine Konvention ausreichten und ein Entwurf bereits der 20. Generalkonferenz vorgelegt werden könne, sei demgegenüber ungewiss. Aufgrund der Ergebnisse der Diskussion galt die abschliessende Abstimmung lediglich der Frage, ob eine Empfehlung und zugleich eine Konvention ausgearbeitet werden solle. Sie wurde mit 36 ohne Gegenstimme bejaht; die Schweiz enthielt sich zusammen mit Australien, Grossbritannien und Oesterreich der Stimme. Der vom Sekretariat retouchierte endgültige Wortlaut der Resolution lautete übrigens später etwas nuancierter: "Un comité spécial d'experts gouvernementaux devra être réuni pour établir le texte définitif d'un projet de recommandation, et, si possible, d'un projet de convention."

## KOMMUNIKATION

Die Diskussion über die Programme auf dem Gebiet Information und Kommunikation (Sektoren 4.14 und 4.15) stand ganz unter dem Zeichen der Medien-Deklaration, deren Schicksal zu jenem Zeitpunkt noch unentschieden war. Nicht zuletzt als Folge der Debatten über jenes ominöse Dokument wurde das Bedürfnis der Dritten Welt nach eigenen Pressestrukturen und -agenturen und ein bestehendes Ungleichgewicht in diesen Belangen westlicherseits weitgehend anerkannt. Der Vertreter der USA gab wohl die Meinung der meisten westlichen Länder wieder, wenn er sagte, benötigt werde nun ein Programm praktischer Massnahmen, um den Entwicklungsländern zu helfen, sich selbst zu helfen. Dieses sei wichtiger als die leeren Parolen einer Deklaration und werde am zweckmässigsten von Berufsleuten durchgeführt. Demgegenüber malte die Sowjetunion das Bild der gefährlichen Allmacht der Weltagenturen an die Wand und die Bedrohung, welche diese für die Entwicklungsländer darstellten. Indien gab sich gemässigt und betonte, dass nicht ein zweites rivalisierendes Informationssystem aufgebaut werden sollte, sondern dass alle Länder in die Lage versetzt werden sollen, innerhalb des bestehenden mitzuwirken. Die Bundesrepublik und Frankreich suchten, die unterschiedlichen Intentionen der Oststaaten und der Entwicklungsländer sprachlich zu erfassen und die gängige Formel von der "Circulation libre et équilibrée de l'information et des échanges internationaux", wie sie etwa im Titel der Zielvorstellung 9.1 geprägt ist, durch die zutreffendere Formulierung zu ersetzen: "Libre circulation de l'information et meilleur équilibre dans l'échange des informations". Nach heftigen Abwehrmanövern seitens der Oststaaten und wohl infolge einer nicht allzu glücklichen Präsentation drang der Vorschlag leider nicht durch (20 Stimmen dafür, darunter die Schweiz, 31 dagegen, 8 Enthaltungen).

Einigkeit bestand indessen darin, dass die diesbezüglichen Programme der UNESCO zu bescheiden seien und für die Zielvorstellungen 9.1 und 9.4 eine substantielle Erhöhung der Wachstumsrate wünschbar wäre. Im Zentrum der Diskussionen stand eine von zahlreichen Staaten aller Kontinente unterstützte tunesische Resolution, die auch die Schweiz mitunterzeichnet hatte. Sie forderte die UNESCO auf, ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Information auf die Bedürfnisse der Dritten Welt auszurichten, die an Zusammenkünften der Blockfreien wiederholt dargelegt worden sind, und ihr Programm um einige wesentliche Projekte zu erweitern. Das Sekretariat erklärte sich bereit, die dazu benötigten zusätzlichen 130'000 Dollars mittels Einsparungen beizubringen, um eine Budgeterhöhung zu vermeiden. Gewisse europäische und lateinamerikanische Länder erklärten sich zwar mit der Grundhaltung, nicht aber mit dem ganzen Text einverstanden. So erregten die Nichterwähnung der Prinzipien der Informationsfreiheit und der Ergebnisse der Konferenz von San José wie auch die aus dem Text sprechende Zentralisierung und staatliche Lenkung des Pressewesens Anstoss. Nur 3 enthielten sich jedoch der Stimme beim Schlussentscheid, während 73 Länder zustimmten.

AUTORENRECHTE

Die Programme auf dem Gebiet der Autorenrechte fanden weitgehend Zustimmung der Kommission. Zweifel wurden einzig etwa seitens der Bundesrepublik und Indiens gegenüber dem Projekt 5057 ("Respect des oeuvres appartenant au domaine public") geäußert, bei dem es sich laut Sekretariat aber nur um eine vorläufige Enquête handeln soll, von deren Resultaten das weitere Vorgehen abhängen wird.

Im Zentrum der Debatte stand indessen das geplante internationale Instrument zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Autorenrechten. Italien, Frankreich, die USA, aber auch Indien und Aegypten betonten, dass es sich hier um eine äusserst komplexe Materie handle, welche sich schlecht für eine multilaterale Lösung und vielmehr für bilaterale Abkommen eigne (einzig Australien vertrat die gegenteilige Auffassung). Die USA beantragten in diesem Sinne, die diesbezügliche Resolution um einen Absatz zu erweitern, wonach die zweite mit dieser Frage befasste Expertenkonferenz ebenfalls die Möglichkeit der Ausarbeitung eines bilateralen Modellabkommens prüfen solle. Das Sekretariat widersetzte sich diesem Begehren mit dem Hinweis auf die praktischen Schwierigkeiten: das genannte Expertenkomitee trete schon am 8. Dezember zusammen und könne dann selber die Ausarbeitung bilateraler Lösungen vorschlagen, zudem sei auch der Exekutivrat ermächtigt, weitere Massnahmen zu treffen. Demgegenüber hielt der amerikanische Vertreter fest, dass es doch in erster Linie an der Generalkonferenz sei, die Weichen zu stellen. Sein Antrag obsiegte überraschend deutlich mit 50 gegen 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Der Entwurf zu einer Empfehlung betreffend den juristischen Schutz der Uebersetzer und Uebersetzungen löste besonders bei den westlichen Staaten keine grosse Begeisterung aus. Die Bundesrepublik stimmte - allerdings als einziges Land - sogar dagegen mit der Begründung, der Text sei allzusehr auf Uebersetzer im Angestelltenverhältnis ausgerichtet und berücksichtige die unabhängigen Uebersetzer in ungenügender Weise; viele der Dispositionen seien mit den geltenden Gesetzen der Bundesrepublik unvereinbar und ganz allgemein sei festzustellen, dass den Uebersetzern mehr Rechte eingeräumt würden als den Autoren. In etwas gemässigerer Weise äussernten Australien, Japan und Norwegen ähnliche Bedenken. Aufgrund der Instruktionen des Amtes für Geistiges Eigentum und des BIGA stimmte die Schweizer Delegation der Empfehlung zu.



## STATISTIK

Die vorgesehenen Programme wurden im grossen Ganzen gebilligt. Einige afrikanische Länder wiesen indessen darauf hin, dass es in den Entwicklungsländern meist an der notwendigen Infrastruktur und dem ausgebildeten Personal zur Beantwortung der (allzu) zahlreichen und komplizierten Fragebogen fehle und dass sie sich demnach oft ausserstande sähen, den Anforderungen der Organisation zu genügen. Das Sekretariat sagte eine Vereinfachung der Fragebogen und vermehrten Beistand zu.

Unter Bezugnahme auf Projekt 5099 beantragte Oesterreich, in Zukunft auch die Produktion und Verbreitung der Ton- und audiovisuellen Aufnahmen statistisch zu erfassen, die im Wirtschafts- und Kulturleben und als Programmquellen für die Massenmedien eine bedeutende Rolle spielten.

Der Entwurf zu einer Empfehlung betreffend Radio- und Fernsehstatistiken blieb nicht unangefochten. Finnland etwa warf der UNESCO vor, die Aufgabe zu sehr von der technischen Seite her angepackt zu haben, wie es auch die UIT hätte tun können. So fehlten ausreichende Bestimmungen zur Erfassung von Programmen und Publikum und anderen sozialen Aspekten. Der vorliegende Text stelle darum nur einen ersten Schritt zur statistischen Erfassung von Radio und Fernsehen dar und müsse später verbessert werden. Grossbritannien und Indien glaubten, dass es für manche Länder schwierig sein werde, den komplizierten Vorschriften der Empfehlung zu genügen und alle erforderlichen Daten in kurzer Zeit zu beschaffen. Die Entwicklungsländer seien mit diesem Instrument überfordert. Die hauptsächlichste Opposition kam indessen von lateinamerikanischer Seite. Verschiedene Delegationen behaupteten, der Empfehlungsentwurf werde den Realitäten in Südamerika nicht gerecht, namentlich entspreche die Einteilung der Radio- und Fernsehkörperschaften nicht der lateinamerikanischen Gesetzgebung. Sie beantragten deshalb kurzerhand eine Ueberarbeitung des Entwurfs und die Verschiebung der Annahme auf die 20. Generalkonferenz. Das UNESCO-Sekretariat entgegnete, jede Klassifizierung habe etwas Willkürliches an sich und eine Empfehlung binde die Mitgliedstaaten ohnehin nicht so stark, als dass diese nicht gewisse ihnen zu allgemein scheinenden Punkte noch weiter diversifizieren könnten. Der südamerikanische Antrag unterlag mit 9 gegen 42 Stimmen bei 18 Enthaltungen. Das Schlussresultat lautete nicht eben glänzend: 56 Stimmen dafür, gegen 7 bei 12 Enthaltungen. Die schweizerische Delegation enthielt sich beim Verschiebungsantrag der Stimme, da sie nichts dagegen einzuwenden hatte, dass der Entwurf noch weiter ausgefeilt würde, bis er allen Befriedigung verschaffte. In der Schlussabstimmung sprach sie sich indessen für die Empfehlung aus.

Bei der Debatte über die Zweckmässigkeit der Revision der Empfehlung betreffend Erziehungsstatistiken, resp. der Ausarbeitung eines neuen Instruments betreffend Wissenschafts- und Technologiestatistiken erklärte Vizegeneraldirektor Rigaud, sich der Besorgnis mancher Mitgliedstaaten, namentlich der Schweiz, wegen der drohenden Normenproliferation bewusst zu sein. Er konnte jedoch darauf hinweisen, dass gerade eine weltweite Statistik auf internationale Normierungen angewiesen sei. Die Aufgabe der UNESCO bestehe ja gerade darin, auf möglichst vielen Gebieten zur Förderung des internationalen Verständnisses beizutragen und eine weltweite Basis der Vergleichbarkeit zu schaffen. Die Kommission teilte diese Ansicht, und beide Projekte wurden einstimmig gebilligt. Das Instrument betreffend die Wissenschafts- und Technologiestatistiken soll dabei die flexiblere Form einer internationalen Empfehlung annehmen, welche den nationalen Besonderheiten und allfälligen zukünftigen Entwicklungen leichter Rechnung tragen kann. Die Revision der Empfehlung betreffend Erziehungsstatistiken, eine rein technische Anpassung, soll vom Sekretariat vorgenommen werden; die Einberufung eines Expertenkomitees wurde als überflüssig erachtet.

ALLGEMEINES UNESCO-INFORMATIONSPROGRAMM  
(UNISIST, NATIS, BIBLIOTHEKEN, ARCHIVE)

Der Name UNISIST bezeichnet ein intergouvernementales Programm, das die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Information in Wissenschaft und Technik fördern soll. Dieses geht auf einen Beschluss der 17. Generalkonferenz zurück. Von allem Anfang an muss klargestellt werden, dass es sich bei UNISIST nicht um ein Informationssystem handelt.

Die Aufgaben, denen sich das UNISIST-Programm gemäss den Beschlüssen der 17. Generalkonferenz zu widmen hat, können etwa wie folgt umschrieben werden:

- a) Der Informationsaustausch soll gefördert und koordiniert werden.
- b) Der Entwicklung auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Information soll durch UNISIST eine bestimmte Richtung gegeben werden.
- c) Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren soll der Zugang zu publizierten Informationen erleichtert werden.
- d) Das UNISIST-Programm soll den Entwicklungsländern helfen, ihre Bedürfnisse an wissenschaftlicher und technischer Information zu befriedigen.
- e) Die zur Bildung eines "réseau mondial souple des systèmes et services d'information" notwendigen Massnahmen sollen ergriffen werden, und zwar auf der Basis freiwilliger Zusammenarbeit.

Die im Dokument 19 C/4, dem mittelfristigen Plan für die Jahre 1977 - 82, im Bereich der Information vorgesehenen Tätigkeiten stehen mit den anlässlich der 17. und 18. Generalkonferenz beschlossenen Aktivitäten des UNISIST-Programms im Einklang. Dem Kapitel 10.1 können die folgenden Punkte entnommen werden:

- 1. Definition der Informationspolitiken und Planungsarbeit. Dabei soll auf die nationalen Bedürfnisse abgestellt werden, ohne dabei die internationale Gemeinschaft zu vernachlässigen.
- 2. Verbesserung des methodologischen Instrumentariums und Harmonisierung der Normen.
- 3. Förderung und Schaffung von Infrastrukturen, d.h. von Informationssystemen, aber auch von Institutionen oder Organismen mancherlei Art, welche im Informationswesen einen wichtigen Platz einnehmen, wie z.B. Bibliotheken, Dokumentationszentren, Archive usw.

4. Ausbildung von technischem Personal, aber auch von Benutzern der Infrasyeme.

Das Programm UNISIST ist langfristig angelegt. Es soll im bisherigen Rahmen weitergeführt werden unter Anpassung an die sich stets verändernden äusseren Umstände. Die Planung, Ausführung und Evaluation des Programms soll in enger Mitarbeit mit den Mitgliedsländern an die Hand genommen werden, insbesondere mit den nationalen UNISIST-Komitees, deren Zahl sich nach Ansicht des Sekretariats im Laufe der nächsten 6 Jahre auf über 100 erhöhen sollte.

Im Verlauf der letzten Jahre entstand bei der UNESCO ein stets wachsendes Bedürfnis nach einem "Allgemeinen Informationsprogramm". Im 19 C/4 findet sich deshalb ein diesbezüglicher Passus. Dieses Gesamtprogramm könnte sich am bereits bestehenden Programm UNISIST inspirieren, welches durch den Einbezug der Sozialwissenschaften ohnehin auf dem Weg zu einem allgemeinen Informationsprogramm ist. Natürlich hätte ein solches Programm auch das von der intergouvernementalen Konferenz über die "planification des infrastructures nationales en matière de documentation, de bibliothèques et d'archives" (1974) erarbeiteten Konzept NATIS zu fördern, da ein globales Informationssystem ohne vorangehende Koordination und Harmonisierung der Systeme auf nationaler Ebene undenkbar ist.

Neben den bereits bestehenden Programmen mit generellem Charakter (UNISIST, NATIS) gibt es solche, die man als sektoriell bezeichnen könnte. Es handelt sich dabei um im Entstehen begriffene, spezialisierte Informationssysteme im Kompetenzbereich der UNESCO. Zu nennen wäre das Informationsnetz des BIE betreffend die Erziehung, das System SPINES (systèmes d'échanges internationaux d'informations sur l'application de la science et de la technologie au développement) oder die internationale Datenbank der Sozialwissenschaften (DARE). All diese Systeme entwickeln sich jedoch im konzeptionellen Rahmen des UNISIST-Programmes.

Der Exekutivrat der UNESCO hat in seiner 98. Session die Schaffung eines einzigen "conseil" oder "comité intergouvernemental" befürwortet, welches für das "Allgemeine UNESCO-Informationsprogramm" zuständig sein soll. Dieses Organ hätte sich ausschliesslich mit dem "programme général" zu befassen.

Ein vom Generaldirektor bestimmtes aus Fachleuten und Spezialisten des Informationswesens gebildetes "comité consultatif" soll diesen über technische Fragen beraten.

Das Dokument 19 C/42 "Rapport du Directeur général sur le programme d'ensemble en matière d'information" gibt über die Problematik UNISIST und über diejenige eines zu schaffenden "Allgemeinen UNESCO-Informationsprogrammes" erschöpfend Auskunft. Dieses Papier diente der Kommission III in Nairobi als Diskussionsgrundlage. Gleichzeitig hatte sie den Punkt 10.1 des 19 C/4 und die

Abschnitte 2.13 und 4.16I des 19 C/5 zu beraten und zu verabschieden. Zudem lagen von Australien (DR 199), Frankreich (DR 130 rev.) und den USA (DR 197) Resolutionsentwürfe betreffend UNISIST und das "Allgemeine Informationsprogramm" vor. Während der Debatte zeigte sich, dass ein Konsensus möglich sein würde, so dass eine Arbeitsgruppe den Auftrag erhielt, auf der Grundlage der drei eingereichten Resolutionsentwürfe einen einzigen auszuarbeiten, welcher auch die Debatte gebührend berücksichtigen sollte. Die Mehrzahl der Delegierten stand einem "Allgemeinen UNESCO-Informationsprogramm" positiv gegenüber. Auf die inzwischen zum Begriff gewordene Bezeichnung UNISIST soll nach Möglichkeit nicht verzichtet werden, obwohl das "Comité directeur UNISIST" durch einen "Conseil intergouvernemental du programme général d'information" ersetzt werden soll. Es wurde von einigen Delegationen auf die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den NGO hingewiesen, insbesondere dem CIA, dem CIUS, der FIAB und der FID. Erwähnt wurden auch Schwierigkeiten intersektorieller Natur innerhalb des Sekretariats, die durch die Schaffung eines "Allgemeinen Informations-Programmes" behoben würden. Einige Entwicklungsländer unterstrichen die Bedeutung, welche die Archive hinsichtlich der nationalen Identität haben. Die ehemaligen Kolonialherren wurden dabei aufgefordert, die betreffenden Archive zurückzuerstatten. Die Kommission nahm die von der Arbeitsgruppe verfasste Resolution 19 C/PRG III/DR 71 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung an. Man kann ihr u.a. entnehmen, dass der nun geschaffene "Conseil intergouvernemental" die Aufgabe zugewiesen erhält, die Konzeption und die Verwirklichung des "Programme général d'information" zu leiten, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedländern im Rahmen des Programms zu fördern, die Kontinuität und die Weiterentwicklung der im Rahmen des UNISIST-Programmes unternommenen Aktivitäten zu gewährleisten und namentlich die Bezeichnung sinngemäss zu verwenden. Ebenfalls soll das Konzept NATIS weiterhin unterstützt werden, unter besonderer Berücksichtigung der Bibliotheken und der Archive. Wie in der Resolution empfohlen, soll die Bezeichnung UNISIST im Rahmen des neuen "Programme général d'information" weitere Verwendung finden. Man muss sich jedoch der Tatsache bewusst sein, dass das ursprüngliche UNISIST-Programm eine beträchtliche Erweiterung erfahren und damit an Bedeutung gewonnen hat. Die Tatsache, dass das "Programme général d'information" ein eigenes Kapitel im nächsten C/5 bilden soll, unterstreicht dies. Innerhalb dieses "Allgemeinen Programmes" wird UNISIST weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen haben, weil es den konzeptuellen Rahmen für die Informationssysteme der Institutionen der UN bilden soll. Die Bildung eines schweizerischen UNISIST-Komitees sollte unter den gegebenen Umständen ins Auge gefasst werden.

## AUSSENBEZIEHUNGEN DER UNESCO

Programme de participation - Mit der Annahme der Resolution 6.51 (19 C/5) ist der Generaldirektor ermächtigt worden, an die Aktivitäten der Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene, unter gewissen Bedingungen finanzielle Beihilfe zu gewähren. Der Gesamtbeitrag für das Biennium 1977/78 beträgt 4'263'000 Dollar. Diese Summe ist über das gesamte Programm verteilt. Man findet die zugeteilten Mittel jeweils unter der Bezeichnung "Hilfe an die Mitgliedstaaten". Jeder Mitgliedstaat hat dabei das Recht und die Möglichkeit auf ein schriftliches, an den Generaldirektor gerichtetes Gesuch hin, von der Organisation eine Beihilfe zu erlangen. Dabei können auch Spezialisten entsandt, Stipendien gewährt oder Dokumentationsmaterial geliefert werden. Diese Hilfe kann u.a. auch von nichtgouvernementalen und intergouvernementalen Organisationen in Anspruch genommen werden.

Zusammenarbeit mit den nationalen Kommissionen - In der von zahlreichen Delegationen benützten Debatte wird allgemein die Bedeutung der nationalen Kommissionen als "agent de liaison" hervorgehoben. Sie sind es, die die Ideen der UNESCO wirksam verbreiten. Die nationalen Kommissionen sollten vermehrt zur Programmarbeit beigezogen werden. Zur Beantwortung des Fragebogens sollte ihnen aber mehr Zeit zur Verfügung stehen. Das Projekt für eine Charta der nationalen Kommissionen findet allgemein Zustimmung. Die UdSSR äussert jedoch einige Zweifel hinsichtlich der Verpflichtung, diese Charta in Zusammenarbeit mit den nationalen Kommissionen zu schaffen. Sie möchte den Punkt 4b der Resolution 6.41 abgeschwächt wissen, im Sinne einer Empfehlung. Die Entwicklungsländer fordern für die Sekretariate ihrer nationalen Kommissionen technische Hilfe, die ihnen die "erfahrenen" Kommissionen gewähren sollten.

Die Resolution 6.41 wird, mit geringen Abänderungen und mit einem von Portugal vorgeschlagenen zusätzlichen Punkt 4d, in welchem eine engere Zusammenarbeit zwischen der ständigen Vertretung eines Landes bei der UNESCO und seiner nationalen Kommission gefordert wird, einstimmig angenommen.

In seiner Antwort stellt das Sekretariat fest, dass der Abschnitt 4 des Kapitels XI im 19 C/4 allgemein gut aufgenommen worden ist.

Zum 19 C/5: mit den nationalen Kommissionen sollen weiterhin Verträge abgeschlossen werden, (1975/76 waren es 183 mit nationalen Kommissionen von 73 Ländern).

Den nationalen Kommissionen der Entwicklungsländer soll vom Sekretariat aus besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die vorgesehene Charta der nationalen Kommissionen soll an der 103. Session des Exekutivrates vorgestellt werden. Der französische Text des Führers der nationalen Kommissionen wird demnächst erscheinen.

Ein von Indien vorgebrachter Resolutionsentwurf (DR 30 rev.), welcher die Mitgliedländer und den Generaldirektor auffordert, in vermehrtem Masse die Empfehlungen der Konferenz der nationalen Kommissionen zu beachten und ihnen Rechnung zu tragen, findet einstimmige Annahme.

#### Beziehungen zu den nichtgouvernementalen Organisationen (NGO)

Im Brennpunkt des Interesses stand der Bericht des Exekutivrates zuhanden der Generalkonferenz über den Beitrag der NGO (Kategorien A und B) an die Tätigkeit der UNESCO während der letzten 6 Jahre (19 C/38).

Die Feststellung, dass die den NGO gewährten Subventionen nur um 30 % zugenommen haben (1970 - 75), im Vergleich dazu das ordentliche Budget der UNESCO aber um 119,59 % gewachsen ist, veranlasste einige Delegierte zu fragen, ob die Reduktion der Subventionen zugunsten der Verträge aus Prinzip erfolge (USA). Eine solche dürfe nicht zugelassen werden, weil dies gewisse NGO direkt in ihrer Existenz bedrohe (Belgien). Zudem seien zahlreiche NGO Schöpfungen der Organisation, ihre Arbeit ist für die UNESCO ausserordentlich wichtig. Eine weitere Vermehrung der Verträge berge die Gefahr der Gängelung der NGO durch die UNESCO in sich (Irak).

Die Zusammenarbeit mit den NGO sollte intensiviert werden (Niederlande). Von den ca. 220 NGO der Kategorien A und B bekamen in den Jahren 1974/75 44 eine Subvention. Die NGO sollten sich vermehrt zu Föderationen zusammenschliessen, um so mehr Gewicht zu haben (Frankreich).

Die Entwicklungsländer stellen das grosse Ungleichgewicht in der Verteilung der NGO in ihren Ländern und der übrigen Welt fest. Dem Prinzip der Universalität werde nur ungenügend Rechnung getragen.

Die im 19 C/38, 4. Teil, enthaltene Resolution wird mit einigen Abänderungsvorschlägen mit 75 Stimmen ohne Gegenstimme bei 5 Enthaltungen angenommen. Darin wird festgehalten, dass die Subventionen im bisherigen Rahmen weiterhin gewährt werden sollen. Die Politik der Verträge muss fortgesetzt und entwickelt werden, darf aber keinesfalls Anlass zu Subventionskürzungen geben. Die NGO werden aufgefordert, vermehrt an der Ausarbeitung des Programmes der Organisation mitzuwirken.

Die in der Sektion 6.3 des 19 C/5 enthaltene Resolution 6.32 betreffend die den NGO für die nächsten zwei Jahre zukommenden Subventionen wird einstimmig angenommen. Insgesamt werden 2'001'100 Dollars an Subventionen ausgerichtet werden.

Publikationspolitik - Zur Diskussion standen ein auf Antrag der 18. Generalkonferenz vom Sekretariat erstellter Bericht über die bisherigen Grundsätze der Publikationspolitik, ferner detaillierte Richtlinien für die Zukunft.

Beide riefen allerhand Kritik auf den Plan: Frankreich erachtete die vorgelegten Angaben etwa betreffend Umfang und Kosten der verschiedenen Auflagen und Neuauflagen für ungenügend; die Bundesrepublik forderte, dass das Publikationsprogramm genauer auf die übrigen Aktivitäten abgestimmt sein sollte; Grossbritannien befürchtete, dass die meisten Bücher und Broschüren nicht die verdiente Verbreitung fänden. Andererseits bemängelte die DDR die Auswahlpraxis für die Autoren der Beiträge in den verschiedenen Zeitschriften und Bulletins. Eine Analyse habe ergeben, dass viel zu wenig Autoren aus den sozialistischen und Entwicklungsländern zum Wort kämen.

Zum Thema Publikationspolitik hatte Jugoslawien überdies einen Resolutionsentwurf vorgelegt, gemäss dem das Sekretariat erstens die Uebersetzung seiner Publikationen in weniger verbreitete Sprachen fördern und zweitens die Möglichkeit der Bildung "internationaler Redaktionskomitees" für einzelne Zeitschriften untersuchen sollte, damit den Mitgliedstaaten mehr Einfluss eingeräumt werden könnte. Während das erste Postulat unbestritten blieb, erregte das zweite westlicherseits Bedenken. Schweden vor allem machte sich zum Anwalt des Sekretariates und gab zu bedenken, dass ein solches Gremium die Manövrierfähigkeit der Organisation bedenklich einschränken würde, was nicht im Interesse der Sache liege, und beantragte Streichung des betreffenden Passus. Nachdem auch das Sekretariat in diesem Sinne nachgedoppelt hatte, willigte Jugoslawien ein. Die Kommission nahm nach Diskussion einiger kleinerer Aenderungen alle vorliegenden Resolutionen zu diesem Thema einstimmig an.



## KUNFTIGE GESTALTUNG DER DOKUMENTE C/4 UND C/5

Jede Entscheidung über die künftige Gestaltung des mittelfristigen und des Zwei-Jahres-Programmes C/4 und C/5 sowie über deren Abstimmung aufeinander enthält in Anbetracht der in vielem ungewissen Entwicklung der Organisation und ihrer Aktivitäten zahlreiche spekulative Elemente. Im Dokument 19 C/88 hatte das Sekretariat den gemeinsam versammelten Programmkommissionen einen auf Vorschlägen des Exekutivrates beruhenden Resolutionsentwurf vorgelegt, der Anlass zu einem ersten tour d'horizon über diese Problematik bot.

Einstimmig bejaht wurde die Wünschbarkeit einer Harmonisierung des mittelfristigen Planungszyklus und des Zwei-Jahres-Budget-Zyklus der UNESCO mit denjenigen der anderen Organisationen im UN-System. Das Sekretariat wurde aufgefordert, gemeinsam mit jenen eine Lösung zu erarbeiten, damit ab 1984 der Anfang der Zwei-Jahres-Programme auf die geraden Jahre fällt und in der Periode 1984 - 89 die erste gemeinsame mittelfristige Planung durchgeführt werden kann. Kanada warf dabei die Frage auf, ob die Verbesserung die erforderliche Unterbrechung des Rhythmus tatsächlich aufwiege, und gab einem Uebergangsbudget von drei Jahren gegenüber einem einjährigen den Vorzug, da damit immerhin eine der kostspieligen Generalkonferenzen eingespart werden könnte.

Weitgehend unangefochten blieb auch die schon von der 18. Generalkonferenz getroffene Entscheidung, dass das Dokument 20 C/4 nur Vorschläge zu einer Adaptation des 19 C/4 aufgrund der inzwischen eingetretenen Entwicklung der grossen Weltprobleme sowie der Resultate der Evaluation der laufenden Programme enthalten und kein grundlegend neues Dokument sein solle.

Z.T. grosse Bedenken, wenn nicht sogar Proteste, rief hingegen das Vorhaben auf den Plan, künftig auch das Dokument C/5 nach Zielvorstellungen (Objectifs) zu strukturieren. Anlass zu dieser Idee gaben die unbestreitbar beträchtlichen Schwierigkeiten, welche bei der gleichzeitigen Verwendung der zwei völlig verschieden aufgebauten Dokumente vor und während der 19. Generalkonferenz auftraten. Der Exekutivrat sah vor - und daran wurde auch an der Generalkonferenz trotz aller Opposition festgehalten -, dass das Sekretariat vorerst ein Musterkapitel nach dieser Manier verfassen sollte und dass erst hernach über die Tauglichkeit dieses Verfahrens befunden würde. Namentlich die Niederlande, aber auch die Ukraine meldeten ihre Bedenken an und machten geltend, dass die intellektuelle Struktur des intersektoriell aufgebauten C/4 noch schwach und wenig transparent sei, dass der Aufbau des C/5 weitgehend dem der Regierungen und der nationalen Kommissionen der Mitgliedländer entspreche und andere Strukturen eine sachgerechte Bearbeitung in Frage stellten, dass schliesslich die beiden Dokumente verschiedene Funktionen hätten, welche eine identische Gestaltung nicht unbedingt erforderlich machten.

Das Sekretariat sicherte demgegenüber immerhin zu, dass seine eigene Struktur bei einer allfälligen Neugestaltung des C/5 nicht angetastet werden sollte, wie dies seitens gewisser Mitgliedländer befürchtet worden war. Es schloss dabei auch die Möglichkeit einer kombinierten Lösung nicht aus, indem das C/5 prinzipiell nach der wissenschaftlich moderneren Methode, also intersektoriell, aufgebaut wäre, in einem Anhang hingegen die einzelnen Projekte nach den traditionellen Sektoren geordnet aufgeführt würden. Im übrigen bleibe die Frage noch offen, man müsse zuerst Erfahrungen sammeln.

In der gleichen Debatte wurde einmal mehr - so von Frankreich - die Wünschbarkeit von Alternativprogrammen verfochten. Auch die Definition des Status des mittelfristigen Programms befriedigte nicht alle Konferenzteilnehmer. Inwiefern ist dieses Dokument verbindlich? - Das Sekretariat erklärte, es auferlege ihm zwar keine juristische, aber eine moralische Verpflichtung.

Vor der Redaktion des Dokuments 20 C/5 soll überdies 1977 mittels Fragebogen wieder eine Konsultation der Mitgliedstaaten durchgeführt werden, was seitens derselben zwar keine Opposition, aber auch keinen besonderen Enthusiasmus hervorrief. Finnland etwa betonte, dies sei nur ein Mittel unter vielen anderen, die Meinung der Mitgliedstaaten kennenzulernen. Das Sekretariat gab zu, dass die Qualität der Fragebogen noch verbessert werden könnte.

Nairobi, le 1er novembre 1976

Discours de Monsieur l'Ambassadeur Felix Schnyder, chef de la délégation suisse, prononcé dans le débat de politique générale de la 19ème Session de la Conférence générale de l'UNESCO

---

Monsieur le Président,

Je vous prie d'accepter les félicitations les plus sincères pour votre élection à la présidence de cette Conférence. Nous sommes heureux que celle-ci se tienne dans votre pays, se tienne en Afrique. Car nous avons l'espoir que le soleil africain et l'hospitalité cordiale avec laquelle vous nous recevez vont aider cette assemblée à retrouver un climat plus serein, l'esprit de coopération, de solidarité et de compréhension réelles qui paraissait nous avoir abandonnés lorsque nous nous sommes réunis la dernière fois. Ce que nous devons chercher dans cette organisation, c'est ce qui nous rapproche et non ce qui nous divise, c'est unir nos forces pour arriver à résoudre ensemble les graves problèmes que le Directeur général évoque dans son introduction au Projet de plan à moyen terme, c'est d'harmoniser nos intérêts et nos efforts afin de créer un monde plus humain et plus juste.

Nous n'avons pas oublié les sentiments de profonde gratitude que nous avons ressentis en écoutant et en relisant les déclarations que Monsieur M'Bow, Directeur général de cette organisation, avait faites à l'occasion de la cérémonie de clôture de la dernière session de la Conférence générale; et c'est avec une très grande satisfaction que nous avons constaté, au cours de ces deux années qui se sont écoulées depuis, avec quelle ténacité il a oeuvré dans la voie qu'il a tracée. Nous avons l'impression que les résultats de cette action se font déjà sentir. Les discours que Monsieur M'Bow a prononcés la semaine dernière nous ont confirmés dans nos sentiments et j'aimerais dire ici combien nous lui sommes reconnaissants de son attitude ferme, courageuse et ouverte.

Monsieur le Président, les Suisses sont connus pour être un peuple plutôt pragmatique. Nous préférons les faits aux propos déclamatoires. C'est pourquoi nous attendons de l'UNESCO également des faits et non pas seulement des résolutions ou des déclarations, nous attendons des résultats concrets, tout particulièrement dans le domaine du développement. Nous attendons de l'UNESCO qu'elle aide à résoudre des problèmes et non à en créer. Je ne vous cacherai pas que l'opinion publique suisse est extrêmement sensible à cet égard. C'est pourquoi le peuple suisse désire voir une organisation telle que l'UNESCO autant que possible à l'abri des tensions politiques. Ceci dit, je suis évidemment parfaitement conscient du fait qu'une UNESCO complètement apolitique est une utopie et que les finalités de l'organisation - la garantie des droits de l'homme, la paix et le développement - sont d'ordre politique. Mais je crois

que cette politique devrait être, tout en reflétant la diversité du monde qui est en même temps sa richesse, celle de la solidarité et de l'harmonie plutôt que celle qui est la résultante d'un affrontement de forces divergentes. Je suis profondément convaincu qu'un monde où chaque individu jouira de tous ses droits fondamentaux et où les inégalités injustes auront disparu, c'est-à-dire un monde réellement en paix, ne se construit que par une coopération concrète, pratique, constructive, tenace - et patiente.

C'est pourquoi nous attribuons la plus grande importance au programme opérationnel de l'UNESCO. Pour nous, la raison d'être de l'organisation est son programme d'action. Dans son ensemble, nous jugeons cette action comme très positive. L'UNESCO apporte une aide réelle au développement des systèmes éducatifs, elle est un catalyseur indispensable dans la coopération scientifique internationale et ce qu'elle fait pour sauvegarder le patrimoine culturel de l'humanité et pour promouvoir le développement culturel est reconnu par le monde entier.

Où nous commençons à ressentir des hésitations, c'est dans le domaine de ce qu'on appelle l'action normative. Nous avons dû constater que la multiplication, je dirais même l'inflation, d'instruments juridiques et leur formulation souvent peu rigoureuse en érode le poids et la signification. En plus, nous avons également dû constater que l'élaboration de tels textes provoque fréquemment des tensions, voire des divergences ou même des affrontements regrettables. Nous sommes profondément convaincus qu'il ne faudrait mettre en chantier l'élaboration de nouveaux instruments qu'à condition qu'il existe un large consensus sur les objectifs qu'ils visent à atteindre.

Monsieur le Président, j'en viens maintenant aux questions concernant plus directement le programme. Le document que nous considérons, dans ce contexte, comme étant le plus important, est le Projet de plan à moyen terme : le 19 C/4. Il signifie, dans le processus de planification, un très grand pas en avant et nous tenons à en féliciter le Directeur général et ses collaborateurs. Ce plan trace les grandes lignes de l'avenir de l'organisation, et nous sommes, dans l'ensemble, d'accord avec ses orientations, tout en nous réservant le droit de nuancer notre approbation dans les débats des différentes commissions qui examineront ce document de plus près.

Nous avons lu avec beaucoup d'attention l'introduction du Directeur général à ce plan, et nous en approuvons la philosophie. La partie concernant la problématique mondiale nous paraît être particulièrement pertinente. En effet, "l'approche globale de la problématique mondiale se révèle comme la seule qui rende compte de sa vraie nature". Et, si le Directeur général souligne le fait que l'interdépendance des problèmes est liée à l'interdépendance des différentes sociétés humaines pour en déduire que seule une véritable solidarité humaine permettra de résoudre cette problématique, il

exprime exactement ce que nous avons tenté de dire au début de notre intervention. Il en découle, et le Directeur général le souligne avec force, la nécessité de rechercher un ordre mondial plus juste et plus équitable. Comme lui, nous sommes convaincus que les réformes à envisager ne sauraient se limiter au seul domaine économique et social, mais devraient revêtir un caractère culturel au sens le plus large du terme, en portant essentiellement sur l'homme, sur ses droits et sur ses responsabilités, sur ses besoins et sa liberté, sur sa créativité et sur ses aspirations les plus nobles. Dans la poursuite d'un effort global pour le développement de l'humanité, l'apport de l'UNESCO devrait être substantiel. C'est dans ce sens que nous comprenons la contribution de l'UNESCO à la recherche d'un nouvel ordre mondial.

Tout en étant conscients que des zones de sous-développement existent dans tous les pays, industrialisés ou non, et partageant la vue du Directeur général selon laquelle tous les pays sont, dans une certaine mesure, des pays en voie de développement, nous souhaitons que l'UNESCO accorde, dans ses actions, une nette priorité aux pays les plus pauvres.

La richesse d'idées et la multitude des questions soulevées dans l'introduction du Directeur général au plan à moyen terme demanderaient, évidemment, un commentaire beaucoup plus élaboré qu'il n'est possible de le faire dans le cadre de cette brève intervention. Vous me permettrez donc, Monsieur le Président, de conclure sur une remarque d'ordre plutôt pratique que philosophique pour vous dire que nous partageons, sans réserve, le souhait exprimé très clairement par le Directeur général, que ce plan permette de réorienter et surtout de concentrer le programme de l'UNESCO. Nous n'ignorons pas la difficulté de cette tâche, mais nous la jugeons essentielle pour accroître encore davantage l'efficacité de l'organisation. Ce processus est, sans doute, étroitement lié à une évaluation critique de son action. C'est avec satisfaction que nous avons pu constater certains efforts, encore un peu timides peut-être, accomplis dans ce domaine. Sans doute, faudra-t-il procéder dans cette voie.

Dans ce contexte, nous tenons à féliciter le secrétariat tout spécialement pour son excellent rapport d'évaluation du Programme expérimental mondial d'alphabétisation. Nous avons beaucoup apprécié la franchise et l'esprit critique qui caractérisent ce texte. Nous le jugeons de manière très positive même s'il fait état de certaines déceptions ou même de certains échecs. Mais ce qui est important, c'est qu'il permette de tirer des leçons valables de ces projets pilotes. Notre Commission nationale a d'ailleurs consacré une partie essentielle de sa dernière assemblée générale à l'étude de ce document. C'est dire l'intérêt que nous lui portons. Et nous encourageons très vivement le secrétariat à continuer dans cette voie.

- 98 -

Entrant maintenant dans le corps du document 19 C/4, je me limiterai à une seule remarque d'ordre général. L'analyse des différents problèmes nous paraît le plus souvent pertinente quoique parfois un peu trop générale et pas assez prospective. Et puis, nous avons été frappés à plusieurs reprises, par l'hiatus entre ces analyses et les actions envisagées pour résoudre ces problèmes. Il arrive même que le plan descende au niveau de la simple programmation et prenne la forme traditionnelle du C/5.

Permettez-moi, Monsieur le Président, d'aborder maintenant quelques considérations plus particulières.

Une affaire qui est de la compétence de l'UNESCO et qui préoccupe tout particulièrement le peuple suisse est celle de la libre circulation de l'information. En Suisse, la liberté d'expression et la liberté de l'information constituent un des fondements de notre démocratie. Toute action qui porterait atteinte à cette liberté, toute tentative d'instaurer quelque chose comme une censure mondiale - diamétralement contraire aux idéaux de l'UNESCO et à ses statuts - seraient combattues, dans mon pays, avec la plus grande vigueur. C'est là une question de principe où aucune délégation suisse, dans quelque enceinte que ce soit, ne pourrait faire des concessions.

Ceci dit, Monsieur le Président, nous sommes tout à fait conscients qu'il existe, actuellement, un certain déséquilibre de la circulation de l'information entre pays industrialisés et pays en voie de développement. Ce déséquilibre correspond à d'autres inégalités, auxquelles il est d'ailleurs étroitement lié. Nous considérons que le moyen le plus efficace pour remédier à cette situation consiste à aider les pays en voie de développement à consolider leurs propres infrastructures dans ce domaine. C'est pour cette raison que nous estimons que le niveau - inchangé - des ressources prévues dans le doc. 19 C/4 pour les objectifs 9.1 et 9.4 ne se justifie nullement. A notre avis, il est indispensable de prévoir pour ces objectifs un taux de croissance important. Et nous souhaitons vivement que des mesures puissent être prises pour dégager, au cours du prochain biennium et davantage dans le budget 1979-80, des moyens substantiels pour aider les Etats membres qui le désirent à développer leurs infrastructures en matière d'information.

Je voudrais dire également un mot sur la circulation de l'information entre le secrétariat et les Etats membres. Si l'on part de l'idée que promouvoir l'échange d'informations et d'expériences dans les domaines de compétence de l'UNESCO ainsi que la création de réseaux d'information est une des premières mesures de l'organisation, il faut bien constater que cette tâche n'est pas suffisamment bien accomplie. Ces mines d'or qui se trouvent à l'UNESCO ne sont pas suffisamment exploitées. Je ne citerai comme exemples que les innombrables séminaires, réunions, etc., organisés par l'UNESCO et dont les résultats restent souvent, beaucoup trop souvent inconnus. Ce n'est que rarement qu'ils parviennent aux Etats membres. Il

reste donc beaucoup à faire dans le cadre du "follow-up" d'actions de ce genre.

Parlant de réseaux d'information, nous tenons à dire un mot sur le développement du Bureau international d'éducation. Ce bureau se trouvant à Genève, nous suivons ses activités avec un intérêt particulier. Nous sommes heureux de pouvoir constater que le BIE se développe de façon fort satisfaisante. Selon sa vocation, il assume de plus en plus le rôle d'un véritable centre d'information et de réflexion dans le domaine de l'éducation.

Dans le domaine des sciences, les milieux scientifiques suisses montrent un intérêt croissant pour les grands programmes de coopération, notamment pour le Programme hydrologique international et pour l'Homme et la biosphère. Et nonobstant le fait que les Suisses ne sont pas des marins nés, nos chercheurs portent une grande attention à l'action de la Commission océanographique internationale. Mais nous avons constaté que certains organes directeurs de ces programmes risquent de manquer de continuité. Ils ne sont, en effet, élus que pour une période de deux ans, ce qui nous paraît être insuffisant. - Dans le domaine des sciences, nous voudrions soulever une autre question : il nous paraît que l'organisation a une tendance à donner une importance toujours plus grande à la science appliquée - surtout si elle a trait aux questions touchant le développement. Il faudrait éviter que cette nouvelle orientation se fasse au détriment de la science pure.

Est-ce nécessaire enfin, Monsieur le Président, de souligner l'importance que nous accordons aux grandes actions de l'UNESCO dans le domaine de la sauvegarde du patrimoine culturel de l'humanité ? A plusieurs reprises, nous avons pu contribuer à ces actions, et notre attitude positive à l'égard de telles actions restera inchangée à l'avenir.

Qu'il me soit permis, en concluant ces quelques remarques, d'ajouter un mot sur le Courrier de l'UNESCO. Il n'est plus nécessaire de souligner la contribution de cette excellente revue au rayonnement de l'organisation. Nous souhaiterions que, dans le sillage du Courrier de l'UNESCO, de nombreuses autres publications trouvent, grâce à une politique d'édition encore plus dynamique, les milliers de lecteurs qui devraient pouvoir profiter de ce que l'UNESCO produit de meilleur.

Monsieur le Président, nous n'ignorons pas que certaines difficultés récentes du PNUD, qui sont heureusement en train d'être surmontées, ont affecté certains projets de l'UNESCO. Dans l'un ou l'autre de ces cas, nous avons essayé d'aider à résoudre ces problèmes. Je suis autorisé à déclarer ici que nous continuons à être disposés à cofinancer certains projets, choisis en commun accord, la principale priorité étant donnée à des projets soutenant les efforts des pays, régions ou groupes de population les plus défavorisés.

- 100 -

Monsieur le Président, notre organisation passe actuellement une phase difficile. Il faut en être conscient. Elle est le reflet de la problématique mondiale. Nous souhaitons que nos difficultés puissent être rapidement surmontées. C'est à nous, Etats membres, que cette responsabilité incombe.



o.734.21(19e) - RD/ap

Vertraulich

## RAPPORT SUR LA 19e CONFERENCE GENERALE DE L'UNESCO

Nairobi, 26 octobre - 30 novembre 1976

Distribution

Chef du Département politique fédéral  
 Chef du Département fédéral de l'intérieur

Département politique

Secrétaire général

Direction des organisations internationales

- Chef de la direction
- Suppléant du chef
- Chefs des sections
  - Nations Unies
  - Affaires scientifiques
  - Oeuvres d'entraide
- M. Kamer
- Secrétariat de la Commission nationale suisse pour l'UNESCO (70 expl.)

Direction politique

- Chef Division I
- Chef Division II
- Chef Secrétariat politique

Direction du droit international public

- Chef de la direction
- Chef de la section du droit international public

Direction administrative

- Chef de la direction
- Chefs des sections
  - Personnel
  - Inspectorat/Comptabilité

Le Délégué à la coopération technique

- Chefs des sections
  - Affaires multilatérales
  - Afrique

Ambassade de Suisse à:

- |                     |              |
|---------------------|--------------|
| - Alger             | - Paris      |
| - Belgrade          | - Pékin      |
| - Caire             | - Rome       |
| - Cologne           | - Stockholm  |
| - Londres           | - Tel-Aviv   |
| - Moscou            | - Vienne     |
| - Nairobi (3 expl.) | - Washington |

o.734.21(19e) - RD/ap

Vertraulich

RAPPORT SUR LA 19e CONFERENCE GENERALE DE L'UNESCO  
 Nairobi, 26 octobre - 30 novembre 1976

---

DistributionDépartement politique

Le Délégué permanent de la Suisse auprès de l'UNESCO  
 Bureau de l'Observateur suisse auprès de l'Organisation des Nations Unies  
 Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève  
 Délégation suisse près l'Organisation de coopération et de développement économiques (O.C.D.E.)  
 Représentant permanent de la Suisse auprès du Conseil de l'Europe

Département de l'intérieur

Secrétaire général  
 Office des affaires culturelles (3 expl)  
 Office de la science et de la recherche (5 expl)  
 Archives fédérales  
 Bureau fédéral de statistique  
 Office fédéral de la protection de l'environnement

Département de justice et police

Bureau de la propriété intellectuelle

Département militaire

Direction de l'administration militaire fédérale  
 Ecole fédérale de gymnastique et de sport

Département des finances et des douanes

Administration des finances  
 Office du personnel

Département de l'économie publique

Division du commerce  
 Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail

Département des transports et communications et de l'énergie

- Secrétariat général  
 - Office de l'économie hydraulique